# Niedersächsischer Landtag

# Stenografischer Bericht

# 49. Sitzung

Hannover, den 10. Mai 2000

# **Inhalt:**

Tagesordnungspunkt 1:	Tagesordnungspunkt 2:
Aktuelle Stunde	a) 21. Übersicht über Beschlussempfehlungen der
	ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 14/1451
a) Niedersachsen wird abgekoppelt - Bahnpolitik	- b) 22. Übersicht über Beschlussempfehlungen
der Landesregierung droht zu entgleisen - Antrag	der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs.
der Fraktion der CDU - Drs. 14/1602	14/1571 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU -
Wulff (Osnabrück) (CDU)4658	Drs. 14/1614
Schurreit (SPD)	Beschluss
Wenzel (GRÜNE)4661, 4666	
Gabriel, Ministerpräsident4663	Tagesordnungspunkt 3:
<b>Dinkla</b> (CDU)4664	
<b>Plaue</b> (SPD)4667	Einzige (abschließende) Beratung:
	Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen zur
b) Kurs des Euro - keine Gefahr für die Men-	Änderung des Abkommens über die Zentralstelle
schen und den Wirtschaftsstandort Niedersach-	der Länder für Sicherheitstechnik und über die
sen - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/1603 4668	Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und
<b>Plaue</b> (SPD)4668	Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts -
Möllring (CDU)4669	Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 14/1180 -
Frau Steiner (GRÜNE)4670	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Sozial-
Senff, Minister für Bundes- und Europaange-	und Gesundheitswesen - Drs. 14/1540 4679
legenheiten4672	Elsner-Solar (SPD), Berichterstatterin
	Beschluss
c) Gabriel will Steuersegen - Minister Aller steht	(Direkt überwiesen am 18.11.1999)
im Regen; Landesregierung uneins über die	
Verwendung von Mehreinnahmen - Antrag der	Tagesordnungspunkt 4:
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1604 4673	
<b>Golibrzuch</b> (GRÜNE)4673	Einzige (abschließende) Beratung:
<b>Rolfes</b> (CDU)4674	Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll zur
Aller, Finanzminister	Änderung des Europäischen Übereinkommens
<b>Möhrmann</b> (SPD)	über das grenzüberschreitende Fernsehen -
12011 1111111 (812)	Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 14/1400 -
	Beschlussempfehlung des Ausschusses für
	Medienfragen - Drs. 14/1595
	McAllister (CDU), Berichterstatter
	Beschluss
	(Direkt überwiesen am 14.02.2000)

#### Tagesordnungspunkt 5:

#### Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Durchsetzung der Gleichstellung und Verbesserung der Lebenssituation behinderter Menschen - Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1600 .....4681

und

Tagesordnungspunkt 6:

## Erste Beratung:

# 

Tagesordnungspunkt 7:

#### Zweite Beratung:

Tagesordnungspunkt 8:

Einzige (abschließende) Beratung:

und

Tagesordnungspunkt 9:

#### Zweite Beratung:

Tagesordnungspunkt 10:

#### Zweite Beratung:

Tagesordnungspunkt 11:

Einzige (abschließende) Beratung:

## Verfassungsgerichtliche Verfahren

- I. Verfassungsbeschwerde 1. des Landkreises Diepholz und 2. 7. andere gegen das Niedersächsische Finanzverteilungsgesetz NFVG vom 12.03.1999 (Nds. GVBl. S. 79) und gegen einzelne Bestimmungen des NFAG-ÄndG vom 12.03.1999 (Nds. GVBl. S. 74) und eine Vorschrift des NFAG i. d. F. der Neubekanntmachung vom 26.05.1999 (Nds. GVBl. S. 116) StGH 6/99 -
- II. Verfassungsbeschwerde 1. der Stadt Cuxhaven und 2. 10. andere gegen das Niedersächsische Finanzverteilungsgesetz NFVG vom 12.03.1999 (Nds. GVBl. S. 79), das NFAG-ÄndG vom 12.03.1999 (Nds. GVBl. S. 74), das NFAG i. d. F. der Neubekanntmachung vom 26.05.1999 (Nds. GVBl. S. 116) sowie Art. 1 Nr. 7 und Art. 2 Nr. 1 des Haushaltsbegleitgesetzes 1999 vom 21.01.1999 (Nds. GVBl. S. 10) StGH 7/99 -

III. Normenkontrollantrag der CDU-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag gegen das Nieder-
sächsische Finanzverteilungsgesetz - NFVG - vom
12.03.1999 (Nds. GVBl. S. 79) und gegen das
NFAG-ÄndG vom 12.03.1999 (Nds. GVBl. S. 74)
sowie das NFAG i. d. F. der Neubekanntmachung
vom 26.05.1999 (Nds. GVBl. S. 116) - StGH 8/99 -
IV. Verfassungsbeschwerde 1. der Stadt Dissen
a.T.W. und 2 8. andere gegen das Nieder-
sächsische Finanzverteilungsgesetz - NFVG - vom
12.03.1999 (Nds. GVBl. S. 79) und gegen das
NFAG-ÄndG vom 12.03.1999 (Nds. GVBl. S. 74)
sowie das NFAG i. d. F. der Neubekanntmachung
vom 26.05.1999 (Nds. GVBl. S. 116) - StGH 9/99 -
V. Verfassbeschwerde 1. der Landeshauptstadt
Hannover, 2. der Stadt Göttingen, 3. der Stadt
Hildesheim gegen einzelne Bestimmungen des
NFAG-ÄndG vom 12.03.1999 (Nds. GVBl. S. 74)
- StGH 1/00 - Schreiben des Präsidenten des Nie-
dersächsischen Staatsgerichtshofs vom 14.01.2000 -
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts-
und Verfassungsfragen - Drs. 14/15974710
<b>Möllring</b> (CDU)4710
<b>Möhrmann</b> (SPD)4710
Beschluss
Tagesordnungspunkt 12:
ragesoranangspanke 12.
Erste Beratung:
Erste Beratung:
Erste Beratung: Ausreichende Versorgung der Patientinnen und
Erste Beratung: <b>Ausreichende Versorgung der Patientinnen und Patienten mit Heilmitteln</b> - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/1545
Erste Beratung: <b>Ausreichende Versorgung der Patientinnen und Patienten mit Heilmitteln</b> - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/1545
Erste Beratung:  Ausreichende Versorgung der Patientinnen und  Patienten mit Heilmitteln - Antrag der Fraktion der  SPD - Drs. 14/1545
Erste Beratung:  Ausreichende Versorgung der Patientinnen und Patienten mit Heilmitteln - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/1545
Erste Beratung:  Ausreichende Versorgung der Patientinnen und  Patienten mit Heilmitteln - Antrag der Fraktion der  SPD - Drs. 14/1545
Erste Beratung:  Ausreichende Versorgung der Patientinnen und  Patienten mit Heilmitteln - Antrag der Fraktion der  SPD - Drs. 14/1545
Erste Beratung:  Ausreichende Versorgung der Patientinnen und  Patienten mit Heilmitteln - Antrag der Fraktion der  SPD - Drs. 14/1545
Erste Beratung:  Ausreichende Versorgung der Patientinnen und  Patienten mit Heilmitteln - Antrag der Fraktion der  SPD - Drs. 14/1545
Erste Beratung:  Ausreichende Versorgung der Patientinnen und Patienten mit Heilmitteln - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/1545
Erste Beratung: <b>Ausreichende Versorgung der Patientinnen und Patienten mit Heilmitteln</b> - Antrag der Fraktion der  SPD - Drs. 14/1545
Erste Beratung:  Ausreichende Versorgung der Patientinnen und Patienten mit Heilmitteln - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/1545
Erste Beratung:  Ausreichende Versorgung der Patientinnen und Patienten mit Heilmitteln - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/1545
Erste Beratung:  Ausreichende Versorgung der Patientinnen und Patienten mit Heilmitteln - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/1545
Erste Beratung:  Ausreichende Versorgung der Patientinnen und Patienten mit Heilmitteln - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/1545
Erste Beratung:  Ausreichende Versorgung der Patientinnen und Patienten mit Heilmitteln - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/1545
Erste Beratung:  Ausreichende Versorgung der Patientinnen und Patienten mit Heilmitteln - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/1545

Tagesordnungspunkt 14:

Erste Beratung:  Biogas-Offensive in Niedersachsen für Arbeits- plätze im ländlichen Raum entfachen! - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/15774725  Klein (GRÜNE)
<b>Schack</b> (SPD)4726
<b>Wojahn</b> (CDU)4727
Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten
<b>Schirmbeck</b> (CDU)
Beschluss
Tagesordnungspunkt 15:
Bahninfrastruktur in Niedersachsen sichern und
ausbauen! - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen - Drs. 14/1579
Ausschussüberweisung
1732

#### Vom Präsidium:

Wernstedt (SPD) Präsident Vizepräsident Gansäuer (CDU) Vizepräsidentin Goede (SPD) Vizepräsident Jahn (CDU) Vizepräsidentin Litfin (GRÜNE) Schriftführer Biel (SPD) Schriftführerin Eckel (SPD) Schriftführerin Hansen (CDU) Lanclée (SPD) Schriftführer Saalmann (SPD) Schriftführerin Schliepack (CDU) Schriftführerin Schriftführer Sehrt (CDU)

Schriftführerin Vogelsang (CDU)

Schriftführer Wolf (SPD)

Wulf (Oldenburg) (SPD) Schriftführer

## Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Staatssekretär Schneider, Gabriel (SPD) Staatskanzlei

Innenminister Bartling (SPD)

Finanzminister Staatssekretär Ebisch,

Aller (SPD) Niedersächsisches Finanzministerium

Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales Staatssekretärin Witte,

Merk (SPD)

Jürgens - Pieper (SPD)

Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Dr. Fischer (SPD)

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und

Forsten

Bartels (SPD)

Kultusministerin

Justizminister

Dr. Weber (SPD)

Minister für Wissenschaft und Kultur

Oppermann (SPD)

Umweltminister

Jüttner (SPD)

Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Senff

Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und

Soziales

Staatssekretär Dr. Lemme, Niedersächsisches Kultusministerium

Staatssekretär Dr. Reinhardt,

Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft

und Kultur

Staatssekretär Schulz,

Niedersächsisches Umweltministerium

Beginn: 10.31 Uhr.

#### **Präsident Wernstedt:**

Ich eröffne die 49. Sitzung im 22. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtags der 14. Wahlperiode.

Ich bitte Sie, sich zu Beginn von Ihren Plätzen zu erheben.

Am 3. April verstarb der ehemalige Abgeordnete Paul Neese im Alter von 60 Jahren. Herr Neese war von 1978 bis 1990 Mitglied der SPD-Fraktion des Niedersächsischen Landtages und während dieser Zeit in den Ausschüssen für öffentliches Dienstrecht, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und Häfen und Schifffahrt tätig. Von 1982 bis 1990 gehörte Herr Neese dem Präsidium als Schriftführer an. Er gehörte zu den Politikern, die ohne Schonung der eigenen Kräfte mit Leidenschaft und Beständigkeit für das von ihnen für richtig Gehaltene eintraten. Wir werden Paul Neese in guter Erinnerung behalten. – Ich danke Ihnen.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Geburtstag hat heute der Abgeordnete Fasold.

(Beifall)

Er wird 64 Jahre alt.

Des Weiteren hat heute die Frau Abgeordnete Stokar von Neuforn Geburtstag. Sie wird ein Jahr jünger.

(Beifall – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie - - -

(Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]: Soll das "63" heißen?)

- Bezogen auf Ihr eigenes Lebensalter.

Zur Tagesordnung folgende Bemerkungen: Die Einladung und die Tagesordnung für diesen Tagungsabschnitt liegen Ihnen gedruckt vor.

Für die Aktuelle Stunde liegen drei Beratungsgegenstände vor.

(Unruhe)

Es liegen für morgen zwei Dringliche Anfragen vor, die morgen ab 9 Uhr beantwortet werden.

Im Ältestenrat sind für die Beratung einzelner Punkte bestimmte Redezeiten gemäß § 71 unserer Geschäftsordnung vereinbart worden, wie das immer üblich war. Diese pauschalen Redezeiten sind den Fraktionen und den Abgeordneten bekannt; sie werden nach dem im Ältestenrat vereinbarten Verteilerschlüssel aufgeteilt. Ich gehe davon aus, dass die vom Ältestenrat vorgeschlagenen Regelungen für die Beratungen verbindlich sind und darüber nicht mehr bei jedem Punkt abgestimmt werden muss. Ich halte Sie für damit einverstanden. – Ich stelle fest, dass das Haus mit diesem Verfahren insofern einverstanden ist.

(Unruhe)

Die heutige Sitzung soll - jetzt hören Sie bitte genau zu - gegen 18.12 Uhr enden.

(Frau Harms [GRÜNE]: Wehe, das klappt nicht! – Zuruf von der SPD: Auch einhalten!)

Aus Anlass der Feierlichkeiten zum "Tag der Niedersachsen" vom 10. bis 12. Juni 2000 in Peine laden der Niedersächsische Landtag und die Stadt Peine im Anschluss an die heutige Sitzung zu einem gemeinsamen Empfang in der Lobby ein.

Ich möchte Sie noch auf zwei Veranstaltungen hinweisen.

In der Portikushalle ist die Ausstellung "Naturvölker in unserer Zeit – zum Beispiel die Indianer in Paraguay" zu sehen, die in der Verantwortung der Indianerhilfe in Paraguay mit Fotografien von Manfred Zimmermann entstanden ist.

In der Wandelhalle zeigt das Niedersächsische Landesamt für Statistik die Ausstellung "Niedersachsen als europäische Region".

Ich empfehle beide Veranstaltungen Ihrer Aufmerksamkeit.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenografischen Dienst - bis spätestens morgen, 12 Uhr - wird erinnert.

Es folgen geschäftliche Mitteilungen durch die Schriftführerin.

## Schriftführerin Vogelsang:

Meine Damen und Herren! Es haben sich für heute von der Fraktion der SPD der Abgeordnete Buß, von der Fraktion der CDU der Abgeordnete Meier und von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Janssen-Kucz entschuldigt.

#### **Präsident Wernstedt:**

Wir kommen damit zu

# Tagesordnungspunkt 1:

## Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde liegen drei Beratungsgegenstände vor:

a) Niedersachsen wird abgekoppelt - Bahnpolitik der Landesregierung droht zu entgleisen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/1602 - b) Kurs des Euro - keine Gefahr für die Menschen und den Wirtschaftsstandort Niedersachsen - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/1603 - c) Gabriel will Steuersegen - Minister Aller steht im Regen; Landesregierung uneins über die Verwendung von Mehreinnahmen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1604.

Zur Erinnerung, meine Damen und Herren: Es stehen insgesamt 60 Minuten zur Verfügung, die gleichmäßig auf die drei Fraktionen aufzuteilen sind. Das heißt, jede Fraktion kann über insgesamt höchstens 20 Minuten verfügen. Wenn mehrere Themen zur Aktuellen Stunde vorliegen - wie heute -, bleibt es jeder Fraktion überlassen, wie sie ihre 20 Minuten für die einzelnen Themen verwendet. Jeder Redebeitrag - auch von Mitgliedern der Landesregierung - darf höchstens fünf Minuten dauern. Nach vier Minuten Redezeit werde ich klingeln und darauf hinweisen, dass die letzte Minute der Redezeit läuft. Erklärungen und Reden dürfen nicht verlesen werden.

Ich eröffne die Beratung zu

a) Niedersachsen wird abgekoppelt - Bahnpolitik der Landesregierung droht zu entgleisen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/1602

Dazu hat der Abgeordnete Wulff ums Wort gebeten. Bitte schön!

# Wulff (Osnabrück) (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Lage des Schienenverkehrs in Niedersachsen ist, das wird niemand bestreiten wollen, verheerend. Wenn wir die Entwicklung der letzten Jahre berücksichtigen und das sehen, was sich die Deutsche Bahn AG, die Landesnahverkehrsgesellschaft und die Landesregierung auf diesem Felde geleistet haben, dann ist das für uns unfassbar.

(Beifall bei der CDU)

Es kommt hinzu, dass wir dringend eine Umkehr in der Verkehrspolitik brauchen,

(Zuruf von Biel [SPD])

weil die Benachteiligung der Menschen in der Fläche, im ländlichen Raum, in den Regionen Niedersachsens und die Benachteiligung der dortigen Betriebe nicht länger akzeptabel und hinnehmbar ist.

(Biel [SPD]: Das sind die Auswirkungen der 16 Jahre Misswirtschaft in der Verkehrspolitik!)

Wir machen Front gegen einen erstaunlichen Dreiklang. Man sagt, in einem Flächenland wie Niedersachsen sei Mobilität von besonderer Bedeutung. Das ist richtig. Man verteuert die Möglichkeiten im Individualverkehr, und man wickelt die Alternativen im Bereich des öffentlichen Personennah- und –fernverkehrs ab. Dieser Dreiklang geht nicht auf, und dagegen machen wir Front.

(Beifall bei der CDU)

Weil Sie gerade diesen einfachen Weg gehen und sagen, das seien eben die Folgen der Regionalisierung und der Bahnreform, möchte ich Sie gerne darauf aufmerksam machen, dass Rheinland-Pfalz seitdem einen Zuwachs von 31,4 % an Zugkilometerleistung hat, Bayern einen von 19,1 %, Thüringen einen von 26,6 %. Niedersachsen als Flächenland neben den anderen Flächenländern ist eines der Schlusslichter mit 0,8 % Zuwachs, weil Sie die Möglichkeiten und Chancen eben gerade nicht nutzen wollten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Ursachen lassen sich in den fünf Minuten, die mir zur Verfügung stehen, schnell beschreiben.

# (Zuruf von Möhrmann [SPD])

Sie haben Nebenstrecken stillgelegt, Sie haben sie verkommen lassen. Sie stufen Bahnhöfe wie Diepholz, wie Cuxhaven oder Bahnhöfe der Ost-West-Strecke von den Niederlanden nach Berlin ab. Sie haben als einzige Landesregierung bis heute keinen integralen Taktverkehr hinbekommen. Für ein Flächenland ist aber entscheidend, dass der Umstieg vom Bus auf die Bahn, von der Bahn der Strecke, der Fläche, auf die zentralen Strecken gelingt und das Personenaufkommen zunimmt.

# (Beifall bei der CDU)

Sie haben bis heute keine Koordination mit unseren Nachbarländern hinbekommen, weder mit Hamburg noch mit Bremen, noch mit Nordrhein-Westfalen, noch mit Schleswig-Holstein, mit Sachsen-Anhalt oder den anderen Ländern wie den Niederlanden, die unsere Nachbarn sind. Niedersachsen ist das einzige Land, in dem in dem Umfang Strecken vernachlässigt worden sind und marode verrotten. Niedersachsen ist das einzige Land ohne ein integrales Bus-Schiene-Konzept, das wir hier seit Jahren eingefordert haben.

## (Mühe [SPD]: Seit drei Jahren!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir möchten, dass die Verhandlungsposition des Landes gegenüber der Bahn konsequent genutzt wird. Das Land Niedersachsen vergibt im Jahr für 1.200 Millionen DM Aufträge an die Bahn für den Nahverkehr, und daraus wird seitens des Landes nichts herausgeholt. In anderen Bundesländern gibt es wasserdichte Verträge, mit denen man auch Sanktionsmöglichkeiten hat, wenn Züge nur noch 50 km/h fahren und die Fahrgäste an der Strecke während der Fahrt Blumen pflücken können, wenn die Übergangszeiten nicht mehr funktionieren und wenn Züge aus der Fläche an einem Bahnhof ankommen, alle weiterführenden Verbindungszüge gerade abgefahren sind und man deshalb 30 bis 45 Minuten lang auf die Anschlüsse warten muss.

(Möhrmann [SPD]: Der Kollege hatte ausreichend Zeit, sich damit intensiv zu beschäftigen!)

Das ist die Wirklichkeit, die die Menschen in Niedersachsen längst begriffen haben und die der Grund dafür ist, dass sie der Bahn und der Landesregierung Dampf machen, damit diese Politik so nicht fortgesetzt wird.

# (Beifall bei der CDU)

Wir erwarten von Ihnen das Bewerkstelligen eines Niedersachsentaktes auf der Grundlage eines Verkehrsvertrages, den Sie aber seit drei Jahren zwischen Bahn und Land nicht hinbekommen haben, und der sich auszeichnet durch Fahrpläne, auf die man sich verlassen kann. Wir wollen nicht, dass nach dem Motto verfahren wird: Kommen Sie, wann Sie lustig sind. Wir fahren, wann wir wollen. - Das kann nicht die Kombination sein, die gestern - - -

(Lachen bei und anhaltende Zurufe von der SPD)

- Jetzt stellen Sie einmal Ihre Kolleginnen und Kollegen, die gestern nicht beim Deutschen Gewerkschaftsbund gewesen sind, nicht an den Pranger, weil die nämlich jetzt gar nicht verstehen, worüber Sie sich schon frühmorgens erheitern können.

Herr Gabriel, wir möchten, dass Sie gegenüber der Bahn keine Liebedienerei betreiben. Ich finde, dass man dann, wenn man nichts außer dem, was schon vereinbart und vertraglich festgelegt war, erreicht hat, keine Presseerklärungen mit dem Inhalt abgeben sollte, dass das Gespräch mit Herrn Mehdorn ein Erfolg gewesen sei.

## (Beifall bei der CDU)

Dass es schön gewesen sein mag, ist unbestritten. Aber es war kein Erfolg; denn Sie haben im Kern bei Herrn Mehdorn nichts erreicht.

Wenn der Landtag in einer Entschließung einstimmig festlegt, dass das, was die Bahn betreibe, moderne Wegelagerei und Abzockerei sei, dann ist es schon aufregend, wenn Sie anschließend in der Presseerklärung Verständnis für die Deutsche Bahn AG äußern und sich gegen solche Begrifflichkeiten wehren.

## (Beifall bei der CDU)

Sie selbst, Herr Gabriel, haben dieser Begrifflichkeit hier im Hause vor wenigen Tagen zugestimmt.

#### (Beifall bei der CDU)

Wir werden Sie - das ist die eigentliche Nagelprobe - an dem Verkehrsvertrag messen, den wir jetzt erwarten. Der Abschluss dieses Vertrages wird nun wirklich langsam Zeit. Wir werden Sie außerdem messen an den Fahrplänen, die demnächst in Nie-

dersachsen bestehen werden. Das ist die Nagelprobe für Sie, aber nicht die vollmundigen Erklärungen nach Gesprächen, bei denen nichts herausgekommen ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### Präsident Wernstedt:

Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Schurreit.

(Frau Harms [GRÜNE]: Schienenstillleger!)

# Schurreit (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Aktuelle Stunde geht völlig an der Realität vorbei.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Es ist doch völlig klar: In Niedersachsen wird überhaupt nichts abgekoppelt. Die Bahnpolitik entgleist nicht. Ich kann nur sagen, dass ich das gemeinsame Vorgehen, das Sie einmal signalisiert haben, indem wir die Interessen des Landes zugunsten einer gemeinsamen Politik gegenüber Dritten, z. B. der privaten Organisation Bahn, bündeln wollen, nicht erkennen kann. Ich mahne an, dass Sie diese gemeinsame Politik mit uns auch in Zukunft weiter verfolgen. Ich erinnere nur einmal daran, dass alle Fraktionen im Ausschuss eine InterRegio-Linie Hamburg - Lüneburg - Uelzen in Richtung Stendal - Berlin gefordert haben. Das ist eine gemeinsame Vorgehensweise mit großem Erfolg. Die erste Priorität der Anmeldung des Landes Niedersachsen ist der zweigleisige trassierte und elektrifizierte Ausbau mit einem vertakteten System. Insofern ist das gemeinsame Vorgehen zugleich auch das richtige Vorgehen des Landes Niedersachsen. Das Gleiche gilt für die Y-Trasse, bei der wir zwar nicht alle, aber zumindest die beiden großen Fraktionen in einem Boot sitzen.

Ich möchte noch einmal deutlich machen, dass es nicht geht, nur eine kontroverse Position einzunehmen, sondern dass das permanente Gespräch notwendig ist.

(Eveslage [CDU]: Und das über Jahre! Nichts erreicht!)

Ich kann überhaupt nicht verstehen, weshalb Sie Schuld zuweisen. Es wurde festgestellt, dass der Unterbau auf der Trasse Hamburg - Cuxhaven seit 27 Jahren nicht angefasst worden ist. Wer hat denn in den vielen Jahren die Verantwortung dafür gehabt? - Das waren doch Sie!

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte nur noch einmal deutlich machen, dass es mit der Übereinkunft, mit der CDU gemeinsame Verkehrspolitik zu organisieren, nicht allzu weit her ist. Sie mäkeln herum. Sie anerkennen nichts. Sie bedauern nur. Das ist die bedauerliche Situation der Opposition. Ich möchte Sie einfach einmal fragen, ob Sie in der Region Kontakte zu den Menschen oder den Unternehmensverbänden haben. Ich kann aus meiner Region berichten, dass sich z. B. die Industrie- und Handelskammern und die Wirtschaft freuen, dass es nun endlich gelungen ist, das dritte Gleis Hamburg - Lüneburg zu realisieren. Dieses Vorhaben ist doch von Ihnen über Jahre vernachlässigt worden.

(Beifall bei der SPD - Frau Harms [GRÜNE]: Ich denke, es geht um die Planung! Seit wann ist eine Planung eine Realisierung?)

Ich kann hier noch einmal berichten, dass der damalige Ministerpräsident und heutige Bundeskanzler Schröder und der Erste Bürgermeister Voscherau aus Hamburg vor sechs Jahren im Lüneburger Rathaus gesessen haben

(Wulff [Osnabrück] [CDU]: Gut gegessen und geraucht haben!)

und gemeinsam ihre Zustimmung artikuliert haben, dass dieses dritte Gleis als eine prioritäre Maßnahme zweier Länder im Bundesrat durchgesetzt werden solle. Diese Maßnahme hatte aber keine Chance, in der Region Norddeutschland, in der die Sozialdemokraten die Mehrheit hatten, realisiert zu werden, weil Waigel alles im Süden installiert hat. Das ist doch über Jahre hinweg unsere Krux gewesen. Das ist doch Ihre Veranstaltung gewesen. Sie müssen heute dafür abgestraft werden, über Jahre hinweg keine konstruktive Politik betrieben zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich bekomme für diese Maßnahme eine breite Zustimmung aus der Region. Die IHKs stimmen dem Vorhaben ebenfalls zu.

Die SPD-Fraktion war in der Region Nordenham/Hude. Es gibt die Zusage, dass die Trasse dort ausgebaut und mit entsprechender Qualität aus-

gestattet wird. Ohne diese Ausgestaltung wäre z. B. der niedersächsische Hafen Nordenham oder wären die an der Weser liegenden Häfen ohne jegliche Wettbewerbschance im Gütertransport. Sie haben diese Vorhaben über Jahre hinweg vernachlässigt, haben nichts gemacht.

Sie haben sich noch nicht einmal um die Umgehungsstraßen, z. B. die in Berne, gekümmert, um die Zu- oder Ableitung zum Güterverteilzentrum Bremen zu organisieren. Das ist Ihre Politik gewesen - völlig am Thema vorbei. In Berne findet diese Entscheidung, die zwischen den Herren Mehdorn und Gabriel getroffen worden ist, breite Zustimmung.

Die Entscheidung, dass die InterRegio-Verbindung Oldenburg - Wilhelmshaven bis 2001 erhalten bleibt, ist für die Region eine große Chance, wohl wissend, dass die Zahlen nicht allzu rosig sind.

(Glocke des Präsidenten)

Aber man ist in der Region bereit, zusammenzustehen.

Cuxhaven - Bremerhaven: Diese InterRegio-Linie wird fortgeführt. Auch wir wissen, dass dort von einer E-Lok auf eine Diesellok umgespannt wird, ohne dass es eine Perspektive gibt. Wir wissen auch von den 4 Millionen Übernachtungen in Cuxhaven, dem größten niedersächsischen Seebad. Früher haben 16 % der Menschen Cuxhaven mit dem Zug erreicht; heute sind es noch 1 %. Das ist ein Potential sondergleichen. Da muss eine Region zusammenstehen. Es gibt noch andere Punkte, die ich aus der Bilanz der Übereinkünfte hervorheben könnte.

Wir müssen miteinander reden. Frau Grote wird die Koordination und die Clearingstelle zwischen Bahn und dem Land übernehmen. Wir freuen uns, dass das Schülerticket erhalten bleibt. Sie können weiter fahren. Ein Wermutstropfen ist natürlich die Entscheidung, dass für die EXPO - aber zielorientiert und nicht von Pendlern - dieser Beitrag gezahlt werden muss.

In Niedersachsen wird nichts abgekoppelt! Hier entgleist niemand, vor allem niemand in der Regierung. Sie aber schlingern so vor sich hin ohne Konzept, mäkeln und kommen immer nur mit Anmerkungen und Verspätungen. Kommen Sie doch endlich einmal wieder dazu, dass wir eine gemeinsame Verkehrspolitik gegenüber Dritten

organisieren, in diesem Fall gegenüber dem Bund. Dazu fordere ich Sie auf. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Präsident Wernstedt:**

Der Abgeordnete Wenzel hat das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Möllring [CDU]: Gemeinsame Verkehrspolitik gegenüber dem Bund ist gefragt, Herr Wenzel!)

# Wenzel (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Stellen Sie sich vor, der Benzinpreis in Hannover wird während der EXPO um 50 Pfennig erhöht.

(Decker [CDU]: Das wollten die Grünen doch schon immer! - Eveslage [CDU]: Dann würden sich die Grünen freuen!)

Das ist gar nicht unrealistisch, wenn man sich Ihre Konzepte für die Bahn anhört. Ich nehme an, dass die Republik Kopf stehen würde, wenn man das beschließen wollte.

Drei Wochen vor Beginn der EXPO herrscht in Ihrer Verkehrspolitik das blanke Chaos.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt wollen Sie einen EXPO-Strafzoll, der nach Aussagen von Herrn Gabriel nur eine Lenkungswirkung von 2 % entfaltet. Angeblich sind nur 2 % betroffen. Dann können ja auch nur diese 2 % in andere Züge gelockt werden. Meine Damen und Herren, das kann sich nur ein Monopolist ausdenken, der keine Rücksicht mehr auf seine Kunden nehmen muss.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Wozu noch Geld für Marketing, wenn man sich selbst ein solches Negativimage bastelt! Wie wollen Sie den Kunden, wie wollen Sie den EX-PO-Besuchern erklären, dass sie Bahn fahren sollen, wenn Sie mit diesem Strafzoll gerade die Menschen belegen, die sich für dieses Verkehrsmittel entscheiden, und die Hannoveraner, die mit der EXPO überhaupt nichts zu tun haben und vielleicht nur Verwandte besuchen wollen?

Jetzt hat unser Ministerpräsident, Herr Gabriel, ein "gewisses Verständnis" für diese Maßnahme. Meine Damen und Herren, man muss sich ja fast Gedanken darüber machen, ob Herr Gabriel in Berlin einer Gehirnwäsche unterzogen wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Er ist aber wahrscheinlich zu dieser Auffassung gekommen, weil er, weil die Landesregierung, weil Herr Minister Fischer selbst Stichwortgeber für diese Kampagne waren, weil sie sich einer seriösen Finanzierung der Mehrverkehre zur EXPO über Jahre hinweg verweigert haben. Dann ist die Idee geboren worden: Könnte man nicht Sonderangebote streichen und auf diese Art und Weise das Geld hereinholen? Vielleicht liegt darin der Grund für diesen Schwenk von Herrn Gabriel.

Herr Ministerpräsident, ein Armutszeugnis erster Klasse und eine Abzocke ist das. Ich sage das ganz deutlich. Wo der Lenkungseffekt bei nur 2 % bleibt, können Sie mir vielleicht noch erklären.

Aber was ist mit den maroden Schienen? - Ich meine, die Entscheidung hierüber geht über den Tag hinaus, Herr Gabriel. Das wird uns hier in Niedersachsen noch viele Jahre beschäftigen. Ihre Liste, die Sie hier präsentiert haben - ich habe dieses denkwürdige Papier mitgebracht -, ist schlichtweg eine Katastrophe und der Versuch, die Öffentlichkeit zu täuschen.

(Schurreit [SPD]: Fragen Sie doch einmal die Leute vor Ort!)

Sie zählen nämlich Dinge auf - ich erinnere an die Punkte 1 bis 4 -, die längst beschlossen worden sind,

(Eveslage [CDU]: So ist es!)

die vertraglich bereits abgesichert worden sind,

(Eveslage [CDU]: So ist es!)

die bereits mehrfach angekündigt wurden

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU - Eveslage [CDU]: Wiederholungstäter!)

oder die gesetzlich ohnehin vorgeschrieben sind oder die schlicht Unsinn sind, lieber Kollege. Wenn hier nämlich steht, die Bedienung der Strecke Hude - Nordenham sei von der DB AG langfristig garantiert worden, dann zeigt das nur, dass Sie schon mit dem Gedanken gespielt haben, den Personennahverkehr auf dieser Strecke abzubestellen. Sonst könnte nämlich die Bahn gar nicht auf die Idee kommen, diese Strecke stillzulegen. Denn es liegen zwei wichtige niedersächsische Häfen an dieser Strecke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU - Beckmann [SPD]: Du hast doch vor Ort gerade solche Sprüche losgelassen!)

Meine Damen und Herren, es wirft ein bezeichnendes Bild auf Ihre Verkehrspolitik, wenn Sie darüber nachgedacht haben, ob man hier den Personennahverkehr abbestellt, ein jämmerliches Bild!

(Schurreit [SPD]: Von dir, ja! - Beckmann [SPD]: Macht den Leuten vor Ort Angst und spricht hier so eine Scheiße!)

Erfreulich ist immerhin, dass Herr Gabriel mittlerweile festgestellt hat, dass die Landesregierung seit über zwei Jahren keine vertragliche Vereinbarung hat, weil sie sich nicht traut, die Daumenschrauben richtig anzuziehen, so wie wir das vorgeschlagen haben und wie wir das heute Nachmittag noch im Detail diskutieren werden.

> (Plaue [SPD]: Daumenschrauben! -Beckmann [SPD]: Keinen Schlüssel in der Tasche, aber die Daumenschrauben anziehen, was?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, das Problem geht tiefer. Das Problem ist doch: Da fährt das größte Schwergewicht der Landesregierung nach Berlin, und was kommt zurück? - Er präsentiert eine magere Liste von Strecken, die saniert werden sollen, und er hat die Zusage, dass die Bahn einen Teil der Verträge, die man mit ihr abgeschlossen hat, einhält, und beim Strafzoll ist man abgeblitzt und übernimmt die Sprachregelung der Bahn.

(Plaue [SPD]: Das ist aber eine große Phantasie, die Sie da aufbringen! Sie müssen wissen, was die Interessen des Landes sind!)

Wir haben jetzt in der Tat ein Problem. Wir müssen uns nämlich alle gemeinsam in diesem Hause überlegen, wie wir es hinbekommen, dass die Bahn künftig wieder zum Kooperationspartner wird,

(Beckmann: [SPD]: Deine Rede war ein Beitrag dazu! - Schurreit [SPD]: Null Kooperation! - Beckmann [SPD]: Sprüche!)

wie wir wieder gemeinsam mit der Bahn AG dafür sorgen können, dass die niedersächsische Bahn ausgebaut wird, dass sie erfolgreich wird. Wir wollen den Erfolg dieser Bahn und dieses Verkehrssystems in Niedersachsen. - Vielen Dank.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

#### Präsident Wernstedt:

Für fünf Minuten hat Jetzt der Ministerpräsident das Wort.

# Gabriel, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zumindestens in einem Punkt haben Sie Recht, Herr Wenzel: Es geht auch um die Frage, wie wir zu einem konstruktiven Verhältnis zu einer privatisierten Bahn zurückfinden.

(Zustimmung von Plaue [SPD])

Nur, Ihr Redebeitrag, Herr Wenzel, war kein Beitrag dazu.

(Plaue [SPD]: Er war das genaue Gegenteil!)

Das hat auch etwas mit der Frage zu tun, wie man sachgerecht mit Problemen umgeht. Denn dass wir Probleme in diesem Bereich haben, ist völlig unumstritten.

Es gibt übrigens noch einen zweiten Punkt, in dem ich Ihnen Recht geben will. Natürlich ist eine Reihe der Strecken, die wir jetzt mit der Bahn konkret verabredet haben, bereits seit 1997/98 versprochen, und zwar im Schienenverkehrswege-ausbaugesetz. Keine Frage. Nur, die Kollegen von Herrn Wulff, Wissmann und Co., haben darauf verzichtet, auch nur eine müde Mark z. B. für Oldenburg oder Wilhelmshaven vorzusehen.

(Beifall bei der SPD)

Was mich an der Geschichte stört, ist nicht das, was Sie jetzt öffentlich fordern und sagen, sondern es ist das Pharisäertum derjenigen, die landauf, landab versprochen haben, sie würden Schienenwege ausbauen,

(Zuruf von der CDU)

dafür aber keine müde Mark im Bundeshaushalt bereitgestellt haben.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Eveslage [CDU])

- Entschuldigung. Herr Eveslage, da Sie behaupten, ich wüsste in der Sache nicht Bescheid, sage ich Ihnen:

(Eveslage [CDU]: Was Sie zu Oldenburg und Wilhelmshaven gesagt haben, stimmt nicht!)

Herr Wulff und Sie sind nicht bereit, den Preis für die Privatisierung der Bahn zu bezahlen. Der Preis heißt nämlich Verantwortung.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: So einfach ist das!)

Der Fahrpreis der Politik dafür, dass man die Bahn auf die Reise der Privatisierung geschickt hat, heißt Verantwortung. Sie, Herr Wulff, sind nicht bereit, den Fahrpreis zu zahlen. Sie sind ein bahnpolitischer Schwarzfahrer in dieser Hinsicht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Weil wir gerade bei der Frage sind, wie wir ein solches Thema in der Öffentlichkeit behandeln: Herr Wulff hat völlig Recht, in Rheinland-Pfalz fahren die meisten Züge. Nur, meine Damen und Herren, es kommt nicht darauf an, wie viel Züge fahren.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Für die Menschen schon!)

sondern wie viel Menschen.

(Eveslage [CDU]: Wo keine Züge fahren, können auch keine Leute fahren! - Zuruf von Fischer [CDU])

Im Gegensatz zu Rheinland-Pfalz, wo in der Tat eine Steigerung der Zugkilometer zu verzeichnen ist, ist Niedersachsen das Bundesland, das in dieser Zeit mit zu den Ländern gehört, die die größte Steigerung bei den Fahrgastzahlen zu verzeichnen hatten. Das ist die Realität in Niedersachsen, Herr Wulff!

(Beifall bei der SPD)

Nach dem Motto "Traue keiner Statistik, außer du fälscht sie selber" sage ich Ihnen, Herr Wulff:

Zählen Sie die Menschen, nicht die Züge und Kilometer.

## (Zuruf von Frau Pruin [CDU])

Im Gespräch mit Herrn Mehdorn am 8. Mai ist für Niedersachsen Folgendes vereinbart worden: Wir haben für die nächsten Jahre vereinbart, in den Schienenverkehr in Niedersachsen 700 Millionen DM zu investieren, z.B. in den Bereich Oldenburg und Wilhelmshaven ohne die Elektrifizierung bereits 50 Millionen DM. Wenn Sie sagen, das sei alles kein Ergebnis, dann würde mich einmal eine Stellungnahme des Kollegen Dr. Biester oder des Kollegen Ontijd hierzu interessieren. Ich würde gerne erfahren, was diese dazu sagen, dass wir hier mit niedersächsischer Hilfe die Versprechen der CDU-Bundesregierung einlösen, was Sie über Jahre nicht hinbekommen haben

## (Lebhafter Beifall bei der SPD)

Mich würde interessieren, was der Kollege Ontijd zu Leer - Groningen sagt.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das ist doch längst vereinbart!)

Es hat einen Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande gegeben, Sie aber waren über Jahre hinweg nicht bereit, auch nur eine müde Mark bereitzustellen. Wir haben für diese Strecke 25 Millionen DM mit der Bahn AG verabredet. Diese Strecke wird gebaut, nicht nur auf dem Papier, wie bei Herrn Wissmann und anderen aus Ihrer Partei.

#### (Beifall bei der SPD)

Delmenhorst - Hesepe: 70 Millionen DM Investitionsbedarf, seit Jahren bekannt. Keine einzige Maßnahme!

Hude - Nordenham. Herr Kollege Wenzel, wenn Sie es in etwa wüssten: Es geht u. a. darum, die Strecke für die Häfen, für die BEB und andere im Güterverkehr attraktiv zu halten, weil wir sonst Arbeitsplätze verlieren. Die CDU und andere haben in diesem Bereich nur Dinge versprochen und nichts gemacht.

## (Beifall bei der SPD)

Ich verstehe nicht, warum Sie sich an dieser Stelle gegen uns wenden.

700 Millionen DM Investitionsprogramm in den kommenden Jahren. In der Tat geht es auch darum, meine Damen und Herren, endlich den Verkehrsvertrag abzuschließen. Es ist doch nicht so, dass ich sagen würde, mit der Bahn sei alles in Ordnung. Aber ich muss auch akzeptieren, dass die Privatisierung und die Rahmenbedingungen, die im Deutschen Bundestag einmütig beschlossen worden sind,

# (Eveslage [CDU]: Aha!)

dazu geführt haben, dass die Bahn in strukturelle Schwierigkeiten geraten ist. Das Pharisäerhafte der Politik ist es doch, einen Beschluss zu fassen und immer dann, wenn sich die Bahn betriebswirtschaftlich verhält, also das tut, was wir von ihr verlangt haben, in den Regionen den Aufstand zu proben nach dem Motto: Wenn ich der Bevölkerung vormache, ich stehe an ihrer Seite, dann wird sie schnell vergessen, dass ich dafür gesorgt habe, dass das die Konsequenz meines Handelns ist. Das ist doch die Politik, die Sie in der Vergangenheit betrieben haben.

## (Beifall bei der SPD)

Es gibt zwei Wege, mit der Bahn umzugehen: Entweder haut man populistisch drauf und macht vergessen, wofür man selbst mit der Privatisierung gesorgt hat. Der andere Weg ist in der Tat der, Herr Kollege Wenzel, mit der Bahn auch auf der Basis von Verständnis für ihre strukturellen Probleme nach konkreten Lösungen in Niedersachsen zu suchen. Dieser Weg ist schwieriger, er schafft keine so großen Schlagzeilen, er ist am Anfang auch nicht immer gleich von Beifall begleitet, aber er wird am Ende für die Menschen, die Bahn fahren, und für das Bundesland eindeutig bessere Ergebnisse bringen als die populistische Art und Weise, mit der Sie hier agiert haben.

(Starker Beifall bei der SPD)

#### Präsident Wernstedt:

Für die CDU-Fraktion spricht noch einmal der Kollege Dinkla.

## Dinkla (CDU):

Herr Ministerpräsident, was Sie hier eben abgehalten haben, war die größte "verkehrspolitische Märchenstunde" der letzten Jahre.

(Beifall bei der CDU)

Die Medien haben Recht! In den Medien lautete die Headline: "Gabriel bei Mehdorn abgeblitzt". - Das ist auch die Realität.

(Beifall bei der CDU - Plaue [SPD]: Sie müssen aber auch einmal über die Schlagzeile hinaus lesen! Wenn Sie das denn noch können!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben doch gesagt, dass Sie von Begriffen wie "Abzockerei" nichts hielten.

(Zuruf von Plaue [SPD])

- Herr Plaue, man sagt gelegentlich: Gutes Benehmen ist Glückssache. - Wenn das so ist, haben Sie leider läufig Pechsträhnen.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Wernstedt:**

Herr Kollege Dinkla, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

# Dinkla (CDU):

Nein, im Moment nicht. Meine Zeit ist sehr begrenzt. Ich kenne die Taktik, die dahinter steht. - Es war die Presseerklärung aus dem MW, in der von "Abzockerei" gesprochen wurde. Insofern war das, Herr Ministerpräsident, eine "Watschen" an den Wirtschaftsminister. Das muss man hier einmal ehrlich sagen.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann auch nicht verstehen, dass Sie hier von einem "gewissen Verständnis" sprechen. Wir haben hier im Plenum eine einstimmige Erklärung abgegeben; mit Ihrer Stimme.

Nach Ihrem Besuch in Berlin weiß ich nun aber auch, was "Meinungsaustausch" im wahrsten Sinne des Wortes bedeutet: Herr Ministerpräsident, Sie sind mit Ihrer Meinung nach Berlin gefahren und mit der Meinung von Herrn Mehdorn zurückgekommen. Das ist "Meinungsaustausch".

(Beifall bei der CDU)

Wo sind denn die konkreten Erfolge? - Sie haben die Strecke Delmenhorst - Hesepe angesprochen. Wenn ich mich recht erinnere, hat die Bahn für diesen Bereich 15 Millionen DM kassiert. Sie sollte bis Ende 1999 Leistungen abliefern, sie hat aber null gemacht. Inwiefern, Herr Minister, ist es

ein Erfolg, wenn die Bahn ihre Leistungen nicht pünktlich abliefert?

(Beifall bei der CDU)

Bezüglich der Strecke Oldenburg - Wilhelmshaven müssen Sie sich korrigieren. Es trifft nicht zu, dass hier 0 DM vorgehalten worden sind. Es waren Leistungen eingeplant. Es waren alte Verträge, unterschrieben von den damaligen Staatssekretären Carstens und Tacke. Wir müssen erwarten, dass das, was vertraglich geregelt wird, auch eingehalten wird.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben in Berlin versucht, Schadensbegrenzung zu betreiben. Sie haben gespürt, dass Ihnen die miserable Verkehrspolitik in Niedersachsen politisch ans Bein läuft. Deshalb setzten Sie sich nun selbst ein.

Ich muss Ihnen jetzt noch eines sagen: Ich kann Ihnen nur empfehlen, die Aussagen der SPD anlässlich der Wahlen in den Jahren 1990 und 1994, anlässlich der Halbzeitbilanz und aus Anlass der Wahlen im Jahr 1998 in Sachen Verkehrspolitik und ÖPNV wirklich einmal zu lesen. Ich möchte es bei einem Beispiel bewenden lassen. Dort heißt es u. a.:

"Die Reisezeiten der Bahn zwischen der Landeshauptstadt und den großen Städten in Niedersachsen müssen verkürzt und bis zum Jahr 2000 schrittweise halbiert werden."

(Lachen bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dass muss man sich einmal verinnerlichen! Unter dem Strich bleibt: Zehn Jahre SPD-Verantwortung für die Verkehrspolitik in Niedersachsen auf der Basis der Wahlankündigungen der letzten Jahre kommen einer politischen Bankrotterklärung gleich.

(Beifall bei der CDU - Plaue [SPD]: Sie reden über Ihre Verkehrspolitik in Bonn, Herr Kollege!)

Sie können keinem Menschen im Land erklären, weshalb es bei uns mit der Entwicklung integraler Taktfahrpläne nicht klappt. In der Antwort auf die Kleine Anfrage schreibt die Landesregierung, es wäre bei uns die "Vorstufe" integraler Taktfahrpläne. - Toll, muss ich sagen. Wirklich erstaunlich. Es klappt auch nicht mit der länderübergreifenden Koordination. Herr Wulff hat dies soeben angeführt. Wenn Sie, Herr Ministerpräsident, eben

gesagt haben, dass die Züge allein nichts nützten, sondern dass auch die Menschen mitfahren müssten, dann sehe auch ich das so. Können Sie mir erklären, Herr Ministerpräsident, warum der Regionalexpress aus dem Emsland auf dem Bahnhof in Leer eine Minute nach der Abfahrt des InterRegio ankommt? Das ist eine tolle Koordination. Damit kriegt man auch Menschen in die Züge.

(Beifall bei der CDU - Plaue [SPD]: Muss jetzt der Ministerpräsident die Fahrpläne machen? - Weitere Zurufe von der SPD)

Wir brauchen innovative Dritte im Wettbewerb auf der Schiene. Wenn die Bahn weiterhin "Spieler und Schiedsrichter" ist, wird es im Ergebnis nicht klappen.

Sie haben auch - Herr Wenzel hat es angeführt - den fairen Umgang mit der Bahn angesprochen. Ich habe nichts dagegen. Wenn die faire Partnerschaft auf beiden Seiten vorhanden ist, ist das okay. Irgendwann aber ist das "Ende der Fahnenstange" erreicht. Wir möchten nicht nur Bittsteller sein, sondern wir möchten auch im Verhältnis zu den anderen Bundesländern fair behandelt werden. Die Einrichtung einer neuen "Clearingstelle" - das habe ich mir auf der Zunge zergehen lassen - heißt für Niedersachsen im Klartext doch, dass es im Ergebnis bislang nicht geklappt hat. Deshalb hat Niedersachsen in der Vergangenheit keine beispielhafte Verkehrspolitik betrieben.

Was wollen wir nun mit der Bahn machen? - Wenn man auf der einen Seite glaubt, man könne hier elegant Florett fechten, dann meine ich schon, dass wir auf der anderen Seite aber auch einmal Farbe bekennen müssen. Wir tragen nicht nur Verantwortung für die Wirtschaftszentren in diesem Raum, sondern wir tragen politische Verantwortung auch für Gesamtniedersachsen und für die Fläche.

# (Zurufe von der SPD)

Ich sehe hier aber leider große Defizite in der Politik der Landesregierung, was nicht nur für den Bereich der Verkehrspolitik gilt. Wir als CDU wollen nicht, dass Niedersachsen als Flächenland zum Land der Museumsbahnen und altersschwacher schienengebundener Verkehrssysteme wird und es immer häufiger auch in der Fläche heißt: Endstation! Bitte aussteigen! - Dafür würde die SPD natürlich auch die Verantwortung tragen.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Wernstedt:**

Der Abgeordnete Wenzel hat noch einmal ums Wort gebeten.

# Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte der Legendenbildung vorbeugen. Der Ministerpräsident hat gesagt, dass Niedersachsen bei den Fahrgästen im Nahverkehr die höchste Steigerungsrate zu verzeichnen hat. Nach meinen Unterlagen gab es im Land Rheinland-Pfalz eine Steigerung um den Faktor 90, in Niedersachsen aber nur um den Faktor 11 seit In-Kraft-Treten der Bahnreform.

Noch ein Punkt. Seit dem 1. Januar 1996 sind Sie für den Nahverkehr in Niedersachsen zuständig. Nicht Sie persönlich die ganze Zeit, aber die SPD-Mehrheitsfraktion. Seit diesem Zeitpunkt ist die Qualität vom Fahrplan 1993/1994 die Vertragsgrundlage für die Zahlungen des Landes an die Bahn. Gesamtgrößenordnung in Niedersachsen: eine halbe Milliarde DM. - Diese Qualität beinhaltet auch die Qualität von Schienenstrecken. Sie beinhaltet auch die Fahrzeiten zwischen zwei Bahnhöfen, die sich aber nur dann realisieren lassen, wenn die Strecken entsprechend in Ordnung sind. Das muss gelten. Diese Vertragsgrundlage muss eingehalten werden. Daran ist kein Jota zu viel. Wenn das nicht funktioniert, dann besteht auch kein Raum für Kooperation. Das ist die Voraussetzung. Wir wollen aber die Kooperation. Deshalb hoffen wir immer noch darauf, dass die Bahn das einsieht, dass das Land hier endlich ein schwereres Geschütz in Stellung bringt und die Zahlungen einbehält, bis die Schienen in Ordnung sind.

Wir möchten, dass Sie, Herr Gabriel, der Bahn gegenüber deutlich machen, dass wir bereit sind, sofort einen integralen Taktfahrplan und 15 % mehr Verkehr zu bestellen. Bringt aber die Schienen in Ordnung.

Dann lassen Sie uns ein zweites Kooperationsprojekt auf die Schiene setzen, Herr Gabriel.

(Zuruf von Adam [SPD])

- Lassen Sie uns - Herr Adam, darf ich bitte ausreden? - gemeinsam eine eindeutige Botschaft an Herrn Klimmt und an Herrn Eichel richten, Herr

Gabriel, und sagen: Mittelfristig und langfristig müssen die Wettbewerbsverzerrungen zulasten der Bahn, zulasten der Schiene abgebaut werden. Das betrifft den höchsten Mehrwertsteuersatz in Europa. Das betrifft die Mineralölsteuer, die für Flugzeuge und Schiffe nicht zu bezahlen ist. Das betrifft die Investitionsmittel und schließlich die Kilometerpauschale. Lassen Sie uns das eindeutig an die Adresse von Klimmt und Eichel richten; denn das sind die beiden, die hier im Moment in Berlin auf der Bremse stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

#### Präsident Wernstedt:

Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Plaue ums Wort gebeten.

## Plaue (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Wenzel, das ist genau das Spielchen, das die Bürgerinnen und Bürger wünschen: Möglichst viele Forderungen stellen, ein Wolkenkuckucksheim von Wünschbarem aufzeigen, aber an keiner Stelle nachweisen, wie man das finanzieren kann. - Herr Kollege Wenzel, das Problem ist, dass Sie das, was Sie hier eben gefordert haben, im Koalitionsausschuss in Berlin bei den Haushaltsplanberatungen auch bezahlen müssen. Dazu sehen Sie sich aber nicht in der Lage, und deshalb ist das, was Sie hier machen, unredlich.

(Beifall bei der SPD)

Dann, meine Damen und Herren, das bekannte Spielchen: Zehn Jahre haben wir in Niedersachsen regiert, 16 Jahre haben Sie in Bonn regiert.

#### **Präsident Wernstedt:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Möllring?

## Plaue (SPD):

Nein, Herr Kollege Möllring kann sich gern zu Wort melden und die Redezeit seiner Fraktion in Anspruch nehmen.

(Möllring [CDU]: Ich wollte Ihnen nur einmal Ihre Wahlprogramme vor-

halten! Was haben Sie denn alles versprochen?)

Das alte Spielchen, meine Damen und Herren: Wir haben zehn Jahre lang in Niedersachsen und Sie 16 Jahre lang in Bonn regiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Kollege Wulff, das Problem ist, dass wir bei all dem, was wir an Verkehrs- und Infrastrukturpolitik machen wollen, nicht mehr als Staat allein zur Verfügung stehen, sondern aus verschiedenen Gründen dafür Partner brauchen - ob in der freien Wirtschaft oder in diesem Falle mit dem Quasi-Monopolisten Bahn. Die Art und Weise, wie man mit diesem Monopolisten umgeht, hat vielleicht auch etwas damit zu tun, was zurückkommt bzw. wie er dabei auf einen selbst zukommt.

(Zuruf von der CDU: Das haben wir bei Gabriel ja gesehen! Das haben wir bei Mehdorn gesehen!)

Deshalb sage ich ganz klar und deutlich: Ich hätte mir gewünscht, dass Herr Mehdorn in der Frage der erhöhten Fahrpreise für diejenigen, die nicht zur EXPO, aber nach Hannover wollen, nachgibt. Dass er nicht nachgegeben hat, bedauere ich. Das ist seine unternehmenspolitische Entscheidung. Aber das, was der Ministerpräsident - stattdessen, wenn Sie so wollen - sowohl bei den Schülertickets,

(Frau Vockert [CDU]: Das ist ja lächerlich!)

insbesondere aber bei den Struktur- und Infrastrukturmaßnahmen mit Mehdorn vereinbart hat, liegt im niedersächsischen Interesse. Das sollten wir als Landtag auch zur Kenntnis nehmen und befürworten, meine Damen und Herren.

> (Beifall bei der SPD - Zuruf von Eveslage [CDU] - Gegenruf von Beckmann [SPD])

## **Präsident Wernstedt:**

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zu diesem Punkt liegen mir nicht vor.

Wir kommen damit zu

 b) Kurs des Euro - keine Gefahr für die Menschen und den Wirtschaftsstandort Niedersachsen - Antrag der Fraktion der SPD
 - Drs. 14/1603

Wer bringt den Antrag ein? - Herr Kollege Plaue!

(Zuruf von Wulff (Osnabrück) [CDU])

# Plaue (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte um die Einführung des Euro vor etlichen Jahren war in der Tat nicht ohne Emotionen, sondern sie war mit Ängsten verbunden. Das ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, dass der Beschluss über die Einführung des Euro und die Beitrittsbedingungen, die zum Euro-Raum führen könnten, von den damaligen Regierungen der Staaten der Europäischen Union den Bürgerinnen und Bürgern in einer Weise übergestülpt worden sind, dass daraus sehr viele Ängste entstehen konnten.

(Eveslage [CDU]: Mit der Zustimmung der Sozialdemokraten in Bonn!)

- Mit Zustimmung der Sozialdemokraten - keine Frage. Ich habe über die Art der Debatte geredet, Herr Kollege Eveslage. Wir sollten einfach zur Kenntnis nehmen, dass die Art und Weise, wie diese Debatte damals geführt wurde und wie die Regierungen - ohne auf die Ängste der Bürgerinnen und Bürger einzugehen - versucht haben, ihnen das sozusagen überzustülpen, nicht dazu beigetragen hat,

(Zuruf von Eveslage [CDU])

den Start des Euro und der Währungsunion zu befördern.

(Zuruf von Eveslage [CDU])

Aber ich sage auch klar und deutlich: Dieses Gerangel um den Euro gehört der Vergangenheit an. Wir haben in den nächsten Jahren damit zu rechnen, dass das, was der Bürger bisher nur auf seinem Kontoauszug bzw. auf den Rechnungen erkennt - nämlich den Euro -, demnächst als physisches Zahlungsmittel zur greifbaren Erfahrung werden kann. Wie und aus welchen Gründen die Debatte um diese Währung geführt wird, ist ganz entscheidend für den Erfolg, den die Einführung des Euro dann auch bei den Menschen haben wird.

Meine Damen und Herren, daran besteht kein Zweifel: Der Euro hat im Verhältnis zu seinen Referenzwährungen Dollar, Yen und Britisches Pfund einen gewissen Druck auszuhalten. Der Kursverfall des Euro besteht. Allerdings scheint dieser Kursverfall gestoppt zu sein.

(Möllring [CDU]: Seit heute 9 Uhr ist er gestiegen!)

Die Entwicklung der nächsten Tage wird das mit Sicherheit auch zeigen.

(Eveslage [CDU]: Aber jetzt geht er wieder runter!)

Meine Damen und Herren, die Frage ist allerdings, ob der Kursverfall des Euro zum Anlass genommen werden darf - wie es konservative Politikerinnen und Politiker von CDU und CSU tun -, um aus parteitaktischem Kalkül gegen die Bundesregierung zu argumentieren. Das kann man nur mit einem klaren Nein beantworten, meine sehr verehrten Damen und Herren. So kann man mit dem Euro nicht umgehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde es auch schlicht schäbig, wenn die Herren Stoiber, Glos und Merz erklären, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland dazu beitragen, die Debatte um den Euro und den Druck, den der Euro auf den Devisenmärkten auszuhalten hat, zu befördern.

Ich sage ganz klar und deutlich: Der Wohlstand der Menschen in Niedersachsen ist nicht von dem Außenwert des Euro beeinflusst, sondern von seinem inneren Wert bzw. von dem, was innerhalb der Gemeinschaft dafür zu bekommen ist.

(Eveslage [CDU]: Das erzählen Sie einmal den Leuten an der Tankstelle!)

- Ich darf daran erinnern, Herr Kollege Eveslage, dass Niedersachsen - über die Menschen diskutieren wir hier - 60 % seiner Exporte innerhalb des Euro-Raums vollzieht. Dort hat sich überhaupt keine Veränderung der Paritäten ergeben.

(Beifall bei der SPD - Eveslage [CDU]: Und was ist mit den 40 %?)

- Dazu komme ich gleich. - Auch bei den Exporten in die Nicht-Euro-Länder ist aus niedersächsischer Sicht durchaus grünes Licht zu verzeichnen. Das verarbeitende Gewerbe hat im März ein Plus von 13 % zu verzeichnen gehabt, Herr Kollege Eveslage. Die Auftragseingänge aus dem Ausland nahmen sogar um 26 % zu, Herr Kollege. Wenn Sie fragen, was mit den übrigen 40 % ist: Die Exporte in die Vereinigten Staaten haben im Februar 2000 um mehr als 40 % zugenommen.

(Eveslage [CDU]: Die Einkäufe im Ausland werden aber teurer! Kaufen Sie mal Kupfer im Ausland!)

Das ist von der Schwäche des Euro begünstigt worden. Ich sage aber noch einmal deutlich: Das ist kein Argument gegen den Euro, sondern im Moment eher für den Euro.

Im Übrigen darf ich Sie daran erinnern, dass Herr Piëch vor wenigen Wochen erklärt hat, dass er einen Gewinnanstieg des VW-Konzerns in Höhe von 20 % für durchaus realistisch hält. Gestern hat der Konzern veröffentlicht, dass das gute Abschneiden der Marke VW im Konzerndurchschnitt aufgrund der Euro-Paritäten zu verzeichnen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, alles das macht deutlich - jedenfalls nach unserer Auffassung -, dass über den Euro nicht in der Weise diskutiert werden kann, wie das Stoiber und Co. tun.

Die Fundamentaldaten Europas sind günstig.

(Zuruf von Rolfes [CDU])

Die Inflationsrate im Euro-Raum beträgt weniger als 2 %. Gegenüber dem, was in anderen Ländern passiert, ist das ein sensationell günstiger Wert. Wenn man die Verbraucherpreise in Niedersachsen anschaut, sieht man, dass sie im Vergleich zum Vorjahresmonat im April bei plus 1,6 % lagen. Im März lagen sie noch bei 2,2 %.

Das alles macht deutlich, meine Damen und Herren, dass es weder inflationistische Tendenzen noch Schwierigkeiten bei der Konjunktur gibt. All dies wird die Wirkung auf die Devisenmärkte nicht verfehlen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir als Landespolitiker fordern zu Recht ein, einen stärkeren Einfluss auf die europäischen Institutionen auszuüben. Wir als Landespolitiker fordern mehr Rechte ein, aber dann haben wir auch die Pflicht, diese europäischen Institutionen - dazu gehört der Euro - gegen ungerechtfertigte Kritik konservativer Politiker in Schutz zu nehmen. - Das tun wir auch, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

#### **Präsident Wernstedt:**

Für die CDU-Fraktion redet jetzt Herr Kollege Möllring.

# Möllring (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gegenüber dieser Rede hatte Ihr gestriger Vorschlag zur Betriebskrankenkasse regelrecht Niveau, Herr Plaue.

(Heiterkeit bei der CDU - Plaue [SPD]: Freut mich, dass Sie sich darüber freuen!)

Ich will einmal daran erinnern, wer damals die Diskussion angeheizt hat, Herr Plaue - das haben Sie damals bejubelt. Wer hat denn vor zwei Jahren gesagt, der Euro sei eine kränkelnde Missgeburt?

> (Inselmann [SPD]: Wer war das? Stoiber wahrscheinlich! - Heiterkeit bei der SPD)

- Jetzt will Herr Inselmann schon seinen eigenen Bundeskanzler nicht mehr kennen. - Herr Schröder war es, der geglaubt hat, im Bundestagswahlkampf 1998 mit diesen Emotionen Punkte zu gewinnen.

Nun will ich Ihnen eines sagen: Der Euro liegt gegenwärtig bei 90 US-Cent. Ich habe das eben im Internet nachgesehen. Bis 8.45 Uhr ist er noch leicht abgefallen; seitdem steigt er wieder leicht - um drei Hundertstel Cent.

(Plaue [SPD]: Da sehen Sie, was meine Rede alles so bewirken kann!)

- Was Ihre Rede alles so bewirkt hat - wahrscheinlich sinkt er jetzt wieder. - Aber eines müssen Sie doch zur Kenntnis nehmen, Herr Plaue: Alle Fachleute, die etwas von diesem Metier verstehen, sagen: Die Schwäche des Euro ist aufgrund der Wirtschaftskraft, die im Euro-Land herrscht, nicht zu erklären. Das sagt im Übrigen auch der Bundeskanzler, und alle Analysten sagen dies auch. Aber sie fügen eines hinzu: Das psychologische Element - die Furcht, in den Euro zu investieren liegt darin, dass die großen Länder – Deutschland ist das größte - im Euro-Land nicht reformfähig

sind und man deshalb in dieser Währung keine Zukunft vermutet.

(Beifall bei der CDU - Plaue [SPD]: Mich wundert, dass Sie als ein Vertreter der CDU von Reformunfähigkeit sprechen!)

Das ist doch so, weil alle wichtigen Reformprozesse, die von der alten Regierung noch angeschoben worden sind - sei es in der Rentenpolitik, in der Sozialpolitik oder in der Steuerpolitik –, blockiert worden sind. Es ist schon armselig, zu sehen, wie Herr Schröder, der der größte Blockierer der Steuerpolitik der Petersberger Beschlüsse war, jetzt winselt

(Plaue [SPD]: Er winselt garantiert nicht, lieber Herr Kollege!)

und sagt: Bitte keine Blockade im Bundesrat. - Man muss sich einmal überlegen, wie sich Herr Schröder in zwei Jahren plötzlich völlig verändert hat. Dies ist das Problem. Das Problem ist - deshalb müssen wir es in Deutschland diskutieren -, dass die Deutsche Mark, die Führungswährung innerhalb des Euro, schlecht bewertet ist und damit den Euro nach unten zieht.

(Zuruf von Plaue [SPD])

Das können Sie nicht der Wirtschaft anlasten, weil die Wirtschaft - da gebe ich Ihnen Recht; Sie haben die Zahlen zum Teil vorgetragen - im Moment stark ist. Der psychologische Ansatz aber ist auf den Weltmärkten nicht da, weil die Leute der Politik der Bundesregierung nicht trauen und deshalb nicht in den Euro investieren.

(Zustimmung bei der CDU - Möhrmann [SPD]: Wer sagt das?

- Zuruf von Plaue [SPD])
- Herr Plaue, eine Währung können Sie nur danach bewerten, was für sie gezahlt wird und was Sie dafür bekommen. Sie können sich hierher stellen und sagen: An sich müsste der Euro ganz toll sein.
   Tatsache ist aber: Die Weltmärkte sind nur bereit, 90 US-Cent dafür zu bezahlen.

(Plaue [SPD]: Welche Probleme haben wir denn dadurch, Herr Kollege?)

Sie haben ja Recht damit, dass es im Euro-Binnenmarkt relativ egal ist, wo ich kaufe, ob ich in Spanien, in Bayern, in Schleswig-Holstein oder in Österreich kaufe, wobei Sie ja mit Österreich im Zweifel schon wieder Schwierigkeiten hätten.

(Plaue [SPD]: Wahrscheinlich mehr mit Bayern als mit Österreich!)

- "Mehr mit Bayern als mit Österreich", das ist doch einmal eine Aussage, Herr Plaue. - Das ist doch völlig uninteressant. Das war früher bei der D-Mark in ganz Deutschland auch so. Das ist bei jeder Binnenwährung völlig uninteressant. Aber die 40 % Außenhandel, die wir treiben, die Importe, die die Inflation hochtreiben, die müssen Sie bedenken. Gehen Sie einmal an die Tankstellen! Nicht nur Ihre Ökosteuer, sondern auch der harte Dollar, der im Moment bei 2,15 DM ist, treibt die Preise hoch.

(Plaue [SPD]: Ach?)

- Das ist doch völlig unbestritten.

(Plaue [SPD]: Ich dachte, das wäre nur die Ökosteuer! - Beckmann [SPD]: Welche Rede haben Sie eigentlich 1995 gehalten, als der Dollar bei 1,40 DM war?)

- Das ist doch völlig dummes Zeug. 1999 ist der Benzinpreis aufgrund des starken Dollar gestiegen, das treibt die Inflation an, das belastet unsere Wirtschaft, und das belastet auch die Niedersachsen.

Also: Der Punkt, den Sie hier angeführt haben, ist nicht recht verständlich. Kümmern Sie sich in Berlin um eine bessere Bundespolitik, die auch Reformansätze zeigt! Dann schaffen Sie außen auch wieder Vertrauen in das Euro-Land, und dann wird der Euro auch wieder erstarken. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Wernstedt:**

Frau Steiner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

# Frau Steiner (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Natürlich gibt es Anlass zur Diskussion über dieses Thema. In der Tat hatte bei der Einführung des Euro im Januar letzten Jahres wohl niemand von uns ernsthaft mit einer solchen Währungsentwicklung, wie wir sie in den letzten Monaten erlebt haben, gerechnet. Es war durchaus unterschiedlich.

Die Euro-Befürworter haben sich vorgestellt, da werde sich eine sehr starke Währung als Gegenspieler zum Dollar herausbilden. Die anderen haben schon damals in der Währungsunion die Inflationsgemeinschaft gesehen. Wenn man sich die Sache heute nüchtern betrachtet, dann muss man feststellen: Beides hat sich nicht erfüllt. Wir haben eine zwiespältige Situation. Der Euro ist nach außen weich und nach innen hart.

Ich wende mich zunächst dem ersten Punkt zu: nach außen weich. - Alle diskutieren über die Bewertung gegenüber dem Dollar und bieten unterschiedlichste Erklärungen. Für die einen sind es die unterschiedlichen Wachstumsraten in den USA und im Euro-Gebiet. Für die anderen ist es eine Spekulation gegen den Euro. Der psychologische Faktor, der gerade von Herrn Möllring stark strapaziert worden ist, wird natürlich auch angeführt.

Die CDU/CDU - das konnten wir gerade wieder hören - hat für die schlechte Performance des Euro gegenüber dem Dollar auch schon die Ursache gefunden: die falsche Wirtschafts- und Finanzpolitik der sozialdemokratischen Regierungen in Europa und insbesondere natürlich von Rot-Grün in Deutschland. - Es wird auch gleich die passende Forderung erhoben: Wenn nun endlich die Steuersenkung nach dem Konzept käme, das die CDU neuerdings - nicht in den 16 Jahren damals, sondern erst seit Rot-Grün - vorschlägt, wenn wir die Systeme der sozialen Sicherung anders strukturieren würden und wenn dies und jenes wäre, dann könnten wir dem Kursverlust begegnen. - Damit wird die Linie fortgesetzt, Herr Möllring - allerdings nicht auf Stoibers Niveau -, auf der die Euro-Diskussion von Anfang an begleitet worden ist: Innenpolitisch macht man populistisch Punkte, indem man alle möglichen Befürchtungen gegen den Euro äußert. Man spricht im Verein mit Ministerpräsidenten oder auch damaligen Ministerpräsidenten von kränkelnden Frühgeburten. Wir haben allerdings festgestellt, dass manche schon eine andere Einstellung zum Euro haben. Vielleicht gelingt es Herrn Stoiber und Herrn Möllring auch. - So viel zunächst zur Außenwirkung.

Betrachten wir nun die Situation des Euro nach innen. - Es besteht überhaupt kein Anlass zu Krokodilstränen. Derzeit ist jeder Cent Verlust, den der Euro gegenüber den Dollar macht, eine kleine Konjunkturspritze für Airbus, für den Autoexport und für den Export anderer Produkte, und davon profitiert Niedersachsen als Automobil exportierendes Bundesland natürlich ganz erheblich. Das

merken wir auch. Ich wundere mich direkt, dass Herr Plaue sich nicht stärker damit geschmückt hat.

Wir können feststellen: Die Preise sind auf absehbare Zeit stabil - das sagen alle Prognosen; da liegen Sie ganz schief, Herr Möllring -, die Inflationsrate im zweiten Euro-Jahr ist niedriger, als sie zu D-Mark-Zeiten war, die Zinsen sind niedrig. Konsumenten, Konzerne sind täglich Nutznießer dieser günstigen Konstellation. Der Konjunkturaufschwung ist durch den Export, den der Euro befördert, gestützt,

(Unruhe)

und das, nebenbei bemerkt, schafft auch Arbeitsplätze, wie an der Arbeitslosenstatistik zu bemerken ist.

(Zustimmung von Schröder [GRÜ-NE])

Insofern besteht überhaupt kein Grund, über die Nachteile in der Außenwirkung jetzt Krokodilstränen zu vergießen. Wenn USA-Touristen derzeit 2,19 DM für einen Dollar bezahlen müssen, dann ist das zwar bitter, aber im Euro-Land sind die Preise stabil; da kann man nicht nur nach Mallorca fahren, sondern kann auch anderswo günstige Angebote wahrnehmen.

Ich frage mich nur, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion: Was hat Sie eigentlich zu dieser Aktuellen Stunde bewogen? Wollten Sie dem psychologischen Faktor etwas entgegensetzen und entsprechend Beruhigung verbreiten?

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Das wäre natürlich eine Möglichkeit gewesen. Eine solche Aktuelle Stunde bietet natürlich auch Anlass, die spezielle niedersächsische Wirtschaftspolitik zu loben; das Lob werden wir gleich sicherlich auch noch hören.

(Plaue [SPD]: Das ist doch schon gesagt!)

Die Probleme für die Wirtschaftsentwicklung - "für die Menschen und den Wirtschaftsstandort Niedersachsen", wie es in dem Antrag für diese Aktuellen Stunde heißt - sehe ich aber nun wirklich nicht in der Euro-Entwicklung, sondern die sehe ich, wenn überhaupt, in der Schwerpunktsetzung und in der Konzentration auf Automobilindustrie mit entsprechenden Abhängigkeiten und in der

Gefahr, zukunftsträchtige Entwicklungen zu verschlafen, wie wir das zum Teil schon erlebt haben; z. B. im Sektor hochwertiger Dienstleistungen hängen wir immer noch hinterher. Darauf also sollten wir uns konzentrieren. Das bringt mehr, auch für Aktuelle Stunden, als sich mal kurz über den Euro auszutauschen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN - Plaue [SPD]: Der Glaube versetzt Berge! - Gegenruf von Frau Steiner [GRÜ-NE]: Vor allem deiner!)

#### Präsident Wernstedt:

Das Wort hat nunmehr Europaminister Senff.

**Senff,** Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Gegensatz zu Frau Steiner sind wir sehr froh darüber, dass die SPD-Landtagsfraktion dieses Thema aufgegriffen hat, weil es ein Beispiel dafür ist, dass man europäische Fragen, auch europäische Probleme offen im Parlament und offen mit der Bevölkerung bereden muss. Am schädlichsten für die europäische Idee ist, alles in Hinterzimmern miteinander zu bereden und die Bevölkerung erst nachher darüber zu informieren, was man beschließen will oder gar schon beschlossen hat.

(Plaue [SPD]: Genauso ist es!)

Die Debatte gefällt mir insofern nicht ganz, wenn ich Ihnen das einmal sagen darf, als sie insbesondere bei Ihnen, Herr Möllring - das hätte ich von Ihnen gar nicht erwartet -, mangelndes Selbstbewusstsein zeigt. Selbstbewusstsein hat Herr Plaue gezeigt. Zu Selbstbewusstsein besteht Anlass.

Dieser Kontinent, Euro-Land, also die Staaten, die den Euro eingeführt haben, haben überhaupt gar keinen Grund, nur wegen des Kurses des Euro in Sack und Asche zu gehen. Wir können uns sehen lassen.

# (Zustimmung von Plaue [SPD])

Die dazu notwendige Begründung, die Daten wurden von allen hier offenkundig einvernehmlich festgestellt, und von daher darf man sicherlich gemeinsam feststellen "Wachstum läuft im Euro-Land, und die inflationären Gefahren sind gering", wobei ich zugebe: Sie sind nicht auszuschließen;

insbesondere an der Außenwirtschaftsfront, infolge der Kursveränderung und des weiteren möglichen Verfalls des Euro, sind sie zu beobachten.

Der Euro hat seinen Beitrag dazu geleistet - er war es nicht allein -, dass es bei uns wirtschaftlich aufwärts geht. Das alles ist gesagt. Ich will mich darauf berufen und einen anderen Aspekt in die Debatte einführen.

Denken Sie einen Moment über Folgendes nach: Was wäre, wenn wir den Euro nicht gehabt hätten? - Die D-Mark wäre in einer wesentlich schlechteren Verfassung, und selbst im Euro-Land, also in Europa, hätten wir eine Situation, in der jeder gegen jeden kämpfte, was bei starkem Dollar - das wäre er nämlich gewesen - und nicht vorhandenem Euro bedeutet hätte, dass dann, wenn die italienische Lira - um nur ein Beispiel zu nennen - abgewertet worden wäre, die italienischen Maschinenbauer unseren Maschinenbauern auf internationalen Märkten wahnsinnig Konkurrenz gemacht hätten.

Meine Damen und Herren, wenn alle Fundamentaldaten so gut sind, wie sie sind, dann bleibt eine Frage offen: Warum sinkt der Kurs? - Das ist eigentlich die Frage, die bei uns zentral auf eine Antwort wartet. Für mich gibt es zwei Gründe und damit auch zwei Gegenstrategien, wobei ich die psychoanalytischen Bemerkungen von Herrn Möllring nicht ganz abtun will; sie eignen sich aber wenig, um praktische Politik zu machen.

Grund 1: Es stimmt, Europa hat gegenüber den USA ein Defizit an wirtschaftlicher Dynamik. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, Europa holt auf. Unsere Produktivitätszuwächse sind größer als in den USA. Erstmals seit 16 Jahren stimmt die Richtung wieder. Von daher besteht Anlass zu der Hoffnung, zu der Vermutung, zu der Annahme, dass sich auch der Euro im Rahmen dieses Aufholprozesses gegenüber den USA stabilisieren wird.

Zweiter Grund: Das Ungleichgewicht, das es gibt, liegt im amerikanischen Interesse. Das darf man doch nicht vergessen. Die USA sind nicht bereit, gemeinsam mit uns, mit Japan, mit anderen wichtigen Ländern eine Front gegen den weiteren Verfall des Euro zu organisieren. Denn die USA leihen sich tagtäglich für eine Milliarde DM Güter auf internationalen Märkten und damit auch von uns, und sie finanzieren sie mit ihrer Weltreservewährung. Von daher besteht im Moment kein Interesse in den USA, eine gemeinsame Gegenstrategie zu

entwerfen und umzusetzen. Das ist ein ganz wesentlicher Grund dafür, dass die Europäische Zentralbank handlungsunfähig ist und nicht eingreifen kann, weil sie allein dazu zu schwach ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bleibe dabei: Lassen Sie sich nicht irre machen. Der Euro wird ein Erfolg werden. Das mag schneller kommen, oder es mag dauern. Wer dazu eine feste Prognose abgeben will, weiß mehr als ich. Da soll es ja jemanden geben. Ich wage keine schnelle Prognose. Aber der Euro wird stark werden. Das steht für mich außer Zweifel. Er wird die zweitstärkste Währung der Welt sein; denn dahinter stehen im Euro-Land die stärkste Handelsmacht der Welt und die zweitstärkste Wirtschaft. Eines Tages wird sich Folgendes herausstellen: Der Euro selbst und der Binnenmarkt waren die entscheidenden Weichenstellungen für eine politische Union in Europa. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

## **Präsident Wernstedt:**

Meine Damen und Herren, damit ist der Punkt 1 b) beendet.

Wir kommen zu

- c) Gabriel will Steuersegen Minister Aller steht im Regen; Landesregierung uneins über die Verwendung von Mehreinnahmen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Drs. 14/1604

Das Wort hat der Kollege Kollege Golibrzuch.

# Golibrzuch (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit bekannt ist, dass der Bund aus der Versteigerung neuer Mobilfunklizenzen mit außerordentlichen Mehreinnahmen von bis zu 120 Milliarden DM zu rechnen hat, gibt es ja täglich neue Vorschläge, wie man dieses Geld ausgeben könnte. Nun hat sich auch Ministerpräsident Gabriel zu Wort gemeldet und hat vorgeschlagen, dieses Geld für eine weitere Senkung des Spitzensteuersatzes einzusetzen. Ich darf Ihnen sagen: Wir sehen im Moment weniger Bedarf für eine weitere Senkung der Spitzensteuersatzes als für eine Entlastung bei den öffentlichen Haushalten von Ländern und Kommunen. Von den rot-grünen Steuerreformen profi-

tieren kleinere und mittlere Einkommensbezieher, profitieren Unternehmen, profitieren vor allem auch Familien. Von den Einnahmen aus den Lizenzverkäufen profitiert zunächst einmal nur der Bund, und für die Länder bedeutet das im Saldo weitere Steuerausfälle, weil die Unternehmen die Versteigerungskosten natürlich als Betriebsausgaben absetzen können. Geht man mal von Versteigerungerlösen von 120 Milliarden DM und von einer vierjährigen Abschreibungfrist aus, dann würde das für Niedersachsen in den kommenden vier Jahren 1,6 Milliarden DM zusätzliche Einnahmeausfälle bedeuten.

Meine Damen und Herren, der Vorschlag von Ministerpräsident Gabriel, den Spitzensteuersatz jetzt noch weiter zu senken, bedeutet in der Konsequenz doppelte Einnahmeausfälle für das Land. Der Vorschlag akzeptiert die Einnahmeausfälle aus der Körperschaftsteuer, bedingt durch betriebliche Abschreibungen, und er bedeutet zusätzliche Einnahmeausfälle bei der Einkommensteuer. Angesichts der Haushaltslage Niedersachsens muss man erst einmal darauf kommen. Ich weiß nicht, ob Herr Gabriel das für eine taktische Meisterleistung hält. Ich habe da eher den Eindruck, dass Erich Ribbeck jetzt auch noch für die Finanzpolitik in der niedersächsischen Staatskanzlei verantwortlich ist.

## (Beifall bei den GRÜNEN)

Folgerichtig macht sich ja das Niedersächsische Finanzministerium diese Position auch nicht zu Eigen. Das Finanzministerium fordert wie übrigens alle Länder und wie auch ohne Abstimmung ziemlich einhellig die Finanzministerkonferenz in der letzten Woche, dass der Bund dieses Geld zur Schuldentilgung einsetzt, und zwar zur Schuldentilgung im Fonds Deutsche Einheit. Wir unterstützen diesen Vorschlag deshalb, weil wir meinen, dass die Länder nicht nur negativ durch die Steuerausfälle am Lizenzgeschäft beteiligt werden dürfen, sondern dass sie auch positiv von den Einnahmen profitieren müssen. Wir unterstützen diesen Vorschlag aber auch deshalb, weil es aus unserer Sicht richtig ist, dass alle staatlichen Ebenen, vom Bund über die Länder bis hin zu den Kommunen, von diesen Einnahmen profitieren, dass sie von Zins- und Tilgungsleistungen entlastet

(Beifall bei den GRÜNEN)

Finanziellen Spielraum, um darüber hinaus auch noch den Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer zu senken, gibt es nicht.

Meine Damen und Herren, wir können uns nur darüber wundern, dass der SPD-Fraktionschef mit einer Betriebskrankenkasse für alle Landesbediensteten 20 Millionen DM einsparen will und gleichzeitig der SPD-Regierungschef für seinen Landeshaushalt weitere Einnahmeausfälle in dreistelliger Millionenhöhe einfordert. Meine Damen und Herren, wir haben ja viele Erfahrungen mit dem Vorgänger von Herrn Gabriel gemacht, der immer die Lust am Sparen beschworen hat. Wir haben die Befürchtung, das könnte jetzt der Masochismus seines Amtsnachfolgers sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### **Präsident Wernstedt:**

Herr Kollege Rolfes für die CDU-Fraktion!

# Rolfes (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was sich in den letzten Wochen abzeichnet, ist wohl nur als Konfusion und Konzeptlosigkeit der Landesregierung - Ministerpräsident Gabriel auf der einen Seite, Finanzminister Aller auf der anderen Seite -, aber auch der SPD-Landtagsfraktion zu bezeichnen. Ich will das einmal an einigen Beispielen deutlich machen.

Beispiel 1: Der Ministerpräsident erklärt nach einer Meldung der "Hildesheimer Zeitung" vom 4. März 2000, er wolle den Mittelstand steuerlich mit den gleichen Rabatten ausgestattet sehen wie Kapitalgesellschaften.

(Beckmann [SPD]: Das ist doch was!)

- Ja, das ist doch was. - Der Finanzminister erklärt kurz danach, die Forderung nach gleichen Rabatten ginge in die falsche Richtung.

(Möllring [CDU]: Hört, hört!)

Beispiel 2: Die SPD-Fraktion erklärt, die Veränderung der den Mittelstand belastenden Abschreibungstabellen sei für die SPD-Fraktion vom Tisch. Der Finanzminister erklärt dazu im Plenum am 30. März 2000 wörtlich:

"Nun noch ein letztes Wort zur AfA. Wer die AfA-Tabellen und die AfA-Laufzeiten kritisiert, der muss wissen, dass sie derzeit im Bereich der Gegenfinanzierung eine Rolle spielen."

Dazu einige Beispiele aus der Tabelle: Personenkraft- und Kombiwagen bisher fünf Jahre, jetzt acht Jahre. Motorräder und Motorroller bisher fünf Jahre, jetzt 13 Jahre. Traktoren und Schlepper für die Landwirtschaft bisher acht Jahre, jetzt fast verdoppelt auf 15 Jahre.

(Ehlen [CDU]: Unmöglich!)

Kommunikationsendgeräte bisher sechs Jahre,

(Möllring [CDU]. Auch Handys genannt!)

jetzt steht da zehn Jahre. Nach zehn Jahren weiß keiner mehr, wie sie ausgesehen haben. Und bei Mobilfunkendgeräten das Gleiche.

Die Frage ist: Ist das jetzt vom Tisch oder hat der Finanzminister Recht? Eine Antwort darauf könnte nicht von Schaden sein.

Beispiel 3: Während der Finanzminister zu den Mobilfunklizenzen laut "Braunschweiger Zeitung" vom 4. Mai 2000 erklärte, die Milliarden aus der Versteigerung der Lizenzen müssten zur Entschuldung des Bundes, der Länder und Gemeinden eingesetzt werden, erklärt der querdenkende Ministerpräsident am gleichen Tage, er plädiere dafür, diese Mittel für Steuersenkungen einzusetzen. Meine Damen und Herren, das ist kein Kleckerbetrag, sondern das ist ein Betrag, der natürlich eine erhebliche Bedeutung hat. Das ist auch kein Betrag, der jedes Jahr vom Himmel fällt, sondern es ist ein Betrag, der durch die Versteigerung von Lizenzen einmalig zu erwirtschaften ist. Die Frage, wie man mit diesem Betrag umgeht, darf doch wohl diskutiert werden. Es wird höchste Zeit, dass die Landesregierung dazu eine einheitliche Meinung hat,

(Beifall bei der CDU)

weil das im Poker, in der Diskussion über die Steuerreform insgesamt auf der Bundesebene, im Bundesrat, eine ganz entscheidende Rolle spielt.

Beispiel 4: Da erklärt der Ministerpräsident auf allen Handwerksveranstaltungen, er werde sich der berechtigten Sorgen und Anliegen des Handwerks annehmen. In einer öffentlichen Stellungnahme aber lässt der Finanzminister den Landtag wissen: Die von der Vereinigung der Handwerkskammern, u. a. auch von Mittelstandsvertretern, vorgebrachte

Kritik sei dem Finanzminister und der Landesregierung bekannt. Die Landesregierung könne sich der Auffassung der Handwerkskammern allerdings nicht anschließen. - Dieser Punkt ist typisch für die Landesregierung: Der Ministerpräsident ist im Lande für den Beifall zuständig, für die Verteilung der weißen Salbe, und der Finanzminister kassiert das anschließend wieder ein in der Hoffnung, dass die Betroffenen das nicht so schnell merken.

(Beifall bei der SPD)

Beispiel 5: Noch am 10. April hieß es im "Handelsblatt":

"Unnachgiebig zeigte sich Gabriel allerdings bei einer Senkung des Einkommensteuertarifes."

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Unnachgiebig für drei Wochen!)

Vier Wochen später erklärte er laut "HAZ", nämlich am 4. Mai 2000:

"Ausdrücklich schloss sich Gabriel dem Vorschlag seines Düsseldorfer Kollegen an, den Spitzensteuersatz statt 2005 auf 45 % auf um die 40 % zu senken."

(Möhrmann [SPD]: "Unter 45 %", hat er gesagt!)

- Auf um die 40 %! - Das ist nichts anderes als ein Beispiel dafür, wie nachgiebig Herr Gabriel mit seiner eigenen Meinung umgeht,

(Beifall bei der CDU)

wie nachgiebig er gegenüber den Positionen ist, die er noch vor acht Tagen vertreten hat.

Diese Widersprüchlichkeiten im Kabinett, dieser politische Gemischtwarenladen, der sich hier auftut, ist nicht das Richtige, wenn es darum geht, die Interessen des Landes Niedersachsen im Bundesrat zur Geltung zu bringen. Die Vertretung der Interessen des Landes Niedersachsen im Bundesrat, die Durchsetzung der Landesinteressen, wenn es um die Steuerreform insgesamt geht, erfordert, dass die Landesregierung ganzheitlich auftritt. Das heißt: Diskussion im Kabinett, Beschluss im Kabinett, und dann wird das in Geschlossenheit und Disziplin nach außen vertreten.

(Glocke des Präsidenten - Möhrmann [SPD]: Ministerpräsident Rolfes hat gesprochen!)

Die Bedeutung der Steuerreform für Deutschland und für Niedersachsen ist zu groß, als dass wir uns solche Spielchen, Hüh und Hott, der Eine sagt dies, der Andere sagt jenes, weiterhin erlauben könnten. Ich gehe davon aus, dass wir bei der Debatte über unseren Antrag zur Steuerreform ausgiebig Zeit haben werden, um in aller Schärfe die unterschiedlichen Positionen klarzustellen - dagegen ist nichts einzuwenden -, dass wir dann aber auch mit klaren Positionen die Vertretung unserer Interessen gegenüber dem Bund umsetzen können.

(Beifall bei der CDU)

## **Präsident Wernstedt:**

Herr Minister Aller zunächst? - Bitte!

# **Aller,** Finanzminister:

Herr Rolfes, ich muss Ihnen bestätigen, dass Sie in den letzten Wochen wirklich fleißig waren. Sie müssen viele Zeitungen gelesen und viele Zitate ausgewertet haben, auch wenn Sie nicht die kompletten Texte gelesen haben. Ihnen kam es aber ja darauf an, so etwas Ähnliches wie einen Gegensatz zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister zu konstruieren. Das ist Ihnen bei der selektiven Wahrnehmung, die Sie zugrunde gelegt haben, bedingt gelungen.

Den Grünen möchte ich erst einmal herzlichen Dank sagen, dass sie die Position von Ministerpräsident Gabriel und meine Position ausdrücklich unterstützen, einen Vorschlag in die Diskussion zu bringen, wie wir die Mehreinnahmen, die aus den Veräußerungserlösen im Zusammenhang mit den Mobilfunklizenzen zu erwarten sind, sinnvoll anlegen. Zwischen dem Ministerpräsidenten und mir besteht völlige Übereinstimmung, dass wir die Erlöse aus der Veräußerung der Mobilfunklizenzen in zweifacher Hinsicht bewerten müssen. Zum einen geht es um die Frage, was eigentlich künftig netto aus diesen Erlösen zu verrechnen ist. Klar ist nämlich, dass sie von den Betriebsausgaben abgesetzt werden. Aber - weiter gerechnet - aus der Vergabe der Lizenzen ergeben sich in der Folge auch wieder Einnahmen. Das ist also ein sehr kompliziertes Thema. Ich warne alle Spekulanten davor, ungefangene Fische zu verteilen, Zahlen zu diskutieren, die sich noch nicht verfestigt haben. Über Zahlen können wir erst reden, wenn die

Veräußerungserlöse auf dem Tisch liegen und damit die Perspektive diskutiert werden kann.

Das Zweite ist aber durchaus richtig, dass man sich nämlich über die Grundsätze der Verwendung unterhält. Aus Niedersachsen haben wir eine Idee in die Diskussion gebracht, die Finanzminister Eichel und den Bundeskanzler ausdrücklich unterstützt, diese Mittel im Wesentlichen zur Entschuldung und zur Schuldentilgung zu verwenden. Ich freue mich, dass uns die Grünen in diesem Hause im Sinne von Einigkeit in der Vertretung der Landesinteressen in der Diskussion mit dem Bund in der Frage unterstützen wollen, ob es nicht sinnvoll sei, den Fonds Deutsche Einheit mit den Erlösen aus der Vergabe der Lizenzen weitestgehend aufzulösen und damit die Annuitätenzahlungen praktisch überflüssig zu machen. Um einige Zahlen zu nennen: Es geht hier immerhin um niedersächsisches Geld in einer Größenordnung 461 Millionen DM Tilgung, die wir im nächsten Jahr zu Buche stehen hätten. Der Fonds betrug am 31. Dezember 1999 noch 78,4 Milliarden DM. Diese beiden Zahlen machen deutlich, wie wichtig und richtig eine solche Entscheidung im Interesse der Länder und der Kommunen, aber auch des Bundes sein könnte. Dieser Vorschlag hielte sich im Übrigen auch in gerader Linie mit den Vorstellungen des Bundeskanzlers und des Bundesfinanzministers, diese Mittel nicht auszugeben, sondern sie zur Tilgung und Schuldenabsenkung zu verwenden.

In der zweiten Frage, in der es einen Dissens zwischen dem Ministerpräsidenten und mir hätte geben können, hätten Sie eine vollständige Lektüre zugrunde legen müssen. Dabei geht es um das Optionsmodell, das von vielen aus Ihren Reihen, aber auch aus Kreisen der Wirtschaft, des Handwerkes und der Industrie kritisiert wird. In der Tat ist diese Diskussion noch nicht beendet. Es gibt vielmehr den Auftrag an die Bundesregierung, das Optionsmodell unter zwei Gesichtspunkten zu überprüfen. Die Niedersächsische Landesregierung - Ministerpräsident und Finanzminister - hat dafür gesorgt, dass dieser Auftrag erteilt wird, nämlich erstens festzustellen, ob das Rücklagenmodell, das Brandenburg entwickelt hat, eine Alternative sei, oder ob zweitens aus dem Optionsmodell heraus gerechnet steuerrelevante Zahlen zu Buche schlagen könnten, die man zur Finanzierung einer weitergehenden Einkommensteuersenkung einsetzen könnte, und zwar bezogen auf den Spitzensatz und auf die lineare Umsetzung auf die Kurve.

Dieser Prüfungsauftrag ist noch nicht abgearbeitet. Wenn es eine relevante Summe gäbe - Konjunktiv, und dann noch dreimal unterstrichen -, dann wäre das - damit hat der Ministerpräsident Recht - eine denkbare Alternative, weil das nämlich aufkommensneutral wäre. Da der Bund aber in seinem Tableau zur Berechnung der Steuerausfälle im ersten Jahr von 700 Millionen DM ausgeht und erst im dritten bzw. vierten Jahr zu der Größenordnung von 10 Milliarden DM kommt, zeigt sich jedenfalls derzeit ein erheblicher Dissens bezüglich der Finanzierbarkeit dieser Vorstellung. Der Ministerpräsident und ich sind uns in dieser Frage völlig einig, dass das aufkommensneutral organisiert werden muss. Wenn das nicht geht, dann ist dieser konstruktive und richtige Vorschlag des Ministerpräsidenten und des Niedersächsischen Finanzministers obsolet, da er nicht finanziert werden könnte.

# (Vizepräsident Gansäuer übernimmt den Vorsitz)

Dass Ihnen, Herr Rolfes, der dritte Punkt Sorgen macht, ist mir begreiflich. Es ärgert Sie, dass die Steuerreform, obwohl sie noch gar nicht beschlossen ist, inzwischen durch hervorragende positive Entwicklungen unterlegt wird. Das zeigen alle relevanten wirtschaftlichen Daten. Die Wachstumsraten sind mehrfach nach oben korrigiert worden, und zwar schon mit Rücksicht auf die aufgrund der Steuerreform zu erwartende Situation. Die Arbeitslosenzahlen sinken. Das ist das, was Sie möglicherweise insgesamt freut. Aber es freut Sie nicht, dass dies ein Ergebnis sozialdemokratischer Politik ist.

(Rolfes [CDU]: Das ist es auch nicht!)

Wir haben das trotz allem in einer Situation der Preisstabilität, die nicht nur in Niedersachsen, sondern bundesweit beispielhaft ist, und wir haben trotzdem niedrige Zinsen.

Dieses gesamtwirtschaftliche Szenario ist so angelegt, dass man mit dem Bund im Landesinteresse das optimale Ergebnis herausverhandelt. Damit Sie nicht wieder falsch zitieren, bitte ich Sie, wenigstens zuzuhören. Wir befinden uns in einem Diskussionsprozess. Das Schwierige bei solchen Verhandlungen mit dem Bund, mit den anderen Bundesländern - ob SPD- oder CDU-regiert - und mit den kommunalen Spitzenverbänden ist, Herr Rolfes, dass es sich dabei um einen dynamischen Prozess handelt. Das schlichte Abarbeiten von Zeitungszitaten wird nicht die Oppositionspolitik

ersetzen können, die sich in der Sache auch selbst einmal äußern muss.

Bei dem, was Sie eben fröhlich vorgetragen haben, habe ich nicht einen einzigen eigenen Vorschlag gehört.

(Rolfes [CDU]: Wir haben einen Antrag eingebracht. Wir werden 70 Minuten lang darüber reden!)

- Morgen wollen Sie darüber diskutieren! Heute haben Sie nicht ein Wort zur Sache gesagt.

Die drei Kernpunkte, die ich angesprochen habe, untermauern eindeutig: Der Ministerpräsident und der Finanzminister dieses Landes arbeiten im Interesse des Landes bei der Steuerreform und bei der Verwendung der Erlöse aus der Lizenzvergabe an der Front. Das Entscheidende für uns ist, dass wir einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten können, dass wir die zentralen Politikfelder niedersächsischer und deutscher Politik absichern können. Das sind Bildung und Ausbildung, Qualifizierung und Innovation sowie Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, also - Strich darunter - Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

# Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Das Wort hat jetzt der Kollege Möhrmann.

# Möhrmann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte, als ich die Überschrift zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Aktuellen Stunde gelesen habe, die Befürchtung, dass nunmehr in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen könnte, auch im Lande Niedersachsen sei das Füllhorn wieder geöffnet, und man könne aus einem reichlich vorhandenen Fundus schöpfen. Es gibt ja nachher noch einen Tagesordnungspunkt, bei dem ein Gesetzentwurf der Grünen behandelt wird. Dieser Eindruck wird wohl in der Öffentlichkeit nicht wegzureden sein. Ich habe aber den Äußerungen von Herrn Golibrzuch entnommen, dass er zumindest in dem Punkt bei seiner Linie geblieben ist. Ich wünschte mir, dass es auf den anderen Politikfeldern auch so wäre. Das werden wir nachher sehen.

Ich habe nur ein Problem mit den Aussagen von Herrn Rolfes. Herr Rolfes hat hier mit keinem Wort darüber geredet, was es bedeuten würde, wenn man die Pläne der Union umsetzen würde. Welche eigenen Pläne er hat, hat er nicht gesagt. Wenn ich aber davon ausgehe, dass es die Unionslinie ist, den Spitzensteuersatz auf 35 % zu senken, und zwar mit der entsprechenden Herabsenkung der Progressionslinie, dann reden wir über einen bundesweiten Ausfall von 70 Milliarden DM. Ich habe bisher nicht gehört, wie denn das finanziert werden soll. Sie wissen ganz genau, was davon bei uns im Landeshaushalt ankommt.

(Möllring [CDU]: Wir haben in diesem Jahr doch 70 Milliarden DM Mehreinnahmen!)

Meine Damen und Herren, wenn man dann noch weiß, dass in Niedersachsen seit Jahren Sparhaushalte gefahren worden sind, die zum großen Teil, was ihre Auswirkungen angeht, von der Union abgelehnt wurden, dann haben Sie einiges zu liefern, wenn Sie in diesem Lande in der Finanzpolitik wieder ernst genommen werden wollen.

# Vizepräsident Gansäuer:

Herr Kollege Möhrmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Rolfes?

## Möhrmann (SPD):

Herr Präsident, ich habe fünf Minuten Zeit. Das lässt sich leider nicht machen.

(Zuruf von Rolfes [CDU])

Meine Damen und Herren, man muss natürlich noch etwas dazu sagen. Herr Rolfes hat sich ja die Mühe gemacht, die Zeitungen aufmerksam zu lesen. Herr Rolfes, wenn Sie doch auch einmal gelesen hätten, was Ihr Fraktionsvorsitzender zu diesem Thema gesagt hat. Der hat sich auch schon Gedanken darüber gemacht, wie er diese Mittel, die ja noch gar nicht da sind, ausgeben kann. Der will damit das Rentensystem reformieren und gleichzeitig eine Absenkung des Steuersatzes auf 35 % vornehmen. Wer das einmal vorrechnen und damit eine seriöse Haushaltspolitik betreiben will. den möchte ich wirklich sehen. Von daher, meine ich, haben Sie erneut unter Beweis gestellt, auch in Ihren heutigen Äußerungen, dass man Sie in Sachen Finanzpolitik nicht ernst nehmen kann.

Meine Damen und Herren, was die angebliche Differenz zwischen den Äußerungen von Herrn Aller und von Herrn Gabriel angeht, muss ich Folgendes feststellen: Ich kann sie überhaupt nicht sehen. Herr Aller hat eben überzeugend dargelegt, über welche Probleme wir zu reden haben. Die Vorstellung von Klein Fritzchen, so wie Herr Rolfes es hier geäußert hat, dass es jetzt einen knackigen Kabinettsbeschluss gibt und alle in die gleiche Richtung pfeifen, dass wir zum Bundesrat marschieren und das dann alles machen, wird - das haben Sie doch nun in den Jahren, seitdem es den Bundesrat gibt, gelernt - nicht funktionieren.

(Rolfes [CDU]: Das ist schlichter Unsinn!)

Von daher halte ich, wenn es denn zusätzliche Mittel gibt, die Überlegung, ob man Reformvorhaben, die dort vorgesehen sind, nicht möglicherweise auch dafür verwenden kann, um in der Progression und im Spitzensteuersatz etwas zu tun und um möglicherweise über Optionsmodelle und Ähnliches neu nachzudenken, für sehr vernünftig.

(Möllring [CDU]: Der Ministerpräsident sagt doch, dass es die gleichen Rabatte für Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften geben soll. Dann soll er sich so nicht öffentlich äußern! - Rolfes [CDU]: Ich habe den eigentlich für einen sachlichen und kompetenten Mann gehalten!)

Von daher warten wir einmal ab, was dabei herauskommt. Ich freue mich jedenfalls auf die morgige Debatte, in der wir ja ausführlich über die Steuerpolitik reden können. Ich glaube, diese Debatte hat zumindest gezeigt, dass die Union keine Vorschläge in Sachen Finanzpolitik zu machen hat, die finanzierbar sind, und dass die Grünen, was die Überschrift angeht, ein bisschen danebenlagen.

(Rolfes [CDU]: Das ist ein Unsinn!)

Ihre Befürchtung, dass es einen Dissens in der Landesregierung geben könnte, trifft nicht zu. -Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Gansäuer:**

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zur Aktuellen Stunde liegen mir nicht vor. Ich schließe damit diesen Tagesordnungspunkt.

Wir kommen jetzt zu

Tagesordnungspunkt 2:

a) 21. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 14/1451 - b) 22. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 14/1571 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/1614

Im Ältestenrat haben die Fraktionen vereinbart, die Eingaben, zu denen Änderungsanträge vorliegen, traditionsgemäß erst am Freitag zu beraten. Ich halte das Haus damit einverstanden, dass wir heute nur über die Eingaben beraten, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen.

Die in der Drucksache 1571 A II Nr. 4 aufgeführte Eingabe 2306/11/14 ist von der Abstimmung auszunehmen, da noch ein Nachtrag mit neuen prüfbedürftigen Aspekten eingegangen ist. Die Eingabe wird daher erneut im Ausschuss behandelt.

Ich rufe die aus der 21. Eingabenübersicht, Drucksache 1451, unter P I Nr. 3 noch ausstehende Eingabe 1796/03/14 und die in der 22. Eingabenübersicht, Drucksache 1571, aufgeführten Eingaben, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen, auf. Wortmeldungen liegen mir dazu nicht vor.

Ich lasse jetzt über die Eingabe 1796/03/14 aus der 21. Eingabenübersicht in der Drucksache 1451 abstimmen. Ich nehme an, dass jetzt alle wissen, worüber wir abstimmen. Wer insoweit der Ausschussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig geschehen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die 22. Eingabenübersicht in der Drucksache 1571. Ich lasse über die Ausschussempfehlungen zu den Eingaben in der Drucksache 1571 abstimmen, zu denen - ich sagte es bereits - keine Änderungsanträge vorliegen. Wer insoweit den Ausschussempfehlungen zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Das ist ebenfalls einstimmig beschlossen.

Wir kommen jetzt zu

Tagesordnungspunkt 3: Einzige (abschließende) Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 14/1180 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Sozial- und Gesundheitswesen - Drs. 14/1540

Der Gesetzentwurf der Landesregierung in der Drucksache 1180 wurde am 18. November 1999 direkt an den Ausschuss für Sozial- und Gesundheitswesen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichterstatterin ist die Kollegin Frau Elsner-Solar. Bitte schön!

## Elsner-Solar (SPD), Berichterstatterin:

Der Ausschuss für Sozial- und Gesundheitswesen empfiehlt Ihnen in der Drucksache 1540 in Übereinstimmung mit dem Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Diese Empfehlungen sind jeweils einstimmig ergangen.

Mit dem Gesetz wird einem im Dezember 1998 vom Niedersächsischen Ministerpräsidenten unterzeichneten Änderungsabkommen gemäß Artikel 35 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung zugestimmt. Durch das Abkommen wird der Aufgabenbereich zweier gemeinsamer Einrichtungen der Bundesländer erweitert. Bei diesen Einrichtungen handelt es sich um die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und um die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts.

Die beiden Einrichtungen haben die Aufgabe, Prüfstellen in der Bundesrepublik zu akkreditieren und zu überwachen. Die Prüfstellen kontrollieren, ob bestimmte Produkte den in der Europäischen Union geltenden Beschaffenheitsanforderungen entsprechen. Seit dem Abschluss des im Jahre 1996 in Kraft getretenen ursprünglichen Abkommens sind weitere Richtlinien der EU zur Beschaffenheit und Zertifizierung von Produkten erlassen worden, so etwa für den Bereich der Medizinprodukte und der Gefahrgüter. Diese Änderungen

berücksichtigt das vorliegende Abkommen, indem es den Aufgabenbereich der beiden Einrichtungen entsprechend erweitert. Das Abkommen ermöglicht der deutschen Wirtschaft, Prüfungen in Deutschland durchführen zu lassen, um ihre Produkte ohne weitere Beschränkungen auf dem deutschen Markt sowie im gesamten EU-Bereich in Verkehr bringen zu können.

Der federführende Ausschuss hat sich insbesondere mit der Frage der Finanzierung beider Einrichtungen befasst. Die tatsächlichen Ausgaben des Landes Niedersachsen für die Einrichtungen, die ihren Sitz in Bayern bzw. in Hessen haben, sind bislang stets unter den Haushaltsansätzen geblieben. Sie beliefen sich im letzten Jahr auf insgesamt 37.800 DM. Zur Ausgabenkontrolle sieht das Abkommen vor, dass die Einrichtungen einen Haushaltsentwurf zu erstellen haben, der einem aus Ländervertretern bestehenden Beirat zuzuleiten ist und der Zustimmung der Finanzminister und Finanzsenatoren der Länder bedarf.

In diesem Zusammenhang ist im federführenden Ausschuss die Frage aufgeworfen worden, ob weitere Vorschriften zur Ausgabenbegrenzung in das Abkommen aufgenommen werden könnten, um eine unkontrollierte Entwicklung der Ausgaben zu verhindern. Der federführende Ausschuss hat sich letztlich aber einstimmig dafür ausgesprochen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Dieser Entscheidung lag die Überlegung zugrunde, dass der Landtag die Zustimmung zu dem Staatsvertrag nach Artikel 35 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung nur in vollem Umfang erteilen oder insgesamt verweigern kann. Der Landtag ist verfassungsrechtlich nicht befugt, im gegenwärtigen Stadium des Verfahrens - also nach der Unterzeichnung des Vertrages durch den Ministerpräsidenten - den Vertragstext selbst zu ändern. Rechtlich möglich wäre gegenwärtig noch, den Ministerpräsidenten aufzufordern, sich für eine Korrektur des Vertrages einzusetzen. Eine rechtliche Verpflichtung könnte damit jedoch nicht begründet werden; außerdem müssten die Vertragsverhandlungen mit den anderen Bundesländern wieder aufgenommen werden, wenn das Land Niedersachsen die Zustimmung verweigern und stattdessen Ergänzungen des Vertrages verlangen würde. Dies würde das In-Kraft-Treten des Änderungsabkommens erheblich verzögern.

Die Möglichkeiten des Landtags, effektiv auf den Inhalt von Staatsverträgen Einfluss zu nehmen,

sind rechtlich auf den Zeitraum vor der Vertragsunterzeichnung beschränkt.

Der federführende Ausschuss bittet darum, der Ihnen in der Drucksache 1540 vorliegenden Beschlussempfehlung zuzustimmen. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

## Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Im Ältestenrat waren sich die Fraktionen einig, dass dieses Gesetz ohne allgemeine Aussprache verabschiedet werden soll. - Ich höre keinen Widerspruch.

Wir kommen zur Einzelberatung. Ich rufe auf:

§ 1. - Unverändert.

§ 2. - Unverändert.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer diesem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen worden.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 4:

Einzige (abschließende) Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll zur Änderung des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 14/1400 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Medienfragen - Drs. 14/1595

Der Gesetzentwurf wurde im Februar an den Ausschuss für Medienfragen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichterstatter ist der Kollege McAllister. Bitte schön!

# McAllister (CDU), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Ausschuss für Medienfragen empfiehlt Ihnen in der Drucksache 1595 in Übereinstimmung mit dem mitberatenden Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Diese Empfehlungen sind einstimmig ergangen. Der mitberatende Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr hat keine Empfehlung beschlossen.

Mit dem Gesetz wird dem im September 1998 vom Ministerkomitee des Europarates genehmigten Protokoll zur Änderung des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen gemäß Artikel 35 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung zugestimmt.

Das Änderungsprotokoll soll das Europäische Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen mit der geänderten EG-Fernsehrichtlinie abstimmen. Es bringt eine Reihe von Änderungen, von denen an dieser Stelle nur die wichtigsten angesprochen werden sollen.

Schwerpunkte des Änderungsübereinkommens sind Zuständigkeitsregelungen für die rundfunkrechtliche Aufsicht, die Berücksichtigung neuer Sendeinhalte, die Gewährleistung der Übertragung allgemein bedeutsamer Ereignisse und die Bekämpfung missbräuchlicher Inanspruchnahme von Rechten.

Die Frage, welcher Staat die rundfunkrechtliche Aufsicht über einen Fernsehveranstalter ausübt, ist nunmehr – wie dies auch die EG-Fernsehrichtlinie vorsieht – nach dem so genannten Sitzlandprinzip zu beantworten: Der Fernsehveranstalter unterliegt danach grundsätzlich der Rechtshoheit des Staates, in dem er sich niedergelassen hat; die Niederlassung wird dort angenommen, wo der Veranstalter seinen tatsächlichen Sitz hat oder wo die wesentlichen Entscheidungen zur Programmgestaltung getroffen werden.

Weitere Änderungen liegen darin, dass in dem Übereinkommen nunmehr – wie in der EG-Fernsehrichtlinie vorgesehen – Werbung und Teleshopping getrennt und die so genannten reinen Eigenwerbe- und Teleshopping-Programme erstmals berücksichtigt werden.

Außerdem regelt das Änderungsübereinkommen den Zugang der Allgemeinheit zu Ereignissen von erheblicher gesellschaftlicher Bedeutung. Die Regelungen sollen sicherstellen, dass solche Ereignisse auch dann zumindest zeitversetzt und teilweise im frei zugänglichen Fernsehen übertragen werden, wenn zum Beispiel der über die Exklusivrechte verfügende Rundfunkveranstalter die Ereignisse nur im Pay-TV ausstrahlt. Dies ist insbeson-

dere für die Berichterstattung von großen Sportereignissen bedeutsam.

Zu erwähnen ist schließlich noch, dass das Übereinkommen um eine Bestimmung ergänzt wurde, mit der dem Problem der so genannten Delokalisation begegnet werden soll. Darunter versteht man, dass ein Fernsehveranstalter sich den im Empfangsgebiet seiner Sendungen geltenden Vorschriften des Rundfunkrechts entziehen will, indem er seinen Sitz bewusst in einem Staat wählt, in dessen Gebiet die Sendungen nicht empfangen werden können. Können sich die betroffenen Vertragsparteien nicht gütlich darüber einigen, ob ein solcher Rechtsmissbrauch vorliegt, so gilt künftig folgendes Verfahren: Zunächst ist der Ständige Ausschuss mit der Frage zu befassen, nach dessen Stellungnahme sich die Vertragsparteien grundsätzlich zu richten haben: nimmt der Ausschuss einen Rechtsmissbrauch an und trifft die zuständige Vertragspartei nicht fristgerecht die geeigneten Maßnahmen gegen den Rundfunkveranstalter, so ist ein Schiedsverfahren durchzuführen.

Der federführende Ausschuss für Medienfragen bittet in großem Einvernehmen, der Beschlussempfehlung in der Drucksache 1595 zu folgen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

# Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Auch hinsichtlich dieses Gesetzes war man sich im Ältestenrat einig, dass es ohne allgemeine Aussprache verabschiedet werden soll. - Ich höre keinen Widerspruch.

Wir kommen zur Einzelberatung. Ich rufe auf:

Artikel 1. - Unverändert.

Artikel 2. - Unverändert.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Wer diesem Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich zu erheben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 5 und 6 auf, die vereinbarungsgemäß zusammen behandelt werden:

Tagesordnungspunkt 5:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Durchsetzung der Gleichstellung und Verbesserung der Lebenssituation behinderter Menschen - Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1600

und

Tagesordnungspunkt 6:

Erste Beratung:

**Zukunftsweisende Behindertenpolitik gemeinsam gestalten** - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/1544

Zur Einbringung hat die Kollegin Frau Pothmer das Wort. Bitte schön!

## Frau Pothmer (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! "Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden." So steht es schon seit sechs Jahren im Grundgesetz. Dass die Lebenswirklichkeit behinderter Menschen davon sehr weit entfernt ist, hat mir der Protesttag zur Gleichstellung behinderter Menschen am letzten Freitag noch einmal sehr, sehr deutlich gemacht. Offensichtlich gilt für diese Grundgesetznorm das, was für viele andere Grundgesetznormen auch gilt, nämlich: Um vom Verfassungsanspruch zur Verfassungswirklichkeit zu kommen, muss sich in dieser Republik noch verdammt viel ändern. Da braucht es eben nicht nur schlicht eines Umdenkens in der Gesellschaft. sondern da braucht es in erheblichen Teilen auch einer Neuorganisation. Um das zu bewerkstelligen, um die Antidiskriminierung tatsächlich voranzutreiben, brauchen wir natürlich gesicherte rechtliche Grundlagen.

Meine Damen und Herren, diese Erkenntnis hat auch die rot-grüne Bundesregierung gehabt, als sie in der Koalitionsvereinbarung festgelegt hat, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, der die Gleichstellung als Recht verankert. Dieser Gesetzentwurf soll Ende des Jahres vorliegen und ins Parlament eingebracht werden. - Das war aber natürlich nie so gedacht, dass dieses Vorhaben der Bundesregierung die Länderregierungen aus der Verantwortung entlässt, für ihren eigenen Geltungsbereich entsprechende Gesetzesvorhaben auf den Weg zu bringen.

Ich war deswegen auch sehr froh, als der Landesbehindertenbeauftragte, Karl Finke, schon im September letzten Jahres einen Gesetzentwurf erarbeitet und diesen mit den Interessenvertretungen, mit den Behindertenverbänden diskutiert hat. Was mich ernsthaft überrascht hat, war, dass weder die Landesregierung noch die SPD-Fraktion diesen Gesetzentwurf aufgegriffen haben. Sie haben ihn vollständig ignoriert. Das ist aus meiner Sicht nicht nur ein Affront gegenüber dem Landesbehindertenbeauftragten, d. h. letztlich nicht nur ein Misstrauensvotum Ihnen gegenüber, Herr Finke, sondern das ist leider eben auch ein Affront gegenüber den Betroffenen.

# (Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Ich habe den Eindruck, es wird sehr einsam um Sie, Herr Finke, als Landesbehindertenbeauftragter, wenn es tatsächlich über Sonntagsreden hinausgehen soll und wenn Sie versuchen, was ja auch Ihre Aufgabe ist, konkret und konsequent für die Rechte behinderter Menschen einzutreten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, der Antrag, den Sie heute hier vorgelegt haben, hat aus meiner Sicht nur einen einzigen Sinn, nämlich den, das Projekt "Antidiskriminierungsgesetz für Behinderte" auf die lange Bank zu schieben; denn dieser Antrag fällt sowohl hinsichtlich der Zielbestimmungen als auch hinsichtlich des Konkretionsgrades weit, weit hinter das zurück, was in dem Gesetzentwurf bereits steht.

## (Beifall bei den GRÜNEN)

Darüber - Frau Elsner-Solar, Sie wissen das - hat es am Protesttag behinderter Menschen eben auch eine erhebliche Enttäuschung bei den Betroffenen gegeben. Ihr Versuch, dieses Vorgehen der SPD-Fraktion jetzt auch noch insoweit umzudeuten, als Sie sagen, Sie wollen in Ihrem Gesetzentwurf nicht nur die Sichtweise des Behindertenbeauftragten, sondern auch die der Betroffenen Eingang finden lassen, hat bei den Betroffenen wirklich nur ein müdes Lächeln hervorgerufen.

# (Beifall bei den GRÜNEN)

Dass die SPD dazu neigt, Sozialpolitik zu predigen und sich dann aus den Sozialsystemen zu verabschieden, wissen wir jetzt endgültig, nachdem Ihr Fraktionsvorsitzender jetzt auch noch eine eigene BKK gründen möchte.

# (Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Wir wollen dieses wichtige gesellschafts- und sozialpolitische Thema aber eben nicht weiter auf die lange Bank schieben. Aus diesem Grunde haben wir uns entschlossen, heute hier den Gesetzentwurf des Behindertenbeauftragten einzubringen, und zwar obwohl - auch das will ich hier ganz deutlich sagen - unsere Vorstellungen in diesem Gesetzentwurf nicht in jedem Punkt 100-prozentig widergespiegelt werden. Aus diesem Grunde kündige ich hier auch schon an, dass es im Rahmen des Beratungsprozesses von uns Änderungsvorschläge dazu geben wird. Wir finden also, dass dieser Gesetzentwurf an einigen Stellen durchaus verbesserungsbedürftig ist. Wir meinen aber auch, dass der Gesetzentwurf eine sehr gute Arbeitsgrundlage ist und die Gewähr dafür bietet, dass wir in diesem wichtigen gesellschaftspolitischen Prozess jetzt endlich in die Strümpfe kommen. Für diesen Gesetzentwurf gilt also wie für viele andere Gesetzentwürfe auch - das prophezeie ich -, dass kein Entwurf aus den parlamentarischen Beratungen so herauskommt, wie er hineingegangen ist. Chancen zur Änderung haben Sie als SPD-Fraktion also weiterhin.

Lassen Sie mich jetzt bitte noch einige Bemerkungen zum Inhalt des Gesetzentwurfs machen. In dem Gesetzentwurf wird insofern ein neuer Weg gegangen, als damit nicht ein ausschließlich auf Diskriminierungstatbestände hin orientiertes Abwehrgesetz geschaffen werden soll, sondern der Anspruch auf Nichtdiskriminierung mit dem Gedanken der Förderung und Unterstützung von behinderten Menschen verbunden werden soll. Mit dem Gesetzentwurf sollen die Selbstbestimmung und die Selbstorganisation der betroffenen Menschen im Sinne von Bürgerrechten gefördert werden. Alle Maßnahmen sind darauf gerichtet, Menschen mit Behinderung - selbstverständlich soweit es ihre jeweilige Behinderung ermöglicht - ein autonomes Leben zu ermöglichen. Das bedeutet, dass wir in vielen Bereichen Änderungen vornehmen müssen. Ich kann jetzt nicht alles aufzählen, möchte aber einige sehr wesentliche Bereiche nennen.

Natürlich geht es an erster Stelle um die Mitbestimmung und die Mitsprache. Es geht darum, eigenständiges Wohnen und Arbeiten zu fördern. Natürlich geht es darum, die Integration in Kindergarten und Schule weiter zu entwickeln. Die Eltern müssen darüber entscheiden können, ob ihr behin-

dertes Kind in eine Regelschule oder in eine Sonderschule geht. Natürlich geht es auch um den behindertengerechten Ausbau von Gebäuden. Des Weiteren geht es darum, den öffentlichen Personennahverkehr noch weiter, als es bisher der Fall ist, Behinderten zugänglich zu machen. Natürlich muss es auch um das Verbandsklagerecht und um die Beweislastumkehr gehen - zwei Punkte, die aus meiner Sicht nicht ganz zufällig in Ihrem Entschließungsantrag überhaupt nicht zu finden sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, natürlich geht es auch um die Anerkennung der Gebärdensprache für Gehörlose. Ich finde, dass dieses Vorhaben Teil eines Gesetzentwurfs sein sollte und dass wir hierüber auch im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf beraten sollten. Lassen Sie mich dazu noch eine Anmerkung machen: Ich finde es beschämend, auch für dieses Parlament, dass wir am kommenden Freitag eine Debatte über die Anerkennung der Gebärdensprache für Gehörlose hier führen wollen und dass in keiner Weise dafür Sorge getragen worden ist, dass die Betroffenen überhaupt die Chance haben, dieser Debatte zu folgen, weil nicht für einen Gebärdendolmetscher gesorgt worden ist.

# (Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Ich fasse zusammen: Wir wollen ein Gesetz, das der Vielschichtigkeit der Interessen und der Vielschichtigkeit der Lebenslagen der Behinderten Rechnung trägt, ein Gesetz, das Behinderte nicht länger zu Objekten staatlicher Fürsorge macht, sondern mit dem Behindertenrechte als Bürgerrechte verankert werden. Im Prinzip geht es in diesem Zusammenhang eben nicht einfach nur um Sozialpolitik, sondern es geht eben auch um Menschenrechtspolitik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, damit hier keine Missverständnisse auftreten, sage ich hier gleich Folgendes: Selbstverständlich habe ich Verständnis dafür, dass eine Regierungsfraktion nicht immer sofort und zu 100 % den Anforderungen eines Behindertenbeauftragten Folge leisten kann. Natürlich gibt es finanzielle Zwänge, und wir werden die finanziellen Auswirkungen des vorliegenden Gesetzentwurfs sehr sorgfältig - das betone ich: sehr sorgfältig - in den Ausschüssen beraten. Natürlich gibt es für Sie Abwägungsprozesse, die ein Behindertenbeauftragter in dieser Form nicht nachvollziehen muss und die er wahrscheinlich auch gar nicht

nachvollziehen darf, weil er eine ganz andere Rolle hat. Wenn der Behindertenbeauftragte ein derart zentrales Gesetzesvorhaben auf den Weg bringt und die Landesregierung und Sie selbst dieses Vorhaben vollständig ignorieren, dann wird die Behindertenpolitik - die natürlich nicht zum Nulltarif zu haben ist; das muss ganz klar sein - aber auf das Niveau von Sonntagsreden zurückgedrängt, wird die Institution des Landesbehindertenbeauftragten zu einer reinen Alibiveranstaltung, mit der Sie auf Dauer Ihr Gesicht wahrlich nicht werden wahren können. - Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

# Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Der Kollege Mühe hat jetzt das Wort.

# Mühe (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich den Vorschlag aufgreifen, die Debatte am kommenden Freitag über die Gebärdensprache durch einen Gebärdendolmetscher auch den Betroffenen zugänglich zu machen. Leider ist das im Ältestenrat von niemandem angesprochen worden. Ich vermute, dass das schlicht vergessen worden ist. Aber vielleicht ist es dem Präsidenten bzw. dem Präsidium noch möglich, das bis zum Freitag einzurichten, d. h. das nachzuholen, um auch den Betroffenen die Möglichkeit einzuräumen, der Debatte zu folgen.

# (Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich möchte nun zu dem SPD-Entschließungsantrag "Zukunftsweisende Behindertenpolitik gemeinsam gestalten" sprechen. Wir wollen damit einen konstruktiven, nachhaltigen Beitrag zu Gleichstellung, Gleichberechtigung und Chancengleichheit für Behinderte in unserer Gesellschaft leisten. Behindertenpolitik darf nicht länger sozusagen als Unterkapitel von Sozialpolitik verstanden werden. Menschen mit Behinderungen sollen ihre Rechte auf Mitsprache und Mitentscheidung gleichberechtigt nutzen können.

Meine Damen und Herren, im Rahmen der Verfassungsreform hat der Bundestag am 27. Oktober 1994 beschlossen, in das Grundgesetz folgenden Satz aufzunehmen: "Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden."

Das ist damals mit einer Zweidrittelmehrheit, also quer über die Parteien hinweg, beschlossen worden. Dieser Auftrag des Grundgesetzes, meine Damen und Herren, richtet sich gleichermaßen an den Deutschen Bundestag, natürlich an die Landtage, aber auch an die Kommunen, natürlich auch an die europäische Ebene, an die Institutionen, die Interessenvertretungen, die relevanten Gruppen, Verbände, Kirchen und Gewerkschaften, an die Gesellschaft schlechthin.

Leider - das müssen wir hier feststellen - ist zu kritisieren, dass die alte Bundesregierung nach der Änderung des Grundgesetzes, d. h. in der Zeit von 1994 bis 1998, dieses Thema nicht aufgegriffen hat. Es sind vier Jahre verloren gegangen, ohne dass sie in diesem Bereich tätig geworden ist. Ich meine, es ist zu begrüßen, dass die rot-grüne Koalition das, was auch Frau Pothmer schon dargestellt hat, auf den Weg gebracht hat, dass sie in vier Punkten ganz wesentliche Bereiche der Behindertenpolitik aufgreifen will. Die Tatsache, dass Herr Dr. Karl-Hermann Haack heute in Berlin mit den Behindertenbeauftragten der Länder zusammensitzt, um das weitere Verfahren, das Gesetzgebungsverfahren und die Initiativen zu besprechen, macht wohl auch deutlich: Die Bundesregierung will etwas in diesem Bereich bewegen; sie macht Ernst; sie will zukunftsweisende Behindertenpolitik auf den Weg bringen. Ich finde es gut, meine Damen und Herren, dass wir auch in Niedersachsen seit dem Jahreswechsel die Diskussion haben. Die Diskussion hat an Fahrt gewonnen.

Ich meine, ohne Zweifel ist es richtig: Der Auslöser für diese Diskussion ist das vom Behindertenbeauftragten, Herrn Karl Finke, vorgelegte Gesetzeswerk. Sein Vorschlag für ein Gesetz zur Durchsetzung der Gleichstellung und Verbesserung der Lebenssituation behinderter Menschen war wohl ein wichtiger Auslöser für diese Diskussion. Jetzt liegen dazu weitere Anträge vor, der Antrag der SPD-Fraktion und der Gesetzentwurf der Grünen, der sich im Wesentlichen an den Vorschlag von Herrn Finke anlehnt. Ich meine, wir haben allen Anlass, Herrn Finke an dieser Stelle öffentlich für diesen großen Stein zu danken, den er damit ins Wasser geworfen hat.

(Frau Pothmer [GRÜNE]: Das ist ja zynisch! – Jansen [CDU]: Warum haben Sie das dann nicht aufgegriffen?)

- Meine Damen und Herren, einen Moment einmal. Frau Pothmer hat in ihren Schlusssätzen ja schon selbst deutlich gemacht, dass die Rolle einer Regierungsfraktion hierbei anders zu betrachten ist als die Rolle von beispielsweise Herrn Finke oder auch die Rolle der Opposition. Wir haben im Gegensatz zu Ihnen jeden einzelnen Punkt der Gesetzesvorschläge auch darauf zu prüfen, welche finanziellen Auswirkungen er hat.

(Zustimmung von Möhrmann [SPD] – Frau Pothmer [GRÜNE]: Wir auch! – Frau Harms [GRÜNE]: Das muss hier jeder! – Eveslage [CDU]: Das haben Sie beim Haushaltsgesetz aber nicht gemacht! – Zuruf von der CDU: Das steht in der Verfassung!)

Es besteht doch gar kein Zweifel daran - der Beitrag von Frau Pothmer und viele andere Beiträge haben es doch deutlich gemacht -, dass wir uns in der Sache quer durch die Fraktionen im Niedersächsischen Landtag einig sind, dass die meisten der Vorschläge vernünftige Vorschläge sind, die auf den Weg gebracht werden müssen, dass es Vorschläge für Bereiche sind, in denen Handlungsbedarf besteht, und dass es daher notwendig und sinnvoll ist, hier etwas auf den Weg zu bringen.

(Eveslage [CDU]: Aber nicht für Sie!)

Dies ändert aber überhaupt nichts daran, dass die Bundeskasse in Schwierigkeiten ist, dass die Landeskasse in einer katastrophalen Situation ist

(Frau Jahns [CDU]: Warum? – Zehn Jahre SPD!)

und dass auch die kommunalen Kassen in einer schwierigen Lage sind, und alle drei Bereiche müssen diese Gesetzesvorhaben umsetzen. Es wäre aus meiner Sicht einfach unredlich, der Öffentlichkeit mit einem beschlossenen Gesetz weiszumachen, jetzt würde sich in kurzer Zeit alles ändern. Es wird ein langer, ein schwieriger Weg. Aber wir müssen diesen Weg beschreiten.

Ich meine, die vorliegenden Gesetzentwürfe, der Entschließungsantrag und alle anderen Vorschläge sind eine gute, hervorragende Grundlage für eine Diskussion und einen breit angelegten Dialog mit den Interessenverbänden, mit den Behinderten selbst und mit allen relevanten Gruppen in Niedersachsen. Diesen Dialog müssen wir führen, um dann hoffentlich gemeinsam für die Ausschussberatungen und für den Niedersächsischen Landtag ein Papier auf dem Tisch zu haben, das so geraten

und inhaltlich so ausgestaltet ist, dass es auch umgesetzt und realisiert werden kann.

Meine Damen und Herren, ich will zum SPD-Antrag einige Punkte nennen, die gleichzeitig zum Teil natürlich auch die Punkte sind, die Frau Pothmer angesprochen hat. Es sind letztlich eine Beschreibung des Handlungsbedarfes und eine Beschreibung der Ziele. Es geht um die Erhöhung der Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen, um die Förderung von Selbsthilfeeinrichtungen, um die Weiterentwicklung der Integration behinderter Kinder, um die Weiterentwicklung des Grundsatzes barrierefreien Bauens, um den öffentlichen Personennahverkehr und um viele andere Ziele, die in unserem Antrag, in dem Vorschlag von Herrn Finke und dem Vorschlag der Grünen festgeschrieben sind. Dies werden wir auf den Weg bringen müssen. Es ist ein anspruchsvoller Katalog. Die Zeit ist ohne Zweifel reif, diese Themen jetzt offensiv anzupacken. Aber ich wiederhole mich an dieser Stelle gerne: Wir werden dies mit der notwendigen Behutsamkeit tun müssen, um nicht gegenüber den Betroffenen den Eindruck zu erwecken, in kurzer Zeit alles schaffen zu können - das wäre eine Verhöhnung Ihrer Interessen -, sondern wir müssen das in Ruhe mit der Finanzlage in Einklang bringen und entsprechend handeln.

Meine Damen und Herren, die Tatsache, dass wir Behindertenpolitik in Niedersachsen sehr ernst genommen haben, wird eigentlich auch durch die Bilanz der Behindertenpolitik der letzten zehn Jahre deutlich. Wir haben hier 1990 mit Rot-Grün begonnen und das dann alleine weiter beschritten.

(Jansen [CDU]: Dann ging es bergab!)

Ich will nur vier Beispiele nennen, die wohl dafür stehen, dass diese Fraktion und die SPD-geführte Landesregierung dieses Thema nicht nur ernst nehmen, sondern auch etwas auf den Weg gebracht haben. Die Tatsache, dass Niedersachsen das erste der alten Bundesländer war, das in seine Verfassung geschrieben hat "Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden", spricht für sich. Wir haben die Integration tausender von Kindern und Jugendlichen in Kindergärten bzw. Schulen, die Lohnfortzahlung für die in Werkstätten beschäftigten Behinderten und die Erhöhung der Werkstattentgelte durchgesetzt. Dies sind nur wenige Beispiele von vielen.

Ich freue mich auf eine intensive Beratung sowohl in der Öffentlichkeit als auch im Ausschuss und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Zum Schluss beantrage ich, dass die Mitberatung auf den Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen ausgedehnt wird. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

# Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. – Frau Kollegin Jahns hat jetzt das Wort.

# Frau Jahns (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat einen Gesetzentwurf zur Durchsetzung der Gleichstellung und Verbesserung der Lebenssituation behinderter Menschen eingebracht. Mit derselben Thematik beschäftigt sich auch der Antrag der Fraktion der SPD mit dem markigen Titel "Zukunftsweisende Behindertenpolitik gemeinsam gestalten".

Meine Damen und Herren, in den vergangenen zwei Jahren, in denen ich diesem Landtag angehörte, habe ich zu meiner Freude festgestellt, dass gerade zum Thema Behindertenpolitik sehr oft in fraktionsübergreifenden Anträgen ein Konsens gefunden wurde. Aber ich muss sagen: Es gehört schon eine ganze Menge Mut dazu, hier einen solch aussagelosen Antrag, wie ihn die SPD-Fraktion jetzt vorgelegt hat, einzubringen.

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Die SPD-Fraktion fordert in ihrem Antrag eine Gleichstellungs- oder Antidiskriminierungsgesetzgebung. Der Landesbehindertenbeauftragte, Herr Finke, hat - das haben wir vorhin auch schon gehört - solch einen Gesetzentwurf längst vorgelegt und ihn - offenbar zum Entsetzen der Landesregierung - auch in der Öffentlichkeit vorgestellt. Von Frau Ministerin Merk war nämlich nichts anderes als peinliches Schweigen zu hören.

Jetzt haben die Grünen diesen Entwurf von Herrn Finke eingebracht. Was nun, Herr Plaue? - Herr Plaue ist aber wohl gerade nicht da. - Ja oder Nein, oder wird die SPD wieder kneifen, wenn es konkret wird? – Die Forderung der SPD nach einem Gleichstellungsgesetz ist auch deshalb seltsam, weil sie selbst bereits seit zehn Jahren hier in Niedersachsen die Regierungsverantwortung innehat

und diesen Gesetzentwurf längst hätte einbringen können. Der SPD-Antrag strotzt nur so vor belangloser Allgemeinplätze. Meine Damen und Herren, das haben die Menschen mit Behinderungen und ihre Verbände nicht verdient.

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Diesen schamlosen Rückfall in eine Sonntagsrhetorik glaubten sie längst überwunden zu haben. Darin bin ich mir mit meiner Kollegin Frau Pothmer einig. Doch die SPD schlägt brutal zu und lässt nicht eine Plattitüde aus: ein Sammelsurium belangloser Aussagen, die keine, aber auch nicht eine einzige konkrete Maßnahme zugunsten behinderter Menschen nach sich ziehen oder auch nur in irgendeiner Weise zur Verbesserung der arbeitsmarktpolitischen Perspektiven für Behinderte beitragen werden.

(Beifall bei der CDU)

Durch die von der SPD-Fraktion formulierte Entschließung wird sich in Niedersachsen im Bereich der Behindertenpolitik nichts, aber auch gar nichts ändern. Sie ist sogar ein bedauerlicher Rückschritt;

> (Möhrmann [SPD]: Dann haben Sie den Antrag aber nun wirklich überhaupt nicht gelesen!)

denn bereits in der Legislaturperiode von 1990 bis 1994 hat der damalige SPD-Sozialminister Hiller 1993 Leitlinien und Empfehlungen zur Behindertenpolitik in Niedersachsen herausgegeben - das werden Sie alle ja sicherlich kennen -, die sich auf den Bericht der Fachkommission Behinderte stützten. Bereits in diesen Leitlinien wurde eine Rahmenempfehlung zur gesellschaftlichen Gleichstellung von behinderten und nicht behinderten Menschen aufgestellt. Sozialminister Hiller erklärte damals, dass die rot-grüne Landesregierung in Niedersachsen ihren Verpflichtungen entsprechend diesen Rahmenempfehlungen uneingeschränkt nachkommen werde.

(Jansen [CDU]: Hört, hört!)

Seit 1993 sind nunmehr sieben Jahre vergangen. Wenn man den Antragstext der SPD-Fraktion liest, dann ist klar und deutlich festzustellen, dass die SPD-Regierung ihre Versprechen wieder einmal nicht gehalten hat.

(Beifall bei der CDU)

Im Klartext: Sieben Jahre wurden offenbar vertan.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, es ist ja schön, wenn der Niedersächsische Landtag das behindertenpolitische Vierpunkteprogramm der Bundesregierung begrüßen soll. Aber es hilft uns hier in Niedersachsen nicht weiter. Denn z. B. die Verbesserung der arbeitsmarktpolitischen Perspektiven für Behinderte wäre eine Aufgabe, die sich zunächst einmal die Niedersächsische Landesregierung selbst stellen sollte.

(Beifall bei der CDU - Frau Elsner-Solar [SPD]: Haben Sie schon einmal etwas von konkurrierender Gesetzgebung gehört?)

Ich frage an dieser Stelle, ob sich das Land selbst dieser Verpflichtung gestellt hat und die nach dem Schwerbehindertengesetz geforderte Quote von 6 % bei der Besetzung von Arbeitsplätzen mit Schwerbehinderten erfüllt. Die Antwort ist: Nein. - Aber anstatt alle Anstrengungen zu unternehmen, um diese Quote zu erfüllen, unterstützen Sie die Bestrebungen der Bundesregierung, die die Absicht hat, diese Quote kurzerhand von 6 auf 5 % abzusenken.

(Jansen [CDU]: Hört, hört!)

Das, meine Damen und Herren, ist Behindertenpolitik der SPD: There is no business like showbusiness!

(Beifall bei der CDU)

Damit dürfte klar sein, dass die Forderung auf Erhöhung der Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen, die im Antrag der SPD erhoben wird, an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten ist.

Auch die Ausführungen zur Fortsetzung der Integration behinderter Kinder in Tagesstätten und Schulen sind eine Farce, denn nach der Novellierung des Kindertagesstättengesetzes ist der entsprechende Erlass über die Integrationsvoraussetzungen aufgehoben worden.

(Eveslage [CDU]: Hört, hört!)

Bis zum heutigen Tage hat es hierzu keine Neuauflage gegeben.

Darüber hinaus ist das Thema der Integration von Behinderten in Kindertagesstätten und Schulen in einigen der letzten Plenarsitzungen behandelt worden, und es wurde ausdrücklich mitgeteilt, dass es keine neuen Integrationsklassen geben wird.

Ich muss noch eine Bemerkung zur Begründung des SPD-Antrages loswerden. Sie erinnern dort an den Satz von Willy Brandt "Mehr Demokratie wagen" und stellen eine Verbindung zu Sigmar Gabriels Leitsatz "Mehr Politik wagen" her.

(Möllring [CDU]: O Gott!)

Wenn Sie sich tatsächlich an diesem Maßstab messen lassen wollen, dann sollten Sie Ihren Antrag nehmen und sich damit in die hinterste Ecke verkriechen, denn mit "Politik wagen" hat dies nun wirklich nichts mehr zu tun.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Die Wahrheit ist diese: Die Niedersächsische Landesregierung hat in den ersten zwei Jahren dieser Legislaturperiode im Sozialbereich ständig Kürzungen vorgenommen.

> (Groth [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! - Gegenruf von Möllring [CDU]: Natürlich, Herr Groth! Das haben Sie nur nicht gemerkt, weil Sie im Untersuchungsausschuss gesessen haben!)

Nur mit großer Mühe konnte im vergangenen Jahr die Verschlechterung der Lebenssituation für Schwerstbehinderte von den Oppositionsparteien und von den verschiedenen betroffenen Organisationen bezüglich der Abgrenzung zwischen Eingliederungshilfe und Pflegeversicherung verhindert werden. Dies war nicht gerade eine Glanzleistung der Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Letztlich hat dazu natürlich auch die SPD-Fraktion im Sozialausschuss beigetragen. Die SPD-Sozialpolitiker haben den Entwurf der Landesregierung nicht befürwortet.

(Möllring [CDU]: Aber hier im Plenum noch!)

Eine weitere Verschlechterung der Lebensperspektive der Behinderten wird sich durch die Änderung des Altenpflegeberufegesetzes bezüglich der Umlagefinanzierung im Rahmen der Verschlechterung der Pflegequalität älterer Menschen und Behinderter ergeben. Zwischenzeitlich ist in Niedersachsen eine katastrophale Situation einge-

treten: Träger privater Altenpflegeschulen haben sich dazu entschlossen, zum 1. August 2000 keine Auszubildenden mehr einzustellen, weil sie nicht mehr wissen, wie sie diese Ausbildungsvergütung refinanzieren sollen. Das hat natürlich zur Folge, dass es in Niedersachsen zukünftig kaum noch ausgebildete Fachkräfte geben wird. Das wird sich natürlich auch auf die Pflegesituation der Behinderten auswirken.

(Frau Elsner-Solar [SPD]: Frau Jahns, Sie sind desorientiert!)

Meine Damen und Herren, hinsichtlich des Gesetzentwurfes der Grünen möchte ich ganz kurz auf Folgendes hinweisen, auch wenn Frau Pothmer vorhin angedeutet hat, dass die finanziellen Auswirkungen noch geprüft werden. Ich halte es aber für sehr wichtig, dass man über diese Angelegenheit auch noch in den Ausschussberatungen spricht. Es ist wichtig, dass man weiß, welche finanziellen Auswirkungen sich aus diesem Gesetzentwurf ergeben und wie sich die Auswirkungen insbesondere für die Kommunen darstellen, auch wenn wir bereits gestern in der "Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" lesen konnten, dass das Finanzministerium die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes mit 80 Millionen DM kalkuliert hat.

(Zustimmung von Eveslage [CDU])

Wir von der CDU-Fraktion werden im Rahmen der Beratungsphase noch einige Änderungen einbringen.

Lassen Sie mich noch darauf hinweisen, dass Folgendes, was ich Frau Pothmer jetzt schon einmal mitgeben möchte, sicherlich auch zu diskutieren sein wird: In § 11 des Gesetzentwurfes steht, dass für ausreichenden Versicherungsschutz der im Bereich ehrenamtlicher Tätigkeit betroffenen Personen Sorge zu tragen ist. - Es ist noch nicht geklärt, wer dafür zu sorgen hat. Ich denke, dass auch dieses Thema zu diskutieren sein wird.

(Frau Pothmer [GRÜNE]: Das ist ja auch erst eingebracht und noch nicht verabschiedet!)

- Ja.

Meine Damen und Herren, ich möchte abschließend noch eine kleine Bemerkung zu § 10 Abs. 2 Nr. 4 des Gesetzentwurfes anfügen. Danach sollen behinderte Frauen auf Wunsch persönliche Hilfen

nur durch Frauen erhalten können. Wenn es sich hierbei um ein Gleichstellungsgesetz handelt, ist damit meines Erachtens auch eine Gleichstellung zwischen Mann und Frau gemeint. Das heißt, dass auch behinderte Männer auf Wunsch persönliche Hilfen nur durch Männer erhalten können sollten, denn dies ist ja insbesondere ein Frauenberuf, und deshalb müssen wir dafür sorgen, dass es auch Männer gibt, die diesen Pflegeberuf ausüben oder ähnliche Berufe ergreifen, damit auch die Männer ihre Wünsche entsprechend artikulieren können.

(Zustimmung von Möllring [CDU] und Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das waren die Ausführungen, die ich für meine Fraktion zu diesem Antrag der SPD und zu dem Gesetzentwurf gemacht habe.

(Frau Elsner-Solar [SPD]: Schwach!)

Ich sage der SPD-Fraktion: Sie haben die Chance, bei den Anträgen der CDU zur Pflege behinderter Menschen durch Zivildienstleistende und zur Gebärdensprache endlich etwas Konkretes zu tun und nicht nur diese Allgemeinplätze zu vertreten. Ich meine, dass Sie Ihren Antrag entweder zurückziehen oder ihn wenigstens nachbessern sollten. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsident Gansäuer:

Das Wort hat jetzt Frau Kollegin Elsner-Solar.

## Frau Elsner-Solar (SPD):

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Wenn Sie sich die Drucksachennummern der beiden Beratungsgegenstände dieses Tagesordnungspunktes anschauen, dann wird Ihnen sehr schnell klar, welche Fraktion hier nachgeklappt hat. Nur der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages mit der Gepflogenheit, Gesetzesentwürfe vor Anträgen zu beraten, haben es die Grünen zu verdanken, dass ihr Anliegen vor dem unseren steht. Genauso verhält es sich mit den folgenden Anträgen der CDU. Es ist vielleicht nicht so ganz verkehrt, wenn jetzt auch in den Parlamenten so eine Art Wettrennen um die Belange von Menschen mit Benachteiligungen einsetzt.

(Frau Harms [GRÜNE]: Wie lange lag denn der Gesetzentwurf?)

- Ich komme darauf gleich zurück, verehrte Frau Harms.

(Frau Harms [GRÜNE]: Nun sagen Sie es doch!)

Was mich an dieser Anordnung stört, ist, dass die Grünen wieder einmal den Eindruck vermitteln, sie seien an der Spitze der Bewegung. Nein, meine Damen und Herren. Insbesondere gerichtet an die Menschen mit Benachteiligungen und an ihre Verbände sage ich, dass das nicht der Fall ist. Wir in der SPD-Landtagsfraktion können und wollen es uns nicht so einfach machen wie die verehrten Kolleginnen von den Grünen. Ich möchte gar nicht darauf verweisen, was hier los wäre, würde z. B. die SPD-Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf einbringen, der beispielsweise die Ansiedlung von Wirtschaft und Industrie zum Inhalt hätte und der von der Industrie- und Handelskammer geschrieben und von uns ungeprüft übernommen worden wäre. Ich würde gern einmal erleben, wie Sie dann argumentieren würden. Von Lobbyismus pur, der nun die Parlamente erobert hätte, sinkender politischer Kultur und sonstigen Dramen wäre hier mit Sicherheit die Rede.

# Vizepräsident Gansäuer:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Möllring?

# Frau Elsner-Solar (SPD):

Nein. Ich möchte im Zusammenhang vortragen.

## Vizepräsident Gansäuer:

Bitte schön.

# Frau Elsner-Solar (SPD):

Ich will dieses Thema auch gar nicht erst lange vertiefen, sondern insbesondere für die Menschen draußen, die uns beobachten und beurteilen, Folgendes verdeutlichen.

(Anhaltende Zurufe von der CDU - Frau Harms [GRÜNE]: Seit wann sind Beauftragte der Landesregierung Lobbyisten?)

- Herr Präsident, könnten Sie bitte einmal für Ruhe sorgen?

## Vizepräsident Gansäuer:

Sie müssen einfach weiterreden. Die beruhigen sich schon.

(Heiterkeit)

#### Frau Elsner-Solar (SPD):

Ich versuche es. - Die Aufgabe von Politik ist nach meiner Meinung, vorgetragene Problemlösungen - und stünden noch so berechtigte Einzelinteressen dahinter - mit den Interessen anderer zu vergleichen. Aus diesem Abwägungsprozess, dieser Diskussionsnotwendigkeit mit den unmittelbar Betroffenen - und hier zähle ich zu den Menschen mit Benachteiligungen auch diejenigen Institutionen, die unsere Gesetze umsetzen müssen - eine mangelnde Unterstützung oder gar mangelndes Interesse für das Anliegen des Behindertenbeauftragten der SPD-gestützten Landesregierung zu konstruieren, werte ich nach wiederholter Äußerung, Kollegin Pothmer, inzwischen als böswillige Unterstellung.

(Frau Zachow [CDU]: Das war aber hart!)

Vielleicht kann mancher von uns Ihnen diesen Ausrutscher nachsehen, weil Sie erfahrungsgemäß nicht gewohnt sind, breite Wählerschichten anzusprechen und viele Menschen mit auf den Weg zu nehmen. Ich will Ihnen insoweit auch gar keinen Nachhilfeunterricht erteilen. Ich bin ganz froh darüber, dass die Dinge so liegen. Aber ich möchte Sie dringend auffordern, auf den Boden der Realität zurückzukehren und diese Profilierungsversuche am untauglichen Objekt oder - besser gesagt - mit untauglichen Argumenten zu unterlassen.

(Frau Pothmer [GRÜNE]: Seien Sie doch nicht so beleidigt!)

Meine sehr verehrten Herren und Damen, ich bitte um Verzeihung für diese lange Vorbemerkung; doch ich habe mich am letzten Freitag beim Aktionstag der Menschen mit Benachteiligungen schon sehr über das polemische Auftreten meiner Landtagskollegen von den Grünen geärgert. Nachdem die Presse das gestern wieder aufgegriffen hat,

(Frau Harms [GRÜNE]: Ärgern Sie sich noch mehr! - Zuruf von Frau Pothmer [GRÜNE])

tut meiner Ansicht nach Aufklärung Not.

Um auf die Sachdiskussion zurückzukommen: Worum geht es? Mauern einreißen und Barrieren beseitigen. Dieses Motto des jüngsten Aktionstages der Benachteiligten ist auch unser Motto, meine Herren und Damen, und das nicht erst seit diesem Jahr. Doch etwas ist neu bei diesen Aktionen insbesondere für die Fürsorgenden unter uns, die einen Teil ihres beruflichen oder politischen Wirkens oft über viele Jahre in den Dienst der Hilfe oder der Förderung von Menschen mit Behinderungen - besser gesagt: Menschen mit Benachteiligungen - gestellt haben: Das Recht auf Teilhabe an der Gesellschaft und Integration in die Gesellschaft steht in diesem Jahr unter der Forderung nach einem Gleichstellungs- bzw. Antidiskriminierungsgesetz für Menschen mit Benachteiligungen. Zwar symbolisch, aber sehr eindrücklich demonstriert wurde dieser andere Ansatz der Gruppen, die sich zur Information und Diskussion auf dem Marktplatz hier in Hannover getroffen haben. Sie nahmen diese Arbeit auch in Ihre eigenen Hände. Sie zerstörten die dort aufgebaute Mauer und warteten nicht darauf, dass jemand von uns käme und sie Ihnen aus dem Weg räumte, genauso wie unser Behindertenbeauftragter, der die Zeit reif sieht für neue, weitere Schritte auf dem Weg zur Emanzi-

Auch wir in der SPD-Fraktion nehmen wahr, dass die vielen freiwilligen Schritte und Bemühungen um Integration von Menschen mit Benachteiligungen in Politik und Gesellschaft die Ausgrenzung nicht endgültig beseitigen. Immer wieder stärken Kostenfragen alte Barrieren oder verhindern normalen Zugang zu öffentlichen Gebäuden, Verkehrsmitteln, Einrichtungen, ja oftmals sogar zu Bildung, Beruf und gesellschaftlichem Leben. Hierbei jedoch Ignoranz oder gar böswillige Absicht zu unterstellen, ist infam.

Es gibt ein differenziertes Hilfesystem auf der Ebene von Bund, Ländern und Gemeinden. Wir geben den größten Teil der Haushaltsmittel in der Sozialpolitik für die Förderung für Menschen mit Benachteiligungen aus. Ist das nicht genug, ist das nicht hervorragend? Das fragt sich da mancher Zeitgenosse oder manche Zeitgenossin aus anderen Politikfeldern und mit Blick auf andere Weltgegenden. Betrachtet man diese Entwicklung des Verhältnisses unserer nicht benachteiligten Mitglieder der Gesellschaft zu den benachteiligten, so lässt sich feststellen, dass nach den gesellschaftlichen Aufbauaktivitäten der 50er-Jahre mit dem In-Kraft-Treten des BSHG im Jahre 1961 die spezielle Förderung von Menschen mit Behinderun-

gen durch gesetzliche Grundlagen möglich wurde und nicht nur barmherziger Aktivität von Kirchen und Stiftungen überlassen blieb. Das folgende Jahrzehnt entwickelte Fachlichkeit und Förderprogramme, die niemandes Kompetenz in der erstmals zurückgehenden Bevölkerung ungenutzt lassen wollte, und begünstigte die Mobilisierung finanzieller Mittel für Bildung und Qualifizierung in einem vielfältigen Hilfesystem. Zunehmend wurde in diesem differenziert ausgebauten Hilfesystem deutlich: Es beschäftigte und befriedigte eine Menge Menschen, nicht jedoch in ausreichender Weise die Menschen, denen Förderung und Fürsorge galt. Unter dem Slogan "Behindert ist man nicht, behindert wird man" wurden die unerwünschten Ausgrenzungsmechanismen der positiv angelegten Fördersysteme deutlich. Nunmehr werden aus Sorgenkindern Menschen, aus Behinderten werden Benachteiligte, sodass alle, die heute Mauern einreißen und Barrieren beseitigen wollen, an einem Punkt stehen, an dem es heißt, sich neu zu orientieren.

Eine wichtige Aufgabe - von uns angeregt und durch einstimmigen Landtagsbeschluss auf den Weg gebracht - wird es in Niedersachsen sein, die geteilte Kostenträgerschaft der finanziellen Leistungen in der so genannten Behindertenhilfe zu beseitigen, damit neue Formen von integrativen Förderangeboten nicht länger am Finanzmangel einzelner Kommunen scheitern müssen. Wie weit dann noch gesetzliche Neuregelungen notwendig wären, hätte ich gerne schon jetzt gewusst. Daher bleibt festzustellen, dass die andere Säule der Akzeptanz noch in der Schaffung von spezialgesetzlichen Grundlagen gesehen werden kann.

Wir haben in den vielen Jahren gesellschaftlichen Lebens in der Bundesrepublik lernen müssen, der Aufmerksamkeit, die Problemlagen gewidmet war, in der Regel gesetzliche Grundlagen zur Problemlösung folgen zu lassen. Obgleich die SPDgeführte Landesregierung und die sie stützende Mehrheitsfraktion in ihren Haushaltsentscheidungen immer wieder Finanzmittel auch ohne gesetzlich festgelegte Notwendigkeit für integrative und selbstbestimmte Ansätze der Bildung und Förderung von Menschen mit Benachteiligungen gesichert hat, stellt diese Art von Freiwilligkeit eine nicht geringe Hürde im Verteilungskampf um knappe finanzielle Ressourcen dar, sodass ganz entschieden die Notwendigkeit verfolgt wird, durch gesetzliche Neuregelungen zu verbesserten Lösungen zu kommen. Mit den anderen Fraktionen werden wir uns um das Wie streiten, genau wie auf Bundesebene, und das ist gut so.

Die SPD-Fraktion diskutiert seit 1994, seit der Aufnahme des Benachteiligungsverbotes in die Bundesverfassung, ob unser gemeinsames Ziel der Teilhabe, Integration und Akzeptanz von Menschen mit Benachteiligungen in und an der Gesellschaft durch konkrete gesetzliche Vorgaben - Stichwort "Antidiskriminierungsgesetz" - besser zu erreichen sei als durch Einzelschritte oder Einzelaktivitäten. Ich stelle fest: Wir befinden uns noch in der Meinungsfindung und stehen in der Republik keineswegs alleine da. Einzig das Land Berlin hat ein entsprechendes Gesetz in Kraft gesetzt. Das wirkt allerdings so dünn, dass man sich überlegen sollte, ob die Mühen im Verhältnis zum Aufwand stehen.

(Frau Litfin [GRÜNE]: Einfach in Niedersachsen ein dickeres machen!)

Da der Weg der gegenseitigen Geduld keine Einbahnstraße ist, bitte ich um Verständnis dafür, dass insbesondere wir in der SPD-Fraktion die vorliegenden Vorschläge mit den Vorschlägen der Bundesregierung abgleichen wollen, dass wir mit unseren Vorschlägen einen weit angelegten Diskurs einleiten wollen und dass wir diesen in Ruhe führen wollen.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss. - Ich wäre gern noch auf Einzelheiten der Vorlage eingegangen, um verfassungsrechtliche Prüfnotwendigkeiten zu belegen doch ich freue mich, wenn es uns gelingt, eine große Übereinstimmung zu erreichen, sodass wir diesen gesellschaftlichen Diskurs, wenn es nötig sein sollte, in einen entsprechenden Gesetzentwurf münden lassen können. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Herr Kollege Schwarzenholz, Sie erhalten eine Redezeit von bis zu drei Minuten.

#### **Schwarzenholz** (fraktionslos):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese Broschüre des Behindertenbeauftragten, die ich mitgebracht habe, stammt vom September letzten Jahres und enthält den von den Grünen einge-

brachten Gesetzentwurf. Am 1. Dezember des letzten Jahres hat der Behindertenbeauftragte des Landes ein Hearing veranstaltet, bei dem das Haus entsprechend vertreten war. Den Diskurs, den Sie eingefordert haben, gibt es seit längerer Zeit. Ich sage auch der Ministerin Dank, dass sie diesen Diskurs befördert hat. Aber liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion ist ja im Prinzip eine Niederlage derjenigen, die ein gesetzliches Handeln für erforderlich halten. Denn eine Regierungsfraktion wäre natürlich in diesem Zeitraum in der Lage gewesen, einen Gesetzentwurf vorzulegen. Es war ausreichend debattiert und auch mit den Fachverbänden ausreichend erörtert, und es war auch hinreichend klar, welches die unstrittigen Punkte sind und in welchen Punkten es noch Klärungsbedarf im Detail gibt. Ein Gesetzentwurf der Regierungsfraktion wäre ein reformpolitisches Signal gewesen, das dem Vorgehen einen ganz anderen Nachdruck verliehen hätte. Jetzt besteht im Prinzip die Situation, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Druck gemacht hat, dass ich aber nicht zu erkennen vermag, inwieweit in der SPD-Fraktion der notwendige Klärungsprozess tatsächlich vorankommt.

Wenn der Ministerpräsident z. B. in der Finanzdebatte des Bundes höhere Steuersenkungen fordert und dadurch im Prinzip versucht, die selbstorganisierte Armut des Staates systematisch auf die Spitze zu treiben, gleichzeitig aber hier erklärt, es gebe keinen finanzpolitischen Handlungsrahmen, um Menschenrechte umzusetzen - Behindertenpolitik ist Menschenrechtspolitik -, dann frage ich mich: Inwieweit soll diese selbstorganisierte Armut des Staates dazu herhalten, in einem der reichsten Länder dieser Erde die Verwirklichung von Grundprinzipien nicht zu ermöglichen, von Grundprinzipien, für die wir eigentlich einstehen sollten?

Neulich hatte ich die Gelegenheit, mit einem der beiden Rollstuhl fahrenden Bundestagsabgeordneten in Hannover ein paar Lebensexperimente durchzuführen. Als Nichtbehinderter hat man doch einen anderen Blick. Als ich eben hierher gekommen bin, habe ich mich gefragt: Was würde passieren, wenn wir hier wie im Bundestag zwei Rollstuhl fahrende Abgeordnete hätten? Zunächst einmal müssten wir den ganzen Plenarsaal umbauen. So ist das in unserer gesamten Gesellschaft.

Als ich zu Beginn des Jahres eine Landtagsanfrage zur Situation von Gehbehinderten und von Rollstuhlfahrern in der Deutschen Bahn in Niedersachsen eingebracht habe, habe ich zwar eine Antwort bekommen. Aber ich empfehle Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sich diese Drucksache einmal anzugucken. Die Spitze war, dass das Wirtschaftsministerium, das diese Antwort, die auch relativ viele Ausflüchte enthielt, federführend bearbeitet hatte, nicht einmal bereit war, mir zu sagen, welche Bahnstationen in Niedersachsen behindertengerecht sind. Am Montag ist mir diese Liste mit mehrmonatiger Verspätung vorgelegt worden, nachdem der Landtagspräsident und der Ministerpräsident interveniert haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich abschließend Folgendes feststellen: Zu dem Gesetzentwurf von Herrn Finke gibt es natürlich viele Veränderungs- und Verbesserungsvorschläge. Das ist gar keine Frage. Angesichts der Tatsache, dass jetzt ein Gesetzentwurf in der Beratung ist, sollte die SPD-Fraktion noch einmal sehr kritisch auf ihren eigenen Antrag gucken. Das ist ein Warteschleifenantrag. Der Diskurs, den Sie eingefordert haben, läuft schon seit mehreren Jahren.

## Vizepräsident Gansäuer:

Die Zeit läuft auch, Herr Kollege.

#### **Schwarzenholz** (fraktionslos):

Er hat sich im letzten halben Jahr entsprechend zugespitzt. Ich fordere Sie auf, diesen Gesetzentwurf als konstruktive Beratungsgrundlage anzunehmen.

# Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Frau Pothmer hat jetzt eine Redezeit von bis zu zwei Minuten.

# Frau Pothmer (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur noch zu ganz wenigen Bemerkungen etwas sagen. - Frau Elsner-Solar hat uns ja vorgeworfen, wir hätten nachgeklappt. Das stimmt in gewisser Weise insofern, als jetzt wir zunächst einmal nicht damit gerechnet haben, dass Sie zu einem Zeitpunkt, zu dem seit einem guten halben Jahr ein konkreter Gesetzentwurf des Behindertenbeauftragten vorliegt, eine solche schlappe Initiative ergreifen. Aufgrund Ihres Vorgehens haben wir uns gezwungen gesehen, die Arbeit des Behindertenbeauftragten durch Vorlage eines eigenen Ge-

setzentwurfs zu unterstützen. Insofern ist das richtig. Was ist das nun aber für ein Vorwurf uns gegenüber, wir würden versuchen, an der Spitze der Bewegung zu stehen? - Natürlich! Ich glaube, dass es unsere Aufgabe ist, dies zu wollen. Ich möchte aber einmal darauf hinweisen, dass auch die etwas damit zu tun haben, die nicht in die Strümpfe kommen, Frau Elsner-Solar. An der Spitze der Bewegung zu stehen, ist bei dieser SPD-Landesregierung verdammt leicht. Das ist das Problem.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Ich frage mich in der Tat, wie sich der Behindertenbeauftragte des Landes, Karl Finke, in dieser Diskussion gefühlt hat. Karl-Heinz Mühe dankt ihm, tritt ihm, indem er diesen Gesetzentwurf ignoriert, gleichzeitig aber gegen das Schienbein. So seid ihr Sozialdemokraten eben. Frau Elsner-Solar vergleicht ihn mit dem landesweit größten Lobbyisten, also mit einem Wirtschaftsunternehmen. Ich habe das Gefühl, dass dies auf eine tiefe Zerrüttung zwischen SPD-Fraktion, Landesregierung und Behindertenbeauftragten hinweist. Das zeigt auch, dass Sie die Arbeit des Behindertenbeauftragten in einer Art und Weise würdigen, die ihm seine Arbeit nur sehr, sehr schwer ermöglicht.

Was die Diskussionsnotwendigkeit und die Diskussionsgrundlage angeht, so hat Herr Schwarzenholz dazu schon vieles gesagt; in diesem Fall auch Richtiges. Natürlich ist eine Diskussion immer dann am konstruktivsten, wenn sie sich auch an konkreten Vorlagen orientiert.

#### Vizepräsident Gansäuer:

Und innerhalb der entsprechenden Redezeit stattfindet.

## Frau Pothmer (GRÜNE):

Stimmt, ich komme zum Schluss. - Die Diskussion ist längst im Gang. Ich sage noch einmal: Es ist sehr deutlich geworden, dass Sie ein Landesantidiskriminierungsgesetz nicht wollen. Das zeigt sich auch an Ihren Presseerklärungen: Wir warten zunächst einmal ab, was die Bundesregierung macht. - Andere Bundesländer gehen hier anders vor. Berlin hat bereits ein solches Gesetz. Das zeigt, dass es auch anders geht. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

## Vizepräsident Gansäuer:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Ich schließe damit die Beratung.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung für beide Beratungsgegenstände. Auf Empfehlung des Ältestenrates hin soll der Ausschuss für Sozial- und Gesundheitswesen beide Beratungsgegenstände federführend beraten. Folgende Ausschüsse sollen mitberatend beteiligt werden: der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen, der Ausschuss für innere Verwaltung, der Ausschuss für Gleichberechtigung und Frauenfragen, der Ausschuss für Haushalt und Finanzen, der Kultusausschuss, der Ausschuss für Wissenschaft und Kultur, der Ausschuss für Jugend und Sport, der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr und auf Antrag der SPD-Fraktion hin auch noch der Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen. - Gibt es weitere Wünsche? - Das ist nicht der Fall, meine Damen und Herren. Dann ist die Ausschussüberweisung so beschlossen worden.

Ich habe nun die große Freude, Ihnen allen einen guten Appetit wünschen zu können. Wir sehen uns um 14.30 Uhr wieder. Ich unterbreche die Sitzung.

Unterbrechung: 12.56 Uhr. Wiederbeginn: 14.30 Uhr.

## Vizepräsidentin Litfin:

Ich darf meiner Freude darüber Ausdruck verleihen, dass einige Kollegen und Kolleginnen es geschafft haben, ihr Eis rechtzeitig in den Magen zu befördern, um jetzt hier zu sein.

(Dr. Domröse [SPD]: Ich habe noch keines gegessen, Frau Präsidentin!)

- Mit Ausnahme von Wolfgang Domröse, der mir herzlich Leid tut.

Wir wollen jetzt unsere Sitzung fortsetzen. Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 7:

Zweite Beratung:

Erhaltung der Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe (GA) "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/1392 neu - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten - Drs. 14/1527

Der Antrag wurde in der 45. Sitzung am 17. Februar 2000 an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur federführenden Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichterstatter ist der Kollege Kethorn, dem ich das Wort erteile.

#### Kethorn (CDU), Berichterstatter:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen empfiehlt der Ausschuss, den "Erhaltung der Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe (GA) "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" überschriebenen Antrag der CDU-Fraktion abzulehnen.

Da ich davon ausgehe, dass die Sprecher der jeweiligen Fraktionen ihre Gründe für die Zustimmung bzw. Ablehnung nennen werden, verzichte ich darauf, den Bericht über die Ausschussberatungen hier vorzutragen.

#### (Zu Protokoll:)

Ein Ausschussmitglied der CDU-Fraktion hob zu Beginn der Ausschussberatungen hervor, dass seine Fraktion das ProLand-Programm der Landesregierung zur Entwicklung des ländlichen Raumes für richtig und angesichts der Kürzungen und Belastungen, die die Landwirtschaft in jüngster Vergangenheit habe hinnehmen müssen, für dringend erforderlich halte. Voraussetzung für den Erfolg des Programms sei aber, dass den Ankündigungen der Landesregierung auch Taten folgten und die Gegenfinanzierung der von der Europäischen Union in Aussicht gestellten Strukturhilfemittel in Höhe von rund 1,1 Milliarden DM durch Bund, Land und Kommunen sichergestellt sei. Die CDU-Fraktion wolle daher mit diesem Antrag erreichen, dass Bundes- und Landesregierung die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe in erforderlicher Höhe in die jeweiligen Haushalte einstellten.

Der Sprecher der Regierungsfraktion entgegnete, seine Fraktion habe keinen Zweifel daran, dass es gelinge, den GA-Landesanteil auch 2001 im Haushalt in erforderlicher Höhe bereitzustellen, nachdem die Gegenfinanzierung für das laufende Haushaltsjahr gesichert sei. Er verwies des Weiteren auf die Absicht der Bundesregierung, die GA-Mittel sogar um 375 Millionen DM, die durch die Reduzierung der Gasölbetriebsbeihilfe freigesetzt würden, zu erhöhen. Für den im Antrag enthaltenen Appell bestehe vor diesem Hintergrund keine Notwendigkeit.

Diese Position wurde im Grundsatz vom Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützt. Sein Eindruck sei, ließ er verlauten, dass auch die Bundesregierung sehr darauf bedacht sei, keine Kürzungen im Bereich der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" zuzulassen. Aus seiner Sicht seien seitens der Landesregierung vielmehr Überlegungen erforderlich, wie sichergestellt werden könne, dass den vor allem auf die Förderung angewiesenen finanzschwachen Gemeinden die Kofinanzierung für den kommunalen Bereich ermöglicht werde. Darüber hinaus sei für eine ausreichende Personalausstattung vor Ort Sorge zu tragen, damit das Programm ProLand seinen vollen Nutzen entfalten könne.

Seitens der Landesregierung wurde versichert, dass nach derzeitigem Stand selbst im Falle geringfügiger Kürzungen das ProLand-Programm durch Umschichtungen im Haushalt innerhalb der Gemeinschaftsaufgabemittel mit Sicherheit finanziert werden könne.

Eine Annäherung der unterschiedlichen Standpunkte ergab sich in der weiteren Diskussion nicht.

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfiehlt Ihnen daher mit den Stimmen der SPD-Mitglieder und bei Zustimmung des Vertreters der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Vertreter der CDU-Fraktion, den Antrag abzulehnen. Die mitberatenden Ausschüsse für Umweltfragen und für Haushalt und Finanzen haben sich der Beschlussempfehlung mit demselben Stimmenverhältnis - der Ausschuss für Haushalt und Finanzen in Abwesenheit des Vertreters der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - angeschlossen.

## Vizepräsidentin Litfin:

Die Begründung für die Fraktion der CDU werden Sie jetzt von dem Kollegen Biestmann hören.

## Biestmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Rahmen der Agenda-Verhandlungen ist die EU-Strukturförderung neu konzipiert worden. Es sind Förderziele zusammengefasst und neue Förderschwerpunkte gebildet worden. Durch ein weitgehendes Kohärenzgebot sind zukünftige Gebietskulissen in der Regionalförderung - die so genannte Ziel-2-Förderung - auf nationale Förderkulissen abgestimmt worden. Letztere sind die so genannten GA-Mittel zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Im Klartext heißt das: Nur Gebietskörperschaften im nationalen GA-Fördergebiet kommen in der Regel für die EU-Regionalförderung infrage.

Hinzu kommt, dass die bisherige Ziel-5b-Förderung zur Entwicklung des ländlichen Raumes wegfällt. Unter diesem Förderziel sind Maßnahmen für den ländlichen Raum aus mehreren EU-Förderfonds zusammengefasst und finanziert worden. Ich erinnere an die Wirtschaftsförderung, wie etwa Gewerbegebietserschließung oder Abwasseranlagensanierung, die zukünftig für viele Landkreise verloren geht, mit einem Fördervolumen von bisher 1 Milliarde DM.

Wir haben wiederholt kritisiert, dass durch Wegfall der Ziel-5b-Förderung der ländliche Raum seinen eigenständigen Förderansatz in der EU-Regionalförderung verliert. Gleichwohl erkennen wir an, dass die EU infolge der Agenda-Preisbeschlüsse zu erwartende dramatische Strukturprozesse in der Fläche durch erhöhte Förderansätze in der horizontalen Förderung - also gebietsunabhängig und sozusagen für alle - abfedern will.

Dieses EU-Gemeinschaftsprogramm in Niedersachsen wird als ProLand-Programm bezeichnet, beinhaltet die Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes und hat folgende Förderschwerpunkte: Verbesserung der Produktionsstrukturen, Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung, Agrarumweltprogramm und Umweltmaßnahmen.

Insgesamt stellt die EU mit diesem Programm innerhalb von sechs Jahren 1,1 Milliarden DM Fördermittel zur Verfügung, die allerdings Komplementärmittel von Land und Bund von zusammen 1 Milliarde DM voraussetzen und in einigen Fördersegmenten eine zusätzliche Mitfinanzierung von Kommunen und privaten Investoren in Höhe von 1 Milliarde DM bedingen. Nur so kann das gesamte Fördervolumen von gut 3 Milliarden DM ausgeschöpft werden.

Meine Damen und Herren, hierdurch wird deutlich, dass das so genannte ProLand-Programm wesentlicher Bestandteil einer politisch gewollten EU-Strukturförderung zur Erleichterung von Anpassungs- und Umstellungsprozessen im ländlichen Raum darstellt und weniger ein Landesförderprogramm ist. Dies so deutlich zu sagen ist wichtig, um die politische und gesellschaftliche Akzeptanz eines integrierten Europas mit den Instrumenten der Förderpolitik zu fördern.

Das niedersächsische Landwirtschaftsministerium hat es zugegebenermaßen hervorragend verstanden, in einer groß angelegten Öffentlichkeitskampagne unter dem Begriff ProLand den Eindruck zu erwecken, als handele es sich bei diesen neuartigen Förderansätzen vorwiegend um Landesmittel.

(Eveslage [CDU]: Rosstäuscherei nennt man das! - Gegenruf von der SPD)

Wir haben großes Verständnis für den ausgeprägten Wunsch des niedersächsischen Landwirtschaftsministers, dass mittlerweile arg ramponierte agrarpolitische Image der Landesregierung wieder aufzubessern.

(Eveslage [CDU]: Das ist nachvollziehbar und trotzdem nicht richtig!)

In der Tat haben sich nicht nur Standortnachteile für den Mittelstand und für das Handwerk durch Regierungsbeschlüsse in Berlin und Hannover verschärft, was sich durch Zahlen jederzeit belegen lässt.

(Zuruf von der SPD)

nein, die eigentlichen Verlierer in der Fläche sind die Landwirte und ihre Familien.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Kethorn [CDU])

Das haben wir wiederholt gemeinsam im Ausschuss festgestellt.

Durch nationale hausgemachte Regierungsbeschlüsse wie die Einkommensteuerreform, die

Ökosteuer, unverhältnismäßige Kürzungen im Agrarhaushalt, aber auch durch die Agenda-Preisbeschlüsse verlieren niedersächsische Landwirte jährlich knapp rund 900 Millionen DM an Einkommen.

Das so genannte ProLand-Programm beinhaltet jährlich 300 Millionen DM an außerkommunaler staatlicher Förderung, die auch nur zu einem gewissen Teil produzierenden Betrieben zur Verbesserung ihres Einkommens allenfalls indirekt zugute kommen.

Diese Zahlen machen aber auch deutlich, meine Damen und Herren, wie wichtig eine nachhaltige Strukturförderung in dieser Größenordnung für den ländlichen Raum und die Landwirtschaft ist. Wir müssen alles daransetzen, bisherige Förderaktivitäten im Bereich Dorferneuerung, Naturschutz, Landschaftspflege, im Wegebau oder zur Verbesserung der Produktionsverfahren fortzusetzen und auszuweiten. Auch neue Akzente, die wir in diesem Programm erkennen können, werden von uns ausdrücklich begrüßt.

Leider haben das Landwirtschaftsministerium und die SPD-Fraktion im Vorfeld dem Landtag nicht die Möglichkeit der Mitberatung eingeräumt. Hier war wohl nur die schnelle Präsentation des Programms gefragt.

(Kethorn [CDU]: Trotzdem können die nicht damit glänzen!)

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion spricht sich mit ihrem Entschließungsantrag ausdrücklich für dieses Entwicklungsprogramm aus. Wir möchten durch eine Gemeinschaftsinitiative ein unterstützendes Signal zur notwendigen Komplementärfinanzierung der EU-Förderung durch Bund und Land setzen.

Auch wir wollen uns für dieses Programm in die haushaltspolitische Pflicht nehmen lassen. Gemeinschaftsaufgabemittel im Landes- und Bundeshaushalt dürfen vor diesem Hintergrund nicht - wie wiederholt geschehen - zur freien Verfügungsmasse bei Haushaltssanierungen verkommen.

Ich erinnere an widersprüchliche Aussagen von maßgeblichen SPD-Politikern über die Notwendigkeit der Gemeinschaftsaufgabenfinanzierung und an die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete, die Niedersachsen verloren gegangen ist, weil die SPD-Landesregierung vor Jahren vorzeitig signalisiert hat, keine Möglichkeit der Gegenfinan-

zierung zu sehen. Noch immer wird im Bundestag darüber gestritten.

Ein aktuelles Beispiel ist, wie die plötzlich verfügbaren 375 Millionen DM aus der reformierten Gasölbesteuerung Verwendung finden,

(Zuruf von der SPD)

obwohl sie doch längst den Haushaltsansätzen für die Gemeinschaftsaufgabe zugesagt waren. Daher ist gerade zu diesem Zeitpunkt eine Initiative über den Bundesrat wichtig, um die Bundesregierung hinsichtlich der Mitfinanzierung dieser Programme mit in die Pflicht zu nehmen.

Wie Bundeslandwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke anlässlich der Grünen Woche in diesem Jahr sagte, sind die europäischen Mittel die sichersten. - Damit hat er leider Recht.

Auf weitere Beispiele - auch aus der Landespolitik - will ich verzichten, um deutlich machen zu können, dass die Komplementärfinanzierung von Förderprogrammen kein politischer Selbstgänger ist.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion hat in den bisherigen Beratungen die Bereitschaft der SPD-Fraktion vermisst, sich ernsthaft dieser wichtigen Thematik zu stellen und unseren Antrag mitzutragen.

(Beifall bei der CDU)

Offenbar ist es der neue Stil des Landwirtschaftsministeriums und der SPD, alle Agraranträge der Union abzulehnen. Man sieht offenbar weder Handlungsbedarf bei der Vorruhestandsregelung, wie vor Wochen geschehen, noch bei der Reform der Unternehmenssteuergesetzgebung für die Landwirtschaft, noch bei unserem viel beachteten Vorstoß für die Nutzung alternativer Energieträger. Dieses Vorgehen und die begleitenden Presseverlautbarungen aus dem Ministerium, die an Einfältigkeit - ich sage das so deutlich - und Niveaulosigkeit kaum zu überbieten sind,

(Beifall bei der CDU - Mientus [SPD]: Na, na, na!)

bringen ein Höchstmaß an Unsicherheit über die eigene Regierungsarbeit zum Ausdruck.

(Beckmann [SPD]: Sie sind doch sonst nicht so niveaulos! - Mientus [SPD]: Das ist aber üble Nachrede!)

- Darin war ja ein Kompliment!

(Zuruf von Beckmann [SPD])

Aber vielleicht belehren Sie uns eines Besseren - durch Unterstützung und Annahme unseres Antrags und durch eine konstruktive Debatte zu diesem Thema. Dieses Förderprogramm, meine Damen und Herren, ist für den ländlichen Raum und für die Landwirtschaft zu wichtig, als dass es zu einem politischen Streitfall gemacht werden dürfte.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsidentin Litfin:

Das Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion wird durch den Kollegen Brauns erklärt.

(Kethorn [CDU]: Das wird ihm aber schwer fallen! - Zuruf von der CDU: Ob er das schafft?)

#### **Brauns** (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Zuruf von der CDU: Der Anfang war gut!)

Mit großem Interesse und Begeisterung haben die Bevölkerung in unserem Land, Landvolkverbände und andere interessierte Gruppen das vorliegende Programm ProLand zur Kenntnis genommen - die vielen Informationsveranstaltungen zu diesem Thema haben es uns gezeigt -, und wir freuen uns darüber.

(Mientus [SPD]: Genau!)

Sie, meine Damen und Herren von der CDU, sind kläglich gescheitert.

(Ehlen [CDU]: Wobei denn? Wir haben doch geholfen!)

Indem Sie das Programm zwar begrüßt haben,

(Ehlen [CDU]: Das haben wir gemacht!)

dann aber gesagt haben, es sei nicht durchfinanziert, haben Sie der Sache einen Bärendienst erwiesen.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass sich die Landwirtschaft in einer Umorientierungsphase befindet. Mit der Agenda 2000 wurde der eingeschlagene Weg fortgesetzt. Umso wichtiger sind die richtigen Weichenstellungen, um die Zukunft abzusichern, damit die Landwirtschaft für die Zukunft verlässliche Rahmenbedingungen und auch Planungssicherheit hat. Hinzu kommt, dass sich die Absatzchancen auf den Weltmärkten verbessern werden, was gute Zukunftsperspektiven bietet.

Meine Damen und Herren, mit der Beschlussfassung über die Agenda 2000 wurde ein umfangreiches Konzept für die ländlichen Räume beschlossen. Die Landesregierung kommt ihrer wichtigen Aufgabe, den Umstrukturierungsprozess zu begleiten, durch flankierende Maßnahmen sehr verantwortlich nach. Das Programm ProLand bietet in Zukunft für unsere Landwirtschaft und den ländlichen Raum hervorragende Perspektiven. Wir wollen die Politik zur Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume im Rahmen von arbeitsmarktpolitischen Initiativen stärken. Förderschwerpunkte werden Investitionen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und Maßnahmen zur Stärkung einer nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume unter Berücksichtigung des Umwelt- und Naturschutzes sein.

Das Programm, für das ich sehr dankbar bin, Herr Biestmann, trägt die Zeichen niedersächsischer Landespolitik. Für dieses Programm stehen für die Jahre 2000 bis 2006 ca. 3 Milliarden DM zur Verfügung. Damit konnten die europäischen Strukturmittel für Niedersachsen verdoppelt werden. Die Landesregierung wird die auf Niedersachsen entfallenden Finanzierungsverpflichtungen erfüllen. Nach der derzeitigen Finanzierungsplanung für das Programm ProLand sind für die Jahre 2000 bis 2006 jährlich rund 133 Millionen DM GA-Mittel zur Kofinanzierung vorgesehen. Im Einzelplan 09 des Landeshaushalts sind für das Jahr 2000 mehr als 220 Millionen DM für die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" veranschlagt. Im Haushaltsjahr 2001 werden diese Mittel noch einmal steigen.

In der gültigen Mipla des Bundes sind nach wie vor 1,7 Milliarden DM für die GAK eingeplant. Also keine Kürzung! Hierauf baut die Mipla des Landes Niedersachsen auf. Wir haben überhaupt keinen Grund dafür, an dem Erhalt des GAK-Plafonds zu zweifeln. Der Finanzplanungszeitraum umfasst sowohl beim Bund als auch beim Land die

Jahre 2000 bis 2003. Der Finanzierungszeitraum für das Programm ProLand umfasst die Jahre 2000 bis 2006. Wir werden sicherstellen, dass die Landesmittel für die Kofinanzierung bereitgestellt werden. Mehr Sicherheit, meine Damen und Herren, kann man aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht bieten. Wer das nicht zur Kenntnis nehmen will, will bewusst provozieren oder sich ins politische Abseits stellen.

(Zustimmung von Beckmann [SPD] und von Schack [SPD])

In ihrem Antrag fordert die CDU-Fraktion den Landtag auf, eine Entschließung zu verabschieden, in der die Landesregierung aufgefordert wird, durch Bereitstellung der Landesmittel dafür zu sorgen, dass die EU- und Bundesmittel gebunden werden. Wir sind der Auffassung, dass es aus den genannten Gründen einer solchen Entschließung nicht bedarf:

(Ehlen [CDU]: Dann braucht ihr keine Angst davor zu haben!)

bei der Aufstellung eines solch effektiven und solide durchfinanzierten Förderprogramms wie des Programms ProLand wurden alle finanziellen Rahmenbedingungen seitens der Landesregierung bereits sichergestellt.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss.

(Unruhe)

Wir werden das mit großen Erwartungen aufgelegte Programm zur Förderung und Stärkung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums in vollem Umfang umsetzen und lehnen den vorliegenden Antrag aus den vorgenannten Gründen ab. Anträge dieser Natur bringen uns in der Sache nicht weiter, sondern entzweien uns, und das sollte nicht geschehen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

#### Vizepräsidentin Litfin:

Die Auffassung der Fraktion der Grünen wird uns durch den Kollegen Klein erläutert.

# Klein (GRÜNE):

Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will zu dem Programm ProLand jetzt gar nichts weiter sagen; der Kollege Brauns hat ausführlich dazu Stellung genommen, was ja auch im Wesentlichen seine Aufgabe ist. Ich will mich auf den Antragsteil beschränken, der sich mit der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" befasst.

Da war das Ziel des CDU-Antrags, finde ich, mehr als durchsichtig. Es ging darum, das so darzustellen, als ob auf Rot-Grün in Berlin bei der Gemeinschaftsaufgabe kein Verlass ist und das gefährdet ist

(Zurufe von der CDU)

Es ging darum, die CDU Niedersachsen ein weiteres Mal als Retter der Landwirtschaft Niedersachsens darzustellen.

(Zurufe von der CDU)

Nach dem Ergebnis der Debatten und der Ausschussberatung kann man das Ganze bildhaft wie folgt zusammenfassen: als Löwe gesprungen, als Bettvorleger gelandet.

(Ehlen [CDU]: Abwarten! - Zuruf von Biestmann [CDU])

Wir konnten festhalten: Rot-Grün sichert die GA, und Rot-Grün leitet die Modernisierung dieser Förderschiene ein. Die heutigen Retter - das sind Sie - haben die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe seit 1994 um mehr als ein Drittel gekürzt, nämlich von 2,7 Milliarden DM auf 1,7 Milliarden DM in 1998. Damals hat der Berufsstand - ich traue mich nicht zu sagen: protestiert - wohl eher dezent darauf hingewiesen, dass ein solches Verhalten der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft in erheblichem Maße abträglich ist.

(Unruhe)

Einen Protestantrag der CDU zu dem damaligen Vorgehen habe ich leider nicht gefunden.

Es bleibt festzuhalten: Rot-Grün hat den Trend gestoppt und das Volumen der Gemeinschaftsaufgabe auf 1,7 Milliarden DM stabilisiert.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Rot-Grün hat die GAK modernisiert und der Agenda angepasst. Es gibt inzwischen eine stärkere Ausrichtung auf Wettbewerbsfähigkeit, auf arbeitsplatzsichernde und arbeitsplatzschaffende Investitionen. Es gibt eine verstärkte Förderung der umweltgerechten Produktion, insbesondere die Ausweitung der Förderung für den ökologischen Landbau. Es gibt darüber hinaus eine Förderung von Extensivierungsmaßnahmen, die unterhalb der Schwelle "ökologischer Landbau" liegen. Dank der hervorragenden jahrelangen Pionierarbeit von Bärbel Höhn in Nordrhein-Westfalen, die in diesem Haus dank ihrer konsequenten Verbraucherschutzpolitik nicht immer ganz beliebt ist, gibt es auch eine Verankerung der Förderung regionaler Verarbeitung und Vermarktung in der Gemeinschaftsaufgabe. Das heißt, Erzeuger und Verbraucher werden wieder näher zueinander geführt. Die Basis für die Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Naturschutz wird gestärkt durch bessere Möglichkeiten in der Kulturlandschaftspflege und im Vertragsnaturschutz. Auch dies ist ein deutlicher Schritt zu günstigeren Verhältnissen.

Mein Fazit zu diesem Antrag: Der Antrag ist überflüssig. Deshalb wird er von uns abgelehnt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

# Vizepräsidentin Litfin:

Für die Landesregierung spricht der Herr Landwirtschaftsminister. Bitte, Herr Bartels!

**Bartels,** Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon außerordentlich niedlich anzugucken, wie krampfhaft Sie versuchen, auf die unter Volldampf dahinbrausende Lokomotive ProLand aufzuspringen. Das ist aber nicht ganz gelungen.

(Zuruf von Oestmann [CDU])

- So ist das nun einmal, Herr Oestmann!

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Niedersachsen hat im Vergleich zu allen anderen Bundesländern eine Spitzenposition in der Agrarwirtschaft. Das ist unstreitig und wird auch von Ihnen draußen immer gesagt. Diese Spitzenposition wollen wir natürlich bewahren. Wir wollen sie ausbauen. Dazu gehört auch unser Programm ProLand. Aber diese Spitzenposition haben wir nur aufgrund der guten Agrarpolitik, die wir in diesem Lande seit 1990 betrieben haben, errungen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Herr Biestmann hat ein wenig bedauert, dass es die Ziel-5b-Förderung in der Fläche nicht mehr gibt. Wir haben aber - auch das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen - jetzt ein Programm, dass nicht nur in 17 Landkreisen angewendet werden kann, sondern das flächendeckend über ganz Niedersachsen seine Wohltaten und Segnungen ausbreiten darf.

(Biestmann [CDU]: In den 17 Landkreisen wird jetzt keine Wirtschaftsförderung mehr gemacht! - Unruhe -Glocke der Präsidentin)

- Es wundert mich, dass Sie jetzt plötzlich nervös werden. Wir haben bei diesem Programm ein doppelt so hohes finanzielles Volumen, wie es in der Vergangenheit für 5b zur Verfügung gestanden hat, also eine hervorragende Ausgangssituation, um Förderung im ländlichen Raum zu betreiben.

Ich sehe auch, meine Damen und Herren, dass Sie die Berührungsschwierigkeiten, die Sie am Anfang mit ProLand gehabt haben, nun offenbar völlig abgeschüttelt haben

(Eveslage [CDU]: Nie gehabt! Das ist ein europäisches Programm!)

und bei der Umsetzung dieses Problems mit an der Spitze stehen wollen. Anderenfalls könnte ich Ihren Antrag nicht verstehen, der auf die Forderung hinausläuft: Sichert, bitte schön, die Finanzierung.

(Zuruf von Biestmann [CDU])

Meine Damen und Herren, das kommt nun weiß Gott zu spät.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich habe bereits bei der Einbringung Ihres Antrages an dieser Stelle deutlich gemacht, dass wir schon bei den Haushaltsberatungen 1999 die Vorsorgemittel des Landes im Haushalt ausgewiesen haben. Sie haben damals nachgefragt, wofür diese Mittel seien. Ich habe darauf verwiesen, dass wir damit das Anschlussprogramm an 5b finanzieren wollen. Vor diesem Hintergrund ist es natürlich ein bisschen spät, wenn Sie jetzt, da das Programm bereits unter Volldampf läuft, kommen und fordern, die Finanzierung über Landesmittel zu sichern. Das ist geradezu ein wenig lächerlich.

Was Ihre Befürchtungen hinsichtlich der Gemeinschaftsaufgabe angeht, so hat es - Herr Klein hat

das bereits deutlich gemacht - in der Regierungszeit der CDU in Bonn eine Kürzung des Volumens der Gemeinschaftsaufgabe um 1 Milliarde DM gegeben.

(Eveslage [CDU]: Darauf kommen wir gleich! - Biestmann [CDU]: Wir sagen Ihnen gleich, warum!)

- Meine Herrschaften, nehmen Sie das doch erst einmal zur Kenntnis. Herr Biestmann hat gesagt, die schlimme Landesregierung habe dann die Ausgleichszulage fallen gelassen. - Warum denn? - Auch das habe ich schon x-mal von dieser Stelle aus erklärt: Weil die Bundesmittel nicht mehr zur Verfügung gestanden haben.

(Biestmann [CDU]: Sie wissen, dass das anders war!)

- Herr Biestmann, irgendwann müssen wir einmal bereit sein, eins und eins zusammenzuzählen und die Grundelemente der Mathematik zu akzeptieren.

(Ehlen [CDU]: Das gilt dann aber für alle!)

- Da die Bundesmittel nicht mehr zur Verfügung gestanden haben, mussten wir entscheiden, ob wir eine Gießkannenförderung machen, wie dies in Bayern der Fall ist - darunter leiden die Bayern heute ganz massiv -,

(Biestmann [CDU]: Die Bayern leiden nie!)

oder ob wir eine Förderung betreiben, die sich an der Wettbewerbsfähigkeit und der Marktgängigkeit unserer Betriebe ausrichtet. Letzteres haben wir getan.

Die Spitzenstellung, die Niedersachsen heute einnimmt, bestätigt, dass wir erfolgreich gewesen sind, meine Damen und Herren! Die Ausgleichszulage ist aufgrund fehlender Bundesmittel fallen gelassen worden. Das ist exakt der Grund, und nichts anderes! Bundesminister Funke hat deutlich gemacht, dass er eine Verstetigung der Gemeinschaftsaufgabe auf Bundesebene erreichen will. Er hat dafür gekämpft. Er hat die Mittel aus der Gasölbetriebsbeihilfe freigeschaufelt und wird die Ansätze des Bundes für die Gemeinschaftsaufgabe in den nächsten Jahren aufstocken können.

Sie können also davon ausgehen, dass das Programm ProLand, das auch Sie unterstützen, durchfinanziert ist. Die Landesmittel stehen! Die Bun-

desmittel stehen! Bitte sagen Sie nichts Gegenteiliges draußen im Lande! Stellen Sie sich mit uns gemeinsam hin, und werben Sie für dieses Programm, das für die Landwirte und für den ländlichen Raum wichtig ist! Wir müssen sehen, dass wir in den nächsten sechs Jahren die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir vom Jahre 2007 an wirklich fit für die Auseinandersetzungen auf den Weltmärkten sind. Das ist eine ernsthafte Aufgabe. Daran können wir gemeinsam arbeiten. Wir sollten aber nicht solche Luftnummern machen wie diese, die Sie heute im Landtag zur Abstimmung bringen wollen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD - Unruhe)

## Vizepräsidentin Litfin:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Geräuschkulisse in diesem hohen Hause ist im Moment sehr hoch. Ich darf Sie bitten, sich mit Zwiegesprächen zurückzuhalten.

Die Fraktion der CDU hat um zusätzliche Redezeit gebeten. Herr Ehlen, ich gewähre Ihnen bis zu drei Minuten.

(Beckmann [SPD]: Der Antrag ist so schlecht, dass man dafür zweimal in die Bütt gehen muss!)

## Ehlen (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hier ist versucht worden, den Eindruck zu erwecken, als hätten wir lediglich eine Luftnummer gezogen, um eine Show abzuziehen. Dahinter steht aber die ernste Sorge, dass hier Versprechungen gemacht werden, die hinterher nicht gehalten werden können. So simpel und einfach ist das.

Meine Damen und Herren, der Herr Minister hat gefordert, einmal eins und eins zusammenzuzählen. Das muss aber auch für ihn gelten. Die GA-Mittel auf Bundesebene sind zu CDU-Regierungszeiten gekürzt worden, weil von den Ländern nicht gegenfinanziert werden konnte.

(Beifall bei der CDU)

Das wollen wir einmal festhalten. Das Land Niedersachsen hat völlig falsche Signale gesetzt. Zum anderen hat das Land deshalb einen so hohen Anteil an EU-Mitteln erhalten, weil wir gerade so

schlechte Strukturen haben. Das wirft ein schlechtes Licht auf unsere Regierung.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Ich möchte nun noch einen anderen Aspekt ansprechen. Es ist doch so - das werden Sie noch merken -, dass dieser Antrag hilft, den Minister gegenüber dem Kabinett zu unterstützen, wenn es darum geht, diesen Part abzusichern. Wir hören mit Freude, wenn er verkündet, dass der Agrarhaushalt letzten Endes in dieser Größenordnung abgesichert werden soll. Herr Minister, es gibt das Sprichwort "Auf dem schmalen Pfade zwischen Druck und Überdruck leistet der Mensch am meisten". Deshalb machen wir von der CDU ein bisschen Druck, damit Sie auch wirklich leisten.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte nun noch auf einen anderen Punkt hinweisen. Wir haben hier eine Verbesserung für den ländlichen Raum, aber die landwirtschaftlichen Betriebe, Herr Minister, geraten unter den Druck der verschiedenen Segmente, die auf die Betriebe einwirken. Friedhelm Biestmann hat das bereits dargelegt. Wenn wir so weiter machen, dass wir fast ausschließlich den Raum, die Betriebe aber nur wenig fördern, dann erreichen wir das Ziel nicht. Obwohl ich für eine Förderung der Wirtschaftswege bin, kann das Ziel nicht darin bestehen, dass die Landwirte, die aus der Produktion aussteigen, nur noch mit dem Fahrrad auf den Wegen fahren. Die sollen mit dem Trecker darauf fahren und ihr Geld verdienen können. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsidentin Litfin:

Der Herr Minister möchte Herrn Ehlen unbedingt noch etwas erwidern.

**Bartels,** Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte drei Anmerkungen machen, weil es wirklich notwendig ist, die Dinge klarzustellen. Die Gemeinschaftsaufgabe ist von Niedersachsen in all den Jahren, in denen wir in Regierungsverantwortung waren, in voller Höhe in Anspruch genommen worden. Wir haben nicht eine einzige Mark verfallen lassen, um das ganz klar zu verdeutlichen. Die Aussage war falsch,

Herr Ehlen. Wir haben keine einzige Mark verfallen lassen.

Wenn Sie auf andere Länder verweisen, dann denken Sie doch bitte auch an die Länder der Südschiene, zum Beispiel an Bayern und Baden-Württemberg, die ein gemeinsames Interesse daran haben, die Gemeinschaftsaufgabe aufzugeben. Sie sollten mit uns gemeinsam gegenhalten, damit das nicht passiert.

Es ist behauptet worden, wir hätten das Geld nur aufgrund der bei uns so schlechten Strukturen bekommen. Mit diesem Argument kann ich gern leben, denn ich weiß: Wenn ich weniger Geld bekommen hätte, wären Sie es gewesen, die von dieser Stelle aus gesagt hätten: Der Bartels hat schlecht verhandelt und zu wenig Geld aus Brüssel mitgebracht.

(Mientus [SPD]: So sind die!)

Das ist also ebenfalls ein Problem, mit dem Sie fertig werden müssen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin - Zuruf von Eveslage [CDU])

- Wir sind sehr stolz darauf, dass wir diese Menge Geldes nach Niedersachsen geholt haben, zumal das die letzte Chance ist, mit einem EUfinanzierten Programm strukturelle Probleme, die wir zweifelsohne im Land haben, anzugehen.

Der letzte Punkt. Auch hier bitte ich, keine Legendenbildung zu betreiben, weil das wirklich ein Problem wäre und bei der Umsetzung des Programms nicht hilfreich wäre.

Es ist tatsächlich so: Das Programm ProLand richtet sich aufgrund der Verordnungen der Europäischen Union an die Landwirtschaft und an den ländlichen Raum. Das sind die beiden Adressaten. Damit ist natürlich auch die Infrastruktur gemeint und muss gefördert werden. Der überwiegende Teil des Geldes von ProLand fließt in die Portemonnaies der niedersächsischen Landwirte. Da beißt keine Maus einen Faden ab. Auch bei allen Umweltprogrammen, die darin enthalten sind, landet die Mark direkt im Portemonnaie des Landwirtes. Also bitte keine Legendenbildung, diese Mittel würden hauptsächlich an anderer Stelle eingesetzt werden! - Herzlichen Dank für Ihre große Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsidentin Litfin:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung, und wir kommen zur Abstimmung.

(Unruhe)

- Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit. Wenn Sie der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in der Drucksache 1527 zustimmen und damit den Antrag den Fraktion der CDU in der Drucksache 1392 neu ablehnen möchten, dann bitte ich um Ihr Handzeichen. - Die Gegenstimmen! - Das erste war die Mehrheit. Damit haben Sie der Beschlussempfehlung des Ausschusses zugestimmt.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 8: Einzige (abschließende) Beratung:

Weiterführung der Landesförderung für die soziale Schuldnerberatung - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/1036 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Sozial- und Gesundheitswesen - Drs. 14/1538

und

Tagesordnungspunkt 9: Zweite Beratung:

a) Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung und zur Änderung anderer Gesetze - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/385 - b) Umsetzung der Insolvenzordnung vereinfachen - Verbraucherinsolvenzverfahren beschleunigen - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/1387 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 14/1565

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit. - Der Antrag der Fraktion der CDU wurde am 15. Oktober 1999 an den Ausschuss für Sozial- und Gesundheitswesen, der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde in der 16. Sitzung am 16. Dezember 1998 und der

Antrag der Fraktion der SPD wurde in der 45. Sitzung am 17. Februar 2000 an den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen zur federführenden Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichterstatter ist der Abgeordnete Hepke, dem ich das Wort erteile.

(Anhaltende Unruhe)

- Meine Damen und Herren, ich darf um Ihre Aufmerksamkeit bitten. Wenn Sie sich unbedingt unterhalten wollen, dann tun Sie es bitte draußen.

#### **Hepke** (SPD), Berichterstatter:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie aus der Beschlussempfehlung in der Drucksache 1565 ersichtlich ist, empfiehlt der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen, den mit "Umsetzung der Insolvenzordnung vereinfachen - Verbraucherinsolvenzverfahren beschleunigen" überschriebenen Antrag der SPD-Fraktion unverändert anzunehmen und den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 385 dadurch für erledigt zu erklären. In diesen Zusammenhang gehört auch der unter Punkt 8 unserer Tagesordnung genannte Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 1036, zu dem Ihnen die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Sozial- und Gesundheitswesen vorliegt. Da hier eine gesonderte Berichterstattung nicht vorgesehen ist, werde ich im Verlauf meiner Ausführungen darauf kurz eingehen.

Zunächst wende ich mich jedoch der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zu und komme zunächst auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu sprechen. Dieser Antrag - er datiert vom 8. Dezember 1998 - ist sozusagen ein Überbleibsel aus den Beratungen des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung. Der Rechtsausschuss hatte diesen Antrag nicht zusammen mit dem Gesetzentwurf zur Entscheidung gestellt, sondern sich darauf verständigt, ihn zu beraten, wenn erste praktische Erfahrungen mit dem Gesetz vorliegen. Dementsprechend hat sich der Rechtsausschuss dann im Laufe des vergangenen Jahres mündlich wie auch schriftlich durch die zuständigen Ressorts der Landesregierung über den Vollzug des Gesetzes und die dabei auftretenden Schwierigkeiten unterrichten lassen.

Ein Problem schien dabei zunächst die finanzielle Sicherstellung der sozialen Schuldnerberatung im Jahre 2000, die der federführend im Sozialausschuss beratene Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 1036 thematisierte. Die Empfehlung des Ausschusses, den Antrag nun für erledigt zu erklären, findet ihre Begründung in dem Umstand, dass die Landesregierung den für 2000 in Rede stehenden Betrag von 700.000 DM Ende des vergangenen Jahres bereitgestellt hat. Insoweit ist der Antrag in der Tat erledigt.

Als wichtige "Schwachpunkte" in der Umsetzung des neuen Insolvenzrechtes haben sich insbesondere die höchst unterschiedliche Entscheidungspraxis der Gerichte bei der Gewährung von Prozesskostenhilfe und die Modalitäten des Restschuldbefreiungsverfahrens erwiesen. Ich kann insoweit auf im Wesentlichen übereinstimmenden Beiträge der Vertreter der Fraktionen in der Plenarsitzung am 17. Februar 2000 verweisen, in der wir den nun zur Annahme empfohlenen Antrag der SPD-Fraktion in erster Beratung erörtert haben.

Die dabei zu Tage getretenen Standpunkte der Fraktionen haben schließlich auch die Antragsberatungen im Ausschuss geprägt. Divergierende Auffassungen gab es dabei weniger in der Beurteilung der Frage, was verbesserungsbedürftig ist, als vielmehr in der Einschätzung der dafür maßgeblichen Gründe. Dementsprechend haben die Vertreter der CDU-Fraktion im Ausschuss auch zu erkennen gegeben, dass sie den Antrag der SPD-Fraktion durchaus mittragen könnten, soweit er etwa Verbesserungen bei der Bewilligung von Prozesskostenhilfe und eine Vereinfachung des Verbraucherinsolvenz- und Restschuldbefreiungsverfahrens zum Ziel habe.

Dass die CDU-Fraktion dem Antrag jedoch schließlich im Ausschuss ihre Zustimmung verweigert hat, liegt in der ihrer Ansicht nach nicht ausreichenden Einbindung des Landes selbst begründet. Angesichts des Umstandes, dass die Insolvenzberatung nun einmal Ländersache sei - so ist ausgeführt worden -, reichten die in dem Antrag der SPD-Fraktion dazu enthaltenen Formulierungen, die im Kern lediglich unverbindliche Absichtserklärungen seien, nicht aus. Zu einer verbindlichen Aussage zur Mitfinanzierung der sozialen Schuldnerberatung durch das Land ab dem Jahre 2001 vermochte sich die Ausschussmehrheit allerdings nicht bereit finden.

So weit in kurzen Anmerkungen der Gang der Beratung im federführenden Ausschuss für Rechtsund Verfassungsfragen. In den mitberatenden Ausschüssen für Haushalt und Finanzen, für Wirtschaft und Verkehr sowie für Sozial- und Gesundheitswesen hat es keine darüber hinausgehenden weiteren Diskussionen gegeben; sie haben sich - ebenfalls mehrheitlich - der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen angeschlossen.

Damit bin ich bereits am Ende meiner Berichterstattung und bitte Sie namens des Ausschusses, seiner Beschlussempfehlung zu folgen, d. h. den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für erledigt zu erklären und den Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 1387 unverändert anzunehmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

# Vizepräsidentin Litfin:

Da mir keine Wortmeldungen vorliegen, schließe ich die Beratung, und wir kommen zur Abstimmung.

(Schröder [GRÜNE] möchte einen Wortmeldezettel zum Präsidium bringen - Unruhe)

- Es tut mir Leid, wir sind in der Abstimmung. - Meine Damen und Herren, ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Sozial- und Gesundheitswesen in der Drucksache 1538 zustimmen will und damit den Antrag der Fraktion der CDU sowie die in die Beratung einbezogene Eingabe 2145 für erledigt erklären möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenstimmen! - Das erste war die Mehrheit. Sie haben also die Ausschussempfehlung beschlossen.

Wir kommen nun zu der Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 9. Wenn Sie der Nr. 1 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechtsund Verfassungsfragen in der Drucksache 1565 zustimmen möchten, dann bitte ich um Ihr Handzeichen. - Die Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Auch hier war das erste die Mehrheit.

Wenn Sie der Nr. 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen in der Drucksache 1565 und damit den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 385 für erledigt erklären möchten, dann bitte ich um Ihr Handzeichen. - Die Gegenstimmen! - Das erste war die Mehrheit. Sie haben also in

vollem Umfang die Ausschussempfehlungen beschlossen.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 10:

Zweite Beratung:

Einsetzung einer Enquete-Kommission "Staatsmodernisierung im Parlament" gemäß § 18 a GOLT - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1302 - Beschlussempfehlung des Ältestenrats - Drs. 14/1596

(Unruhe)

- Vielleicht warten wir wieder einen Moment, bis die Damen und Herren, die hinausgehen möchten, draußen angekommen sind. - Der Antrag wurde in der 42. Sitzung am 27. Januar 2000 an den Ältestenrat zur federführenden Beratung und Berichterstattung überwiesen. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Beratung. Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Althusmann für die CDU-Fraktion. Ich erteile ihm das Wort.

#### Althusmann (CDU):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Grünen beantragen mit der Einsetzung einer Enquete-Kommission einen wichtigen Schritt in Sachen Verwaltungsreform für Niedersachsen. Wir hatten bisher gehofft, sie in diesem Vorhaben unterstützen zu können, zumal wir 1994 schon einmal gefordert hatten, eine Enquete-Kommission "Verwaltungsreform für Niedersachsen" einzusetzen. Wir haben aber in den verschiedenen Beratungen in den Ausschüssen miterleben müssen, dass die SPD-Fraktion in dieser Frage auf Totalblockade geht und an diesem Vorhaben in keiner Weise interessiert ist.

Meine Damen und Herren, am 21. März dieses Jahres unterschreiben die Landesregierung und die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften eine gemeinsame Erklärung zur Staatsmodernisierung.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Dort können Sie in dem Kapitel "Bilanz" nachlesen:

"Rückblickend stimmen sie darin überein, dass in den letzten Jahren erfolgreich das Verständnis für die Notwendigkeit der Reform der Verwaltung entwickelt worden und die Bereitschaft der Beschäftigten zur Mitarbeit gewachsen ist."

Anfang April dieses Jahres, also nur wenige Tage später, wird in einer Zeitschrift der Landesregierung für die Mitarbeiter des Landes eine erste Auswertung der Befragung der Mitarbeiter zum Thema Staatsmodernisierung/Verwaltungsreform in Niedersachsen veröffentlicht. Blicken wir einmal auf die Ergebnisse dieser schönen Umfrage! Mehr als 31 % der Befragten können mit dem Inhalt der Verwaltungsreform nichts anfangen. Nicht einmal 37 % fühlen sich über die Ziele der Verwaltungsreform in Niedersachsen ausreichend informiert. Und nur 27 % können die Ziele der Verwaltungsreform in Niedersachsen erklären.

Meine Damen und Herren, wenn diese Befragung nicht die Bankrotterklärung der Landesregierung in Sachen Verwaltungsreform ist, dann weiß ich wirklich nicht mehr, wohin wir noch kommen wollen.

#### (Beifall bei der CDU)

Sie ist eine niederschmetternde Bilanz von sechs Jahren Verwaltungsreform in Niedersachsen. Die Verwaltungsreform ist im Großen und Ganzen leider Stückwerk geblieben. Es fehlt eine durchgreifende Funktionalreform über alle Aufgabengebiete hinweg: Was ist noch notwendig, und was brauchen wir nicht mehr an staatlicher Vorsorge und staatlicher Bürokratie in Niedersachsen vorzuhalten?

Da schildert uns der Finanzminister dieses Landes vor kurzem noch in tollen Farben, dass wir in Niedersachsen die digitale Signatur einführen, d. h. dass Aktenbearbeitung künftig auch mit einer digitalen Unterschrift möglich sein wird. Gleichzeitig lautet aber der Beschlussvorschlag für eine Kabinettsvorlage vom 15. März dieses Jahres, also von vor wenigen Monaten, dass in Niedersachen zunächst eine Aufgabenerhebung durchzuführen ist, die einen Überblick über die Aufgaben der Landesverwaltung einschließlich deren rechtlicher und organisatorischer Grundlagen sowie der hierfür eingesetzten Finanzmittel verschaffen soll.

Meine Damen und Herren, dass wir uns heute über das Thema Enquete-Kommission für Verwaltungsreform unterhalten und Sie sich nach sechs Jahren selbst in eine Kabinettsvorlage schreiben, Sie müssten sich erst einmal über die Aufgaben der Landesverwaltung in Niedersachsen informieren - viel mehr Beweise brauchen wir nicht dafür, dass vieles von dem tatsächlich Stückwerk ist und Stückwerk bleibt.

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Frau Leuschner - weil Sie dazu ja gleich etwas sagen werden -,

(Frau Leuschner [SPD]: Nein, das wird Herr Lestin tun!)

- noch besser! - es grenzt geradezu an Satire, dass Sie 1996 eine Große Anfrage an die Landesregierung in Sachen Verwaltungsreform gestellt haben - die Antwort kam am 16. April, das ist also gerade einmal vier Jahre her - und darin geschrieben haben: Warum wurden diesem wichtigen Vorhaben nicht zunächst - auch unter Einschaltung externer Gutachter - eine umfassende Analyse des Ist-Zustandes und die Erarbeitung und Diskussion von allgemeinen Empfehlungen und Sollvorschlägen vorangestellt? - Die Landesregierung antwortete damals sinngemäß, dass es solche so genannten Denkfabriken unter Einbeziehung von externem Sachverstand zwar in anderen Bundesländern gegeben habe, dass das ganze Verfahren aber insgesamt zu langwierig sei und dass man sich nicht jahrelang mit einer Enquete-Kommission aufhalten, sondern lieber gleich mit der Verwaltungsreform beginnen wolle.

Meine Damen und Herren, heute haben wir genügend Beispiele dafür, dass der Einsatz einer Enquete-Kommission richtig gewesen wäre. Vielleicht hätten wir dann den Reformarbeitsmarkt, der nicht funktioniert, heute im Griff. Vielleicht hätten wir die Versorgungskosten des Landes heute im Griff. Vielleicht hätten wir die steigenden Personalkosten des Landes inzwischen im Griff. Und vielleicht hätten Sie ein insgesamt schlüssiges Gesamtkonzept für diese wichtigen Fragen der Verwaltungsreform.

Aber was machen Sie? - Sie sperren lieber 1.000 Vollzeiteinheiten in der Landesverwaltung insgesamt, bis hin zu den Finanzämtern, und wundern sich am Ende darüber, dass 400 Millionen DM Steuern, die in den Jahren 1996 und 1998 angefallen sind, nicht eingetrieben werden können. Da wird dann von Verschwendung in Niedersachsen

gesprochen. Vielleicht wäre in einer solchen Enquete-Kommission auch einmal ein Vorschlag in die Richtung diskutiert worden, dass sich die niedersächsischen Finanzämter eben nicht nur mit der Kfz-Steuer aufhalten, die sehr kompliziert zu bearbeiten ist, sondern dass diese Aufgabe von den Landkreisen mit einer sofortigen Abschlagszahlung bei Anmeldung geleistet würde. - Es gibt noch genügend andere Bereiche, in denen wir ein Einsparpotential haben.

Zu guter Letzt noch ein Wort zu Ihrem Fraktionsvorsitzenden. Der schlägt nun auch noch vor, eine Betriebskrankenkasse für Landesbedienstete zu errichten und darüber 10 Millionen DM einzusparen. Wir müssen uns wirklich fragen, ob es nicht sinnvoller gewesen wäre, die Vorschläge, die wir bisher zur Verwaltungsreform in Niedersachsen gemacht haben, umzusetzen - u. a. zu den Kürzungen im Bereich der Beihilfe für Beamte, was eine Einsparung von rund 120 Millionen DM ergeben hätte -, anstatt solche Schnellschüsse ohne Absprache mit irgendjemand hier im Land abzugeben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es wäre sinnvoll gewesen, Sie hätten eine Enquete-Kommission eingesetzt. Jetzt nehmen wir staunend zur Kenntnis, dass Sie für einen anderen Bereich, nämlich für die Parlamentsreform, sehr wohl eine Enquete-Kommission einsetzen wollen, die dann vermutlich die nächsten Jahre arbeiten wird und an deren Ende möglicherweise in zwei, drei Jahren, wahrscheinlich aber erst zur nächsten Legislaturperiode - wir etwas zu dem Thema Parlamentsreform hören. Das müsste eigentlich Ihre Begründung sein.

Wir sind gespannt, wie Sie sich zu dem Widerspruch einlassen wollen, dass Sie auf der einen Seite eine Enquete-Kommission "Parlamentsreform" einsetzen wollen, aber sich auf der anderen Seite bei dem zumindest genauso wichtigen, wenn nicht gar wichtigeren Feld der Verwaltungsreform für Niedersachsen im Sinne einer vernünftigen und durchdachten Funktionalreform keinen Schritt auf uns zu bewegen wollen. Aber daran ist Ihnen offenbar auch überhaupt nicht gelegen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsidentin Litfin:

Für die Grüne-Fraktion spricht der Kollege Hagenah.

# Hagenah (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ablehnung einer Enquete-Kommission zur Staatsmodernisierung im Parlament durch die SPD ist eine verpasste Chance. Die in den Ausschüssen und in der bisherigen Beratung vorgebrachten Argumente gegen unseren Antrag tragen nicht. Niemand kann ernsthaft behaupten, wir wären mit der Staatsmodernisierung schon so weit fortgeschritten, dass es einer zusätzlichen externen Beratung und einer stärkeren Bündelung und Vernetzung der verschiedenen Handlungsstränge nicht bedürfe.

Letztendlich gesteht das der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Plaue, durch seine Presseerklärung von gestern auch selbst ein. Offensichtlich hat er unseren Antrag, der genau die Vernetzung zwischen der Parlamentsreform, der Staatsmodernisierung und den neuen Steuerungsinstrumenten in der Haushaltswirtschaft beinhaltetet, nicht verstanden. Jetzt kommt die SPD plötzlich wie Kai aus der Kiste mit einer eigenen Idee zu einer Enquete-Kommission "Parlamentsreform". Aber das ist nur ein Teilsegment unseres Antrags.

Die Verwaltungsreform und die Einführung der neuen Steuerungsinstrumente laufen heute zu unkoordiniert nebeneinander her. Die Staatsmodernisierung in Niedersachsen ist durch die systemfremde Intervention des neuen Ministerpräsidenten nach unserer Einschätzung ins Stocken geraten. Pauschale Wiederbesetzungssperren sind Gift für die Motivation und die notwendige Vertrauenskultur zwischen Regierung und Beschäftigten in einem laufenden Reformprozess. Wir alle haben doch gehofft, dass die bis zum Jahre 2003 vorgesehene komplette Umstellung der Haushaltsplanung des Landes auf Kosten- und Leistungsrechnung sowie Budgetierung ein großer Schritt zu mehr Effizienz und Transparenz unserer Landesverwaltung werden würde. Angesichts der Erfahrungen aus den ersten Pilotprojekten wird aber deutlich, dass es sogar gegenteilige Auswirkungen gibt. Die pauschalen Budgetbeschlüsse bleiben in ihren Konsequenzen für das Parlament unkontrollierbar - Beispiel: Häfen- und Schifffahrtsverwaltung -, und zum Teil werden Verwaltungsstrukturen im Zuge der Reform nicht flacher, sondern durch umfängliche Höhergruppierungen der Leitungsebenen - Beispiel, Herr Aller: Straßenbauverwaltung - sogar noch steiler.

Eine Forderung aus dem Bereich der Verwaltungsreform ist eine verstärkte Eigenverantwortlichkeit der Mitarbeiter, aber auch der jeweiligen Aufgabenbereiche. Die Bildung der Landesbetriebe führt aber derzeit noch zu oft zu Unübersichtlichkeit und Unkontrollierbarkeit für die Politik. Zumindest für den Haushaltsausschuss sollte bei groben Abweichungen von den gesetzten Budgets ein Sanktionsrecht auch für das laufende Haushaltsjahr geschaffen werden.

Das Budgetprinzip darf auf Dauer nicht zu einem verengten Blick auf die verbleibenden wenigen allgemeinen Staatsaufgaben führen, sondern es muss der gesamte Bereich des staatlichen Handelns im Blickfeld und im Kontrollbereich des Parlaments verbleiben. Sinnvoll können hier auch neue Kooperationen sein, z. B. solche zwischen Parlament und Landesrechnungshof, den wir übrigens gern mit in der Enquete-Kommission gehabt hätten. Der Landesrechnungshof könnte unter veränderten Rahmenbedingungen die Transparenz für uns Parlamentarier wahren, z. B. wenn er neben seinen bisherigen Aufgaben als unabhängiger Prüfer auch als Dienstleister für wirtschaftliches Handeln dem Parlament zur Verfügung stünde.

Mit der Enquete-Kommission hätten wir noch besser als mit den bisherigen Ausschüssen auf der Grundlage der Erfahrungen anderer Parlamente und des aktuellen Wissensstandes aus Forschung und Wissenschaft eine sinnvolle technische Ausstattung und effiziente Instrumente für das Parlament schaffen können, um den widerstreitenden Ansprüchen gerecht zu werden. Es kann doch nicht sein, dass uns die kommunalen Parlamente hier etwas vormachen, indem z. B. die Landeshauptstadt Hannover online mit Laptops die Ratssitzungen abhält und wir hier Papierberge stapeln und die eine Hand nicht weiß, was die andere Hand tut. Da sind wir vorgestrig und brauchen dringend den Anschub auch von außen dahin gehend, uns hier zu modernisieren.

Wir begreifen die Ablehnung durch die SPD als Herausforderung, möglichst viele der von uns mit der Enquete-Kommission angestrebten Effekte hilfsweise in den konventionellen Gremien des Parlaments zu erwirken. Entsprechende Initiativen werden folgen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Litfin:

Für die Fraktion der SPD spricht der Kollege Lestin.

# Lestin (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! "Keine neuen Erkenntnisse", das ist das Fazit aus den Beratungen über den Antrag der Grünen, eine Enquete-Kommission "Staatsmodernisierung im Parlament" einzusetzen, keine neuen Erkenntnisse, die uns von der Notwendigkeit einer solchen Institution überzeugt hätten. Es wird deshalb niemanden überraschen, wenn ich feststelle: Die SPD-Fraktion lehnt die Einsetzung einer Enquete-Kommission ab.

Ich sage das auch vor dem Hintergrund, dass wir selbst 1997/98 der Meinung waren, eine solche Institution könnte uns bei der Bewältigung der Aufgaben der Staatsmodernisierung helfen, dass wir diesen Gedanken aber schon damals schnell wieder verworfen haben, und zwar mit der gleichen Begründung wie heute. Dabei hätte man damals in manchen Punkten vielleicht noch offene Türen eingerannt, während Sie mit Ihrem Antrag jetzt ein bisschen spät dran sind; denn inzwischen sind wir zwei Jahre weiter.

Den ganzen Sachverhalt habe ich bereits bei der ersten Beratung ausführlich dargelegt. Auch die Gründe dafür, dass wir die Notwendigkeit einer Enquete-Kommission jetzt nicht mehr sehen, habe ich bei der Einbringung dargelegt, werde aber im Einzelnen darauf noch eingehen.

Im Übrigen gibt es offenbar eine Kette von Forderungen nach Enquete-Kommissionen: CDU 1994, SPD mit der Idee 1997/98, Grüne 1999.

(Hagenah (GRÜNE): SPD 2000!)

- Nein, 2000 eben nicht! - Bevor der vorliegende Antrag auf den Tisch kam, gab es also schon zwei Versuche, die beide nicht zum Ziel geführt haben und das zu Zeitpunkten, zu denen in Zielrichtung und Verfahren manches noch unklar war. Es haben aber die Gesichtspunkte überwogen, die dafür sprachen, nicht Kommissionen einzusetzen, sondern mit der Arbeit zu beginnen.

Jetzt, im Jahre 2000, zu einem Zeitpunkt, zu dem wir auf dem Weg weit vorangeschritten sind, grundlegende Bestimmungen längst getroffen sind und erste Erfolge sichtbar werden, sollen wir nun den Fortgang stoppen und ein Beratungsgremium

bilden, das, besetzt mit sechs Parlamentariern und fünf externen Mitgliedern, neben den zuständigen Ausschüssen des Parlaments arbeiten soll.

(Zurufe von der SPD)

- Eben. Nichts anderes als ein Stoppen würde dies bedeuten.

(Althusmann [CDU]: Das könnte parallel laufen!)

- Ich komme darauf, Herr Althusmann.

(Zurufe - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

In dem Antrag heißt es: "Die Sachverständigen werden im Einvernehmen der Fraktionen benannt." Die meisten von Ihnen sind erfahrene Parlamentarier, die sehr viel mehr Erfahrung haben als ich. Sie werden eine Vermutung darüber haben, wie lange so etwas dauern wird. Das wäre ein Gremium, das sich dann erst konstituieren, Ziele und Methoden der Arbeit beraten und beschließen müsste, um dann nach langer Arbeit zu Ergebnissen zu kommen, die selbstverständlich nicht sofort umgesetzt werden könnten; denn die Frage ist doch: Wer hat denn zu entscheiden? Doch nicht die Kommission; denn das wäre gerade die Entmachtung des Parlaments, die einige offenbar so fürchten.

Nach der Vorlage des Kommissionsberichts würde die parlamentarische Behandlung beginnen. Das wäre dann die Phase, in der wir uns bereits seit Jahren befinden. Auch das zeigt, wie unzeitgemäß dieser Antrag ist.

Aber noch eine Frage: Wann würde die Enquete-Kommission wohl die sachliche Arbeit aufnehmen können? - Ich sage das alles ohne Häme, aber die Erfahrung zeigt ganz einfach, dass so etwas furchtbar lange dauert. Dabei ist auch kein böser Wille unterstellt, sondern es sind einfach die Reibungsverluste, die dabei auftreten.

(Althusmann [CDU]: Dann wird das mit der Parlamentsreform auch so lange dauern!)

In dem Antrag heißt es weiter: "Die Enquete-Kommission legt bis zum 31. März 2002 ihren Abschlussbericht vor." Die Fragen sind: Was soll in den zwei Jahren bis dahin im Sinne von Staatsmodernisierung passieren? Was passiert bis dahin mit der Landeshaushaltsordnung? Stillstand? - Das

können wir uns nicht leisten, und das wollen wir uns auch nicht zumuten, nachdem wir auf unserem Wege so weit fortgeschritten sind. Die Staatsmodernisierung in Niedersachsen ist kräftig vorangeschritten, und mit den Ergebnissen können wir uns im Ländervergleich sehen lassen.

Nun werden Sie vielleicht sagen - Herr Althusmann hat es schon eingeworfen -, die Arbeit der Kommission solle selbstverständlich prozessbegleitend erfolgen. Aber sagen Sie bitte: Wann würde diese Prozessbegleitung beginnen können?

(Althusmann [CDU]: Morgen!)

Vor dem 31. März 2002?

(Althusmann [CDU]: Morgen!)

Sicherlich nicht.

Was bisher in Sachen Verwaltungsreform und Staatsmodernisierung gelaufen ist, hat Herr Althusmann als planloses, konzeptionsloses und orientierungsloses - loser geht es nicht - Drauflosreformieren, als politischen Aktionismus bezeichnet.

(Althusmann [CDU]: Das habe ich gar nicht gesagt!)

Für mich zeugt eher dieser Antrag von politischem Aktionismus.

(Althusmann [CDU]: Sie zitieren aus dem Ausschuss!)

- Eben nicht, Herr Althusmann. Das war nicht aus dem Ausschuss, sondern das war aus Ihrer öffentlichen Rede im Januar vor dem Landtag.

(Althusmann [CDU]: Ach so! Jetzt habe ich es verstanden!)

Die zitierte Aussage widerspricht außerdem eindeutig dem, was ich als Mitglied im Ausschuss für Verwaltungsreform erlebe. Dort gibt es selbstverständlich Kontroversen, aber überwiegend konstruktive Arbeit mit gemeinsam erarbeiteten Grundsatzpapieren. Eine solch vernichtende Kritik, wie oben zitiert, habe ich dort im Ausschuss in dieser Form noch nicht gehört,

(Althusmann [CDU]: Oh doch!)

jedenfalls nicht, bevor der Antrag, der ja nicht von Ihnen stammt, eingebracht wurde. Erst danach konnten wir so etwas hören, was ich hier aber nicht erwähnen darf, wie Sie richtig sagten.

Solche Erkenntnisse werden offenbar nur dem Plenum offenbart, wie im Januar 2000.

(Althusmann [CDU]: Das stimmt nicht!)

Die Frage ist: Sind wir ohne Enquete-Kommission ratlos? – Nein. Die Zuständigkeit für die Vorbereitung und Durchführung liegt bei der Landesregierung. Dort sitzen die Fachleute mit Erfahrung. Diese Fachleute sind auch in der Lage, sich externen Rat einzuholen, wenn es denn nötig ist, und dass sich solche Notwendigkeit immer wieder ergibt, dürfte wohl selbstverständlich sein. Zuständig für die notwendigen Beratungen und Vorbereitungen sind die beiden zuständigen Ausschüsse für Verwaltungsreform sowie für Haushalt und Finanzen, und eingebunden in die Entscheidungsprozesse sind Landesrechnungshof und GBD. Wir hatten da schon spannende Diskussionen.

Eine sachgerechte Unterstützung unserer Arbeit seitens der Administration haben wir zu erwarten und müssen wir nicht erst einfordern. Sie ist uns ausdrücklich zugesagt, zuletzt wieder im Januar 2000 vom Finanzminister.

Meine Redezeit ist zu Ende. Ich muss mir die weiteren Bemerkungen zur Sache sparen.

(Althusmann [CDU]: Wirklich schade!)

- Es tut mir auch ganz furchtbar Leid.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir wollen keine Zeitverzögerung, sondern am Begonnenen weiterarbeiten, Einsparpotentiale so schnell wie möglich nutzen, unseren Bürgern eine dienstleistungsorientierte Verwaltung bieten, Vorreiter bleiben auf dem Wege zur Verwaltungsreform und Staatsmodernisierung und wollen darum keine Verzögerung im Prozess.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Litfin:**

Für die Landesregierung spricht der Minister Aller.

## **Aller,** Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich darf daran erinnern, dass wir bei der ersten Bera-

tung den sehr engen Zusammenhang zwischen diesem Antrag und dem Gesetzentwurf der Landesregierung zur Landeshaushaltsordnung gehabt haben. Das ist bei den beiden Oppositionsrednern eben etwas untergegangen.

Ich will wiederholen, dass seinerzeit sehr klar erkennbar war, dass es hierbei um etwas ganz anderes ging als schwerpunktmäßig das Thema Enquete-Kommission. Offensichtlich hat die Oppositionsfraktionen überrascht, dass seit über zwei Jahren die Landesverwaltung und der Landtag mit seinen Ausschüssen - insbesondere bei den Haushaltsberatungen - mit wichtigen Instrumenten arbeiten, in den Ausschüssen diskutiert wird und letztendlich auch auf der Basis dieser Ergebnisse die Haushaltsberatungen durchgeführt wurden. Ich erinnere nur daran, dass wir die Frage von Zielvereinbarungen seit Jahren nicht nur diskutieren, sondern das in der Endphase auch zu Ergebnissen geführt hat, dass wir die Kosten- und Leistungsrechnungen in Teilen der Landesverwaltung nicht nur diskutiert, sondern durch die Vorarbeiten praktisch umgesetzt haben, dass wir die Budgetierung in vielen Bereichen der Landesverwaltung - insbesondere im Hochschulbereich - eingeführt haben und im Begriff sind, alle Hochschulen in Niedersachsen zu budgetieren.

Was hier mit der Enquete-Kommission durch die Hintertür wieder eingeführt werden soll, ist nichts anderes als eine Verschleppungsstrategie - so muss ich das werten - nach dem Motto: Die Verwaltungsreform in Niedersachsen darf nicht gelingen, weil sie ein Zentralprojekt dieser Landesregierung ist. - Das ist die Botschaft, die ich da heraushöre.

#### (Beifall bei der SPD)

Sie müssen sich nun als Opposition entscheiden, ob Sie bei der Reform der Verwaltung in Niedersachsen mitmachen oder ob Sie sich abseits stellen. Die Antwort ist längst gegeben, und der Kollege Lestin hat eben darauf hingewiesen: In den Ausschüssen arbeiten Sie konstruktiv mit genau im Sinne dessen, was wir als Landesregierung als eine Strategie entwickeln, die sich sehr konsequent an die Erfahrungen aus der Privatwirtschaft anlehnt, wie wir es immer fordern. Wir führen Kosten- und Leistungsrechnungen ein, wir zielen ab auf Budgetierung, und wir wollen letztendlich auch Controlling haben.

Unterm Strich kommt dabei zweierlei heraus: Zum einen hat die Landesregierung mit ihren nachgeordneten Dienststellen viel bessere Instrumente in der Hand, sich unter Beteiligung der Beschäftigten selbst zu organisieren, und zum anderen hat der Landtag ganz andere Einsichten in die Sachverhalte, weil er ja teilhat an diesen Instrumenten; die sind ja kein Selbstzweck. Da Sie offensichtlich nicht dazu bereit sind, das auch öffentlich zu akzeptieren, muss ich sagen, dass ich relativ gelassen bin, was diese beiden Themenschwerpunkte "Diskussion über eine Enquete-Kommission zu diesem Themenkomplex" und praktische Arbeit, die schon längst geleistet wird - auch mit Blick auf den Haushalt 2001 -, angeht.

Es kann Ihnen ja nicht ganz entgangen sein, dass wir im Haushaltsaufstellungserlass zum Haushalt 2001 die Zielvereinbarungen zur Personalwirtschaft als Auftrag an die Häuser gegeben haben. Ich kann Ihnen vielleicht als Vorweginformation sagen, dass das mit allen Ressorts auf der Basis dieser Zielvorgaben ausgehandelt ist. Es kann Ihnen auch nicht verborgen geblieben sein, dass Budgetierung ein Instrument ist, um das Arbeitsvolumen und das Volumen der entsprechenden Finanzen festzulegen. Das haben wir in vielen Bereichen längst erledigt. Das wird auch so praktiziert, angewandt und verstanden. Es gibt überhaupt keinen Bedarf mehr für begleitende Diskussionen durch Außenstehende.

Zusammengefasst befürchte ich also fast, dass das, was Sie hier veranstalten, eher das Alibi für Ihre passive Haltung gegenüber der Verwaltungsreform in Niedersachsen sein soll, um zu gegebener Zeit auf diesen Diskussionsprozess hinzuweisen nach dem Motto: Wir haben es immer besser gewusst, die Regierung hat es nur nicht geschafft.

Ich will Ihnen an zwei, drei Beispielen noch einmal deutlich machen, wie sich dieser Prozess entwickelt. Er läuft nicht überall, in jedem Ressort und in jeder nachgeordneten Behörde gleichzeitig und parallel ab. Das kann gar nicht sein. Wir haben Schwerpunkte gebildet, und so werden die Erfahrungen jeweils in einem Schneeballsystem weiterentwickelt. Sie wissen - das ist publiziert und diskutiert -, dass wir in der Finanzverwaltung mit dem Projekt 2003 einen Prozess eingeleitet haben, Herr Hagenah, in dem genau das stattfindet, was Sie sich wünschen, aber ohne Enquete-Kommission. Es ist ein offener Diskussionsprozess mit Externen, die Kunden der Finanzverwaltung sind, unter Beteiligung des Landesrechnungshofes,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

aufbauend auf den Ergebnissen der Außenprüfungen durch den Rechnungshof.

Nimmt man das zusammen, ist es wohl angezeigt, diesen Antrag heute abzulehnen, wohlweislich aber auch schon darauf hinzuweisen, das, was wir mit der Landeshaushaltsordnung als Basis für unsere Reformbestrebungen zu verabschieden haben, nicht aus dem Auge zu verlieren. Dafür werbe ich um breite Zustimmung. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsidentin Litfin:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung.

Wenn Sie der Beschlussempfehlung des Ältestenrates in der Drucksache 1596 zustimmen und damit den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 1302 ablehnen möchten, dann bitte ich um Ihr Handzeichen. – Gegenstimmen? – Das Erste war die Mehrheit. Sie haben die Beschlussempfehlung des Ältestenrates akzeptiert.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 11: Einzige (abschließende) Beratung:

## Verfassungsgerichtliche Verfahren

I. Verfassungsbeschwerde 1. des Landkreises Diepholz und 2. - 7. andere gegen das Niedersächsische Finanzverteilungsgesetz - NFVG - vom 12.03.1999 (Nds. GVBl. S. 79) und gegen einzelne Bestimmungen des NFAG-ÄndG vom 12.03.1999 (Nds. GVBl. S. 74) und eine Vorschrift des NFAG i. d. F. der Neubekanntmachung vom 26.05.1999 (Nds. GVBl. S. 116) - StGH 6/99 - II. Verfassungsbeschwerde 1. der Stadt Cuxhaven und 2. - 10. andere gegen das Nieder-

haven und 2. - 10. andere gegen das Niedersächsische Finanzverteilungsgesetz - NFVG - vom 12.03.1999 (Nds. GVBl. S. 79), das NFAG-ÄndG vom 12.03.1999 (Nds. GVBl. S. 74), das NFAG i. d. F. der Neubekanntmachung vom 26.05.1999 (Nds. GVBl. S. 116) sowie Art. 1 Nr. 7 und Art. 2 Nr. 1 des Haushaltsbegleitgesetzes 1999 vom 21.01.1999 (Nds. GVBl. S. 10) - StGH 7/99 -

III. Normenkontrollantrag der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag gegen das Niedersächsische Finanzverteilungsgesetz - NFVG - vom 12.03.1999 (Nds. GVBl. S. 79) und gegen das NFAG-ÄndG vom 12.03.1999 (Nds. GVBl. S. 74) sowie das NFAG i. d. F. der Neubekanntmachung vom 26.05.1999 (Nds. GVBl. S. 116) - StGH 8/99 -

IV. Verfassungsbeschwerde 1. der Stadt Dissen a.T.W. und 2. - 8. andere gegen das Niedersächsische Finanzverteilungsgesetz -NFVG - vom 12.03.1999 (Nds. GVBl. S. 79) und gegen das NFAG-ÄndG vom 12.03.1999 (Nds. GVBl. S. 74) sowie das NFAG i. d. F. der Neubekanntmachung vom 26.05.1999 GVB1. S. 116) - StGH 9/99 -(Nds. V. Verfassungsbeschwerde 1. der Landeshauptstadt Hannover, 2. der Stadt Göttingen, 3. der Stadt Hildesheim gegen einzelne Bestimmungen des NFAG-ÄndG vom 12.03.1999 (Nds. GVBl. S. 74) - StGH 1/00 -- Schreiben des Präsidenten des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs vom 14.01.2000 -Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 14/1597

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen. Die Fraktionen waren sich darüber einig, dass über diesen Punkt ohne Aussprache abgestimmt wird. – Dagegen erhebt sich Widerspruch. Der Kollege Möllring aus der Fraktion der CDU hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

## Möllring (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es sind ja dankenswerterweise fünf Minuten für diesen Punkt vorgesehen. Es ist wohl einmalig, dass der Landtag ein Gesetz beschlossen hat, das Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich, welches er anschließend gleich mit einer Kommission versehen hat. Diese Kommission hatte den Auftrag, die Verfassungsgemäßheit dieses Finanzausgleichsgesetzes in der Zukunft herzustellen. Wir müssen feststellen, dass dieses Land seit acht Jahren immer mit verfassungswidrigen Gesetzen über den kommunalen Finanzausgleich lebt und jetzt wieder eine ganz erhebliche Gruppe von Kommunen, Gemeinden und Landkreisen, aber auch die CDU-Fraktion dieses Gesetz vor dem Staatsgerichtshof angegriffen haben und eigentlich alle davon ausgehen, dass dieses Gesetz wieder keinen Bestand haben wird.

Es ist eigentlich kein Ruhmesblatt für diesen Landtag, dass er es in acht Jahren nicht hinbekommen hat, den kommunalen Finanzausgleich endlich einmal verfassungsgemäß zu machen; denn die Kommunen haben Anspruch darauf, mit einer Sicherheit der Finanzierung rechnen zu können und damit ihre Arbeit zu machen. Trotzdem werden wir nicht von der Übung des Rechtsausschusses abweichen, hier keine Stellungnahme abzugeben. Wir werden diesem Vorschlag zustimmen. Aber diese paar Grundsatzbemerkungen wollten wir dann doch gemacht haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsidentin Litfin:

Auch die SPD-Fraktion möchte Redezeit beanspruchen. Kollege Möhrmann, bitte!

## Möhrmann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Zuruf von der SPD: Frau Präsidentin!)

- Entschuldigung. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seitdem den Kommunen in Niedersachsen das Recht eröffnet worden ist, das Finanzausgleichsgesetz zu beklagen, ist davon Gebrauch gemacht worden.

(Möllring [CDU]: Das gab es vorher auch schon!)

Wir wissen aus den Ergebnissen, dass das zum Teil zur Zufriedenheit der Kläger ausgefallen ist, zum Teil aber auch nicht. Ich kann im Gegensatz zum Herrn Kollegen Möllring nicht erkennen, dass gerade das zuletzt beschlossene Gesetz in der Form tatsächlich verfassungswidrig ist, weil sich in vielen Einzelfällen gezeigt hat, dass es so reagiert, wie es der Gesetzgeber gewollt hat, nämlich dass in den Situationen, in denen es den Kommunen nicht so gut geht, der finanzielle Ausgleich durch das Land erfolgt,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

und in anderen Situationen eben nicht.

Von daher sind wir völlig anderer Auffassung als der Kollege Möllring. Ich finde es auch bedauerlich, dass entgegen der Absprache, hier nicht zu reden, doch noch die Chance genutzt wird, eine einseitige Position darzustellen. Deswegen diese kurze Replik. - Vielen Dank.

## Vizepräsidentin Litfin:

Kollege Möhrmann, der Kollege Schünemann möchte Ihnen eine Frage stellen. Wollen Sie das noch zulassen? - Nein.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass wir jetzt zur Abstimmung kommen können. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen in der Drucksache 1597 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Beschlussempfehlung akzeptiert worden.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 12:

Erste Beratung:

**Ausreichende Versorgung der Patientinnen und Patienten mit Heilmitteln** - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/1545

Der Antrag wird eingebracht durch den Kollegen Schwarz.

## Schwarz (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit ungefähr September 1999 erreichen uns wiederholt Botschaften, dass im Bereich der Krankengymnasten, der Masseure, der Ergotherapeuten und der Logopäden erhebliche Praxiseinbrüche zu verzeichnen sind. Es wird von Umsatzrückgängen von bis zu 80 % gesprochen. Das bedeutet natürlich auch - anders ist das nicht zu erklären -, dass offensichtlich in großem Stil Patientinnen und Patienten die Verordnungen verweigert werden. Wir haben uns im Fachausschuss wiederholt mit Petitionen auseinander zu setzen gehabt und sind davon ausgegangen, dass das eigentlich ein Thema ist, das vorübergehender Natur ist, und dass sich die Situation bis Ende des vergangenen Jahres wieder hätte einspielen müssen. Wir mussten dann aber zur Kenntnis nehmen, dass sich die Situation im ersten Quartal 2000 weiter erheblich verschärft hat. Wir haben viele Einzelbeispiele von Patientinnen und Patienten als Petitionen erhalten, in denen geschildert wurde, dass in wirklich sehr gravierenden Fällen die medizinisch notwendige Verordnung verweigert worden ist.

Wir von der SPD-Fraktion haben am 3. April, kurz vor den Osterferien, eine Anhörung durchgeführt

und uns noch einmal ausgiebig von allen Seiten zu dem Thema unterrichten lassen. Nach unserer Auffassung stellten sich die Situation und das Problem wie folgt dar: Wir haben im Lande Niedersachsen ein Arznei- und Heilmittelbudget in einer Größenordnung von 3,7 Milliarden DM. Allein für den Heilmittelbereich 526 Millionen DM zur Verfügung. Das sind gegenüber 1998 36 Millionen DM mehr. Wenn man das Gesamtbudget betrachtet, dann ist das gegenüber 1998 eine Steigerung von immerhin 10 %. Das heißt, dass ein Ausgabeproblem eigentlich nicht entstehen kann. Um ein Ausgabeproblem kann es sich hierbei nicht handeln.

Die wiederholte Aussage, es gebe in diesem Bereich eine Rationierung, ist angesichts der zur Verfügung stehenden Mittel jedenfalls durch nichts zu belegen und auch durch nichts gerechtfertigt. Im Gegenteil: Was die Arznei- und Heilmittelausgaben pro Kopf in Niedersachsen mit rund 560 DM betrifft, so stehen wir unter den Flächenländern an der Spitze. Medizinisch ist dieser Fakt auch nur schwer zu begründen. Also gibt es hier anscheinend andere Ursachen.

Eine wesentliche Ursache für die Situation sind die von der Kassenärztlichen Vereinigung und den Krankenkassen in Niedersachsen so genannten Richtgrößen, wie sie dort vereinbart worden sind. Es gibt kein Bundesland, in dem etwas Vergleichbares geschehen ist. Das Budget ist durch diese beiden Vertragspartner um 29 % abgesenkt worden - ich sage netto, weil es brutto 37,4 % sind. Ob das böswillig oder naiv gewesen ist, weiß ich nicht, aber eines von beidem war es. Diese Absenkung hatte die Wirkung - dies muss man der Fairness gegenüber den Ärzten halber zugeben -, dass selbst die Ärzte, die das Budget einhalten, in Niedersachsen durch Ihre KV und die Krankenkassen in den potentiellen Regress getrieben werden. Das ist eine Situation, die niemand haben will und niemand gutheißen kann. Insofern ist hier dringender Handlungsbedarf gegeben.

Das zweite Problem ist die sehr merkwürdige Informationspolitik seitens der Kassenärztlichen Vereinigung gegenüber den Ärzten. Die deutliche Zusage und Aussage, es gebe praxisspezifische Besonderheiten wie Logopädie und Ergotherapie, die zumindest dem persönlichen Budget nicht angelastet würden, kommt bei den Ärzten nicht an, und dies führt dazu, dass die Verordnungen in diesen beiden Bereichen, die insbesondere in der

Kindermedizin von besonderer Bedeutung sind, schlichtweg nicht erfolgen.

Der dritte Punkt ist der so genannte potentielle Regress, der den Ärzten inform eines Schnellbriefes auf einer DIN A 4-Seite mitgeteilt wird. Wer von Ihnen einen solchen Brief einmal gesehen hat, dem ist die Schocksituation, die dieser Brief auslöst, verständlich. Wenn man auf der Basis unsicherer Daten von einer Hochrechnung erfährt, aus der hervorgeht, dass man sein Budget im letzten Quartal um 15.000, 20.000 oder 50.000 DM überzogen hat, und dabei erstens außer Acht lässt, dass Praxisbesonderheiten herauszurechnen sind, und zweitens außer Acht lässt, dass es sich um ein Jahresbudget und nicht um ein Quartalbudget handelt, und wenn man die Überschreitung auch noch bezogen auf jeden einzelnen Patienten mitteilt, dann provoziert man natürlich auch, dass die Ärzte diese Informationen an ihre Patienten weitergeben und sagen, dass für den einen oder anderen nur 5,60 DM zur Verfügung stehen und sie keine Massage verschreiben könnten, weil diese nun einmal 25 DM kostet. - Das ist eine Form der ärztlichen Informationspolitik innerhalb dieses Berufsstandes, die ich für unverantwortlich halte. um es einmal freundlich auszudrücken.

Das vierte Problem, das ich eben schon einmal angerissen haben, ist die völlig unzureichende Datenlage. Das hat etwas mit dem System im Gesundheitswesen zu tun. Die Ärzte kriegen Meldungen auf der Basis von Hochrechnungen, die wiederum auf Daten basieren, die bis zu neun Monate alt sind. Die Daten sind hinsichtlich des Verordnungsverhaltens überhaupt nicht aktuell. Auch dieser Missstand führt zu erheblichen Problemen.

Der fünfte Punkt ist die Entwicklung der Leistungsanbieter. An dieser Stelle will ich deutlich sagen, dass es das Ziel der Politik sein muss, für eine vernünftige medizinische Versorgung dort zu sorgen, wo es medizinisch angezeigt ist. Das Ziel der Politik kann es nicht sein, eine Berufsausübungsgarantie zu geben, verbunden mit einem soliden und guten sechsstelligen Jahreseinkommen. Das ist auch nicht die Aufgabe der gesetzlichen Krankenversicherung.

Wir reden also auch darüber, dass wir im Bereich der Physiotherapeuten allein von 1996 bis zum Jahre 2000 eine Steigerung der Anbieter von sage und schreibe 18 % verzeichnet haben, also von 3.500 auf 4.100 Anbieter, dass wir im Bereich der

Logopäden eine Steigerung von 17 % und im Bereich der Ergotherapeuten eine Steigerung von 190 % verzeichnen. Eine ähnliche Situation stellt sich uns auch bei den Leistungsanbietern der Ärzte dar. Ich sage hier sehr deutlich: Der Kuchen ist nur einmal zu verteilen. Er ist so zu verteilen, dass diejenigen ihn bekommen, die ihn benötigen. Von daher ist auch die ausufernde Zahl von Leistungsanbietern im Gesundheitswesen ein Punkt, der auf Dauer wohl nicht akzeptiert werden kann.

Es gibt die weitere interessante Situation, dass wir die größten Schwierigkeiten nicht etwa im gesamten Land haben, sondern sich diese Schwierigkeiten im Lande differenziert darstellen. Ich nenne insoweit nur die Bereiche Göttingen/Südniedersachsen und Oldenburg. Hier muss man natürlich nach den Ursachen fragen. Es gibt mehrere Erklärungen bzw. Verdachtsmomente dafür. Es gibt den einen deutlichen Hinweis, dass wir es mit einem massiven Verteilungskampf zu tun haben. Wir haben zweitens offensichtlich zur Kenntnis zu nehmen, dass einige Ärzte ihr Verordnungsverhalten oder -nichtverhalten offensichtlich als politisches Kampfinstrument gegen die jetzige Bundesregierung verstehen. Anders ist z. B. die Kampagne der Kinderärzte in Südniedersachsen, die ich als unmoralisch und ganz schlimm empfinde, nicht mehr zu erklären.

#### (Beifall bei der SPD)

Anscheinend haben wir es auch mit Wahlkampf zu tun, aber mit einem anderen Wahlkampf als dem, den wir darunter vermeintlich verstehen. Wir haben es zu tun mit einem Wahlkampf innerhalb der Kassenärztlichen Vereinigung um die Nachfolgeregelung des Herrn Dr. Strahl. Auch deshalb tun sich hier einige KV-Bezirke besonders hervor, wenn es darum geht, ihre Ärzte gegen die Patienten zu positionieren. Dieses Verhalten kann man jedenfalls anders kaum noch deuten. Ich meine, dass man seinen innerbetrieblichen Wahlkampf auch anders führen kann und ihn anders führen muss als auf den Rücken von Patientinnen und Patienten.

(Zustimmung von Elsner-Solar [SPD])

Es gibt anscheinend auch deutliche Ablenkungsmanöver hinsichtlich der Notwendigkeit wirtschaftlicher Verordnungsweisen. Die können natürlich nicht außer Kraft gesetzt werden, weil überall dort, wo es medizinisch notwendig ist, ein Rechtsanspruch besteht. Nur es darf keine Gefäl-

ligkeitsverordnungen geben. Wer sich einmal die Statistik über die Situation im Lande anschaut, der kann schon Verdachtsmomente hegen, dass es diese gibt.

Meine Damen und Herren, ich habe im Übrigen den Eindruck, dass auch die Manövriermasse, Heilmittel gegen Arzneimittel auszuspielen, in einigen Praxen eingesetzt wird, weil das Arzneimittelbudget deutlich überschritten wird, während im Heilmittelbereich unter Missachtung der medizinischen Notwendigkeit offensichtlich deutlich gespart wird.

Wir haben auch Briefe bekommen, in denen von Patienten darauf aufmerksam gemacht wird - auch das finde ich problematisch -, dass Ärzte zwischenzeitlich in ihren Praxen physiotherapeutische Leistungen abgeben. Es mag sein, dass man dies nicht verhindern kann. Aber wir haben unter Namensnennung der Ärzte erfahren, dass beispielsweise gesagt wurde: Lieber Patient, wenn Sie diese krankengymnastische Behandlung nicht in meiner Praxis durchführen lassen, gebe ich Ihnen die Verordnung nicht. Das ist kein Einzelfall. Auch dies sind Auswüchse im Gesundheitswesen, die wohl niemand von uns politisch akzeptieren kann. Hier müssen wir gemeinsam deutlich gegenhalten.

Das sind die Ergebnisse der Anhörung. Der Entschließungsantrag, den wir Ihnen heute vorlegen, fordert zu folgenden Konsequenzen auf:

Erstens. Da es nicht ihr originärer Aufgabenbereich ist, bitten wir die Ministerin, im Rahmen einer Moderation das Gespräch mit den Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung zu führen, um noch einmal aufzuklären, welche Verwerfungen es im Jahre 1999 gegeben hat und welche Folgerungen hieraus für das Jahr 2000 zu ziehen sind. Wir haben Mai, und es gibt für das Jahr 2000 keine Richtgrößenvereinbarung. Dies verunsichert natürlich weiter.

Unsere Bitte an Frau Merk lautet also - ich weiß, Frau Merk hat dies zwischenzeitlich terminiert -, schnellstens das Gespräch mit diesen beiden Partnern, die sich häufig mehr als Kontrahenten verstehen, zu suchen und hier im Interesse der Patienten zu helfen.

Zweitens sind wir der Auffassung, dass das sektorale Budget möglichst schnell durch ein Globalbudget abgelöst werden muss, um eine bessere Manövriermasse zu haben.

Drittens. Wir sind bei der Frage der Regresse der Auffassung, dass die Zahlen vom ersten und zweiten Quartal 1999 nicht eingerechnet werden können, weil die rechtliche Grundlage erst ab dem dritten Quartal 1999 gilt. Auch das würde die potentielle Regresssituation erheblich verändern, und zwar in diesem Falle zugunsten der Ärzte.

Viertens. Solange wir keine Globalbudgets haben, fordern wir eine Trennung des Arznei- und des Heilmittelbudgets, damit Heilmittel nicht gegen Medikamente und umgekehrt ausgespielt werden können und damit das Verordnungsverhalten entsprechend ausgerichtet wird, so wie ich das eben vorgetragen habe.

Fünftens. Wir sind der Auffassung, dass an die Stelle der Richtgrößen Praxisbudgets treten sollten. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch gleich sagen: Wir halten die im Bundesgesetz vorgesehene Kollektivhaftung a) für nicht durchsetzbar und b) auch für falsch.

(Frau Pawelski [CDU]: Ja!)

Wenn sich ein Arzt in seinem Verordnungsverhalten wirklich wirtschaftlich und patientenorientiert verhält und sein Budget nicht ausschöpft, kann es nicht sein, dass er dafür bestraft wird, dass sein Kollege auf Gedeih und Verderb verordnet. Dies ist systemwidrig. Deshalb halten wir es für wesentlich sinnvoller, zu sagen: Er erhält ein Praxisbudget, mit dem er auskommen muss. Aber ich sage genauso deutlich: Kommt er damit nicht aus, hat er, da das Budget nicht reduziert, sondern aufgestockt ist, ein Regressproblem, und zwar ein Einzelregressproblem.

(Frau Pawelski [CDU]: Nur, dann hat er es eben selbst!)

- Dann hat er es eben selbst. Insofern bitten wir hier auch um eine Korrektur des Bundesgesetzes.

Zu den Richtgrößen habe ich bereits etwas gesagt. Wir stellen uns vor, dass diese für 2000 schnellstens vereinbart werden und dass die Praxisbesonderheiten, die im Nachhinein herausgerechnet werden, schon von vornherein berücksichtigt werden. Denn auch dies führt zu erheblicher Verunsicherung.

Unsere abschließende Bitte ist, dass bei diesen Verhandlungen die Heilmittelerbringer mit am Tisch sitzen müssen, damit sie ihre Position mit einbringen können; denn sie haben substantiell eine Menge dazu beizutragen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch einmal sagen: Wir haben dieses Problem in den letzten sechs Monaten im Fachausschuss sehr häufig sehr einvernehmlich diskutiert. Ich glaube, was diese Punkte betrifft, sind wir auch nicht auseinander. Ich hoffe, dass hier schnell eine Lösung gefunden werden kann. Im Vordergrund hat der Patient zu stehen, nicht die Interessen von Standesorganisationen. Ich hoffe, dass dies mit dem Entschließungsantrag zusätzlich untermauert werden kann.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Herr Kollege Schwarz. - Meine Damen und Herren, nächste Rednerin ist die Kollegin Pawelski. Bitte sehr, Frau Pawelski!

#### Frau Pawelski (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Ich sehe schon im Vorfeld eine große Übereinstimmung zu diesem Thema. Das ist gut, weil dies ein sehr wichtiges Thema ist. Kranken Menschen dürfen notwendige medizinische Hilfeleistungen nicht vorenthalten werden. Dies ist ein Grundsatz unseres Sozialstaates, meine Damen und Herren. Wir haben und wir wollen kein britisches System, in dem nach Nützlichkeiten oder nach ökonomischen Kriterien abgewogen wird, ob z. B. ein alter Mensch noch eine künstliche Hüfte, einen Herzschrittmacher, einen Bypass oder sonstiges erhält. Solche Verordnungen wollen wir nicht. Deshalb gibt es bei uns grundsätzlich einen Rechtsanspruch auf die Versorgung mit notwendigen Heilmitteln.

Aber, meine Damen und Herren, wir alle wissen, dass es zahlreiche Klagen von Patientinnen und Patienten gibt, denen Heil- und auch Hilfsmittel nicht mehr verschrieben worden sind. Vor allem in den Bereichen Physio-, Logo- und Ergotherapien ist es zu dramatischen Rückgängen bei den Verordnungen gekommen, insbesondere in West- und Südniedersachsen. Betroffen sind nicht nur die Patientinnen und Patienten, sondern auch zahlreiche Leistungserbringer, die sich Sorgen um die Zukunft ihrer Praxis und damit natürlich auch um die Zukunft ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen. Da gibt es eine große Unsicherheit.

Es gibt bereits viel zu den Ursachen zu sagen. Wir haben im Ausschuss hierüber gesprochen. Auch Sie, Herr Schwarz, haben eben vieles dazu gesagt. Ich möchte das nicht alles wiederholen. Die Aushandlung der Richtgrößenvereinbarung ist in erster Linie eine Sache der Selbstverwaltung, also der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen und der gesetzlichen Krankenversicherung. Aber weil es hier um die Wahrung eines so wichtigen Rechtsanspruchs geht, müssen Sie, Frau Ministerin, als Aufsichtsministerin eine Vermittlerrolle übernehmen. Wir haben gehört, dass Sie inzwischen Gespräche mit der KVN und mit den Kassen geführt haben. Ich hoffe, dass der Weg, den Sie eingeschlagen haben, zum Erfolg führt. Sie müssen aber - diesen Rat möchte ich Ihnen geben - von Anfang an klarmachen, dass Sie bereit sind, alle Ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um den Rechtsanspruch zu wahren und seine Durchsetzung zu erreichen. Hierbei haben Sie unsere Unterstützung.

Ich begrüße es, dass die KVN und die GKV in Niedersachsen die Bereitschaft signalisiert haben, Probleme nach Möglichkeit im Einvernehmen zu regeln. Meine Damen und Herren, ich sage das so deutlich, weil dies nicht selbstverständlich ist. Wir kennen ja den Streit zwischen den Zahnärzten und den Krankenkassen. Das sollte sich hier nicht wiederholen. Es ist also gut, dass es ein Einvernehmen gibt. Trotzdem muss man deutlich sagen: Jeder Vertragsarzt ist verpflichtet, die medizinisch notwendigen Verordnungen vorzunehmen. Eine Verweigerung von Leistungen gerade gegenüber Schwerkranken ist nicht zu verantworten, und diese werden wir auch nicht hinnehmen.

In den letzten Monaten haben wir eine unverantwortliche Auseinandersetzung um das Arznei-, Verband- und Heilmittelbudget von Vertragsärzten und anderen Leistungserbringern erlebt, die auf dem Rücken der Patientinnen und Patienten ausgetragen wurde. Das darf sich nicht wiederholen. Die KVN hat sich inzwischen bereit erklärt, die offensichtlichen Informationsdefizite bei vielen Ärzten, von denen Sie, Herr Schwarz, auch schon gesprochen haben, z. B. hinsichtlich der Möglichkeit, Praxisbesonderheiten in Anspruch zu nehmen, zu beseitigen. Logo- und Ergotherapie sind problemlos von den Krankenkassen und Kassenärztlichen Vereinigungen als Praxisbesonderheiten anerkannt worden. Da gibt es keine Probleme. Hierbei dürfte es auch keine Probleme geben. Sie sind also künstlich, hausgemacht. Die Ärzte müssen nur darüber informiert sein, und - das muss

man auch sagen - sie müssen diese Information dann auch zur Kenntnis nehmen und dementsprechend umsetzen.

Der vorliegende Antrag enthält einige Vorschläge, um das Problem in Zukunft zu vermeiden. Ich glaube, wir sind uns in vielen Punkten fraktions- übergreifend einig. Die Landesregierung ist gefordert, sich zunächst moderierend und vermittelnd einzumischen, aber - Frau Ministerin, ich sage es noch einmal - das Instrument rechtsaufsichtlicher Ausnahmen stets bereitzuhalten.

Meine Damen und Herren, es ist schon bemerkenswert, dass die SPD nunmehr von sich aus vorschlägt, auf praxisbezogene Wirtschaftlichkeitsprüfungen und individuelle Regresse für die ersten beiden Quartale des Jahres 1999 ganz oder teilweise zu verzichten. Ich bin mir nicht sicher, was Frau Pothmer als Grüne nachher dazu sagen wird, zumal Bundesministerin Fischer die Möglichkeit der Regresse als ein politisches Druckmittel gegenüber den Ärzten verstanden hat. Sie hat das immer deutlich gemacht. Wir jedenfalls unterstützen die Forderung der SPD-Fraktion.

Nicht mittragen werden wir - das ist allgemein bekannt; da sage ich Ihnen nichts Neues - die Forderung, ein Globalbudget einzuführen.

(Frau Elsner-Solar [SPD]: Das ist aber schade!)

Wir haben an dieser Stelle und auch im Ausschuss oft darüber diskutiert, dass dieser Weg, den wir selber einmal eingeschlagen hatten, nicht hilfreich ist. Die CDU-Länder haben dies im Bundesrat abgelehnt. Ich finde, wir sollten die Schlachten von gestern nicht noch einmal schlagen. Das ist Schnee von gestern. Schlagen auch Sie einen anderen Weg, einen richtigen Weg ein.

Hingegen halte ich eine Trennung von Arznei- und Heilmittelbudget, die auch Sie, Herr Schwarz, hier schon vorgeschlagen haben, für sehr überlegenswert - das ist richtig -, damit das Eine nicht auf dem Rücken der Anderen ausgetragen wird. Darüber sollten wir im Ausschuss auch mit den betroffenen Fachverbänden noch eingehend beraten.

Offen sind wir auch gegenüber jedem Versuch und Vorschlag, der das höchst fragwürdige Instrument der Kollektivhaftung der Ärzteschaft abschafft. Wir können darauf verzichten. Auch hier gibt es, glaube ich, eine große Übereinstimmung. Wir wollen das nicht. Das verunsichert die Ärzte.

Natürlich ist es richtig, die Datenlage zu verbessern, um den Ärztinnen und Ärzten ein wirksames Steuerungsinstrument an die Hand zu geben. Ich appelliere aber an die Ärzteschaft und die Krankenkassen, sich die Verantwortung für die offensichtlich schlechte Dateninformation nicht immer gegenseitig in die Schuhe zu schieben, wie dies zurzeit ja passiert. Jeder sagt, der andere sei Schuld. Ich bin der Meinung, dass hier mit etwas gutem Willen ein klärender Prozess zu führen ist. Letztendlich ziehen wir ja alle an einem Strang, auch die Ärzte, auch die KVN und die Krankenkassen.

Auch wir fordern die KVN auf, ihre Mitglieder umfassend und klar über die Richtgrößenvereinbarung zu informieren, damit es bei den Ärzten nicht weiterhin zu Schockreaktionen kommen kann, die dann wiederum zu einer massiven Verunsicherung der Patientinnen und Patienten führen. Dazu gehört allerdings auch, dass die bisherige Art und Weise der Richtgrößen-Frühinformation abgeschafft wird; denn diese hat bei vielen Ärztinnen und Ärzten nur zur Verwirrung führen können und manche geradezu zu Panikreaktionen verleitet. Hier muss ein anderes Verfahren gewählt werden, um die Ärzte vor Ort über ein angemessenes Verordnungsverhalten zu informieren.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass wir nach der großen Aufmerksamkeit, die dieses Thema in den letzten Wochen und Monaten erzielt hat, auf einem Weg sind, Verunsicherung und Missverständnisse abzubauen, und dass Schluss ist mit Fehlinformationen; denn die schaden nur. Es ist verständlich, dass es unterschiedliche Interessen im Gesundheitswesen gibt. Die muss es auch geben. Im Niedersächsischen Landtag - darüber bin ich sehr froh - sind wir uns darin einig, dass die Form der Auseinandersetzung nicht zulasten der Patientinnen und Patienten gehen darf. Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Frau Kollegin Pawelski. - Als nächste Rednerin hat sich Frau Kollegin Pothmer gemeldet.

# Frau Pothmer (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Schwarz hat bereits darauf hingewiesen, dass es obwohl das Arznei- und Heilmittelbudget jetzt noch einmal um 36 Millionen DM angehoben worden ist - bei der Verordnung von Heilmitteln erhebliche Einbrüche - wenn auch regional sehr unterschiedlich - gegeben hat. Das hat - auch das hat Herr Schwarz schon deutlich gemacht - etwas mit den niedersächsischen Besonderheiten zu tun. Das hat etwas mit dem 29-prozentigen Abschlag zu tun, den die Kassenärztliche Vereinigung und die Krankenkassen miteinander verabredet haben. Viele Ärzte hatten den Eindruck, als sei die Richtgröße, die nicht auf 100 % des Budgets berechnet worden ist, sondern nur auf 71 %, identisch mit dem Budget. Das hat zu erheblichen Verunsicherungen geführt, die auch Fehlsteuerungen nach sich gezogen haben. Insgesamt deutet alles darauf hin, dass die Probleme, die wir in Niedersachsen haben - ich will hier noch einmal ganz ausdrücklich sagen: in dem Umfang nur hier in Niedersachsen -, nicht etwa das Ergebnis eines zu engen Budgets sind, sondern das Ergebnis der Vereinbarung, die Kassenärztliche Vereinigung und Krankenkassen miteinander getroffen haben.

Weil das so ist, haben wir sehr früh damit begonnen, die Ministerin aufzufordern, sich mit den Verantwortlichen an einen Tisch zu setzen und diese zu drängen, diese Fehler zu korrigieren und dafür Sorge zu tragen, dass die Patientinnen und Patienten tatsächlich ausreichend versorgt werden. Ich muss ganz ehrlich gestehen, dass ich mit Blick auf den Punkt 1 des Antrags ein bisschen überrascht bin, dass er zu diesem Zeitpunkt noch kommt; denn die Ministerin hatte bereits presseöffentlich angekündigt, dass sie genau dieses tun werde. Nachfragen im Sozialausschuss haben noch einmal bestätigt, dass Termine angesetzt sind. Aber, Herr Schwarz, wenn Sie bzw. die SPD der Auffassung sind, dass wir hier mithilfe eines Entschließungsantrages noch ein bisschen nachsetzen sollen, dann bin ich gern bereit, dies hier noch einmal mit zu beschließen. Sie haben letztlich die kürzeren Drähte ins Ministerium und wissen vielleicht besser als wir, wo noch ein bisschen Druck ausgeübt werden muss, meine Damen und Herren.

Was allerdings die Punkte 2 und 3 des Antrags angeht, so habe ich da noch einen erheblichen Diskussionsbedarf. Unter Punkt 2 des SPD-Antrags wird angeregt, die Regresszahlungen zumindest für die ersten beiden Quartale auszusetzen. Es ist richtig, die Richtgrößenvereinbarungen sind sozusagen rückwirkend in Kraft getreten, was meiner Meinung nach ein Problem ist. Das Budget galt aber über das gesamte Jahr, was auch bekannt

war. Das Budget ist ja der Parameter für die Regresszahlungen.

(Schwarz [SPD]: Das ist falsch! Beim Einzelregress ist es die Richtgröße!)

- Nein. Die Richtgröße ist zwar der Parameter für das Einsetzen der ersten Prüfungen. Regresszahlungen selbst werden aber nie auf der Grundlage von Richtgrößen vorgenommen. Weil das so ist, bin ich der Meinung, dass wir in Bezug auf eine weitere Amnestie hinsichtlich von Regresszahlungen vorsichtig sein sollten. Darüber sollten wir noch einmal ausführlich diskutieren. Wenn wir das ein zweites Mal machen - Sie wissen, dass wir es in Niedersachsen schon einmal gemacht haben -, dann ist das, glaube ich, bald ein sehr stumpfes Schwert, sodass wir dieses Instrument dann überhaupt nicht mehr nutzen können.

Unter dem dritten Punkt in Ihrem Antrag geht es um die Budgets und hier insbesondere darum, die sektoralen Budgets durch ein Globalbudget abzulösen. Diesen Punkt halte ich für hoch widersprüchlich. Zum Einen fordern Sie dazu auf, das Globalbudget einzusetzen, andererseits sagen Sie aber: Wir wollen das Arznei- und Heilmittelbudget ganz strikt trennen. Das leuchtet mir überhaupt nicht ein; denn damit schränken Sie die Flexibilisierung, die wir in diesem Bereich zum Teil noch haben, noch weiter ein. Wenn Sie hier sagen "bis wir das Globalbudget haben, wollen wir die Sektorierung weiter vorantreiben", scheint mir das überhaupt nicht plausibel zu sein. Ich kann zwar verstehen, dass sich die Heilmittelerbringer aufgrund der Probleme, die wir in Niedersachsen haben, ihren Teil des Kuchens sichern müssen. Dafür habe ich Verständnis. Dieses Kästchendenken führt doch aber genau zu der Erstarrung und der Einschränkung, die Sie in Ihrer Begründung meiner Meinung nach zu Recht kritisieren. Wenn wir diesen Weg der weiteren Aufspaltung noch weiter gehen, dann ist die Gefahr sehr groß, dass demnächst auch andere Berufsgruppen kommen und wir immer kleinteiligere Budgets bekommen. Ich glaube nicht, dass das ein Weg ist, der uns voranbringt. Deshalb bin ich sehr skeptisch und würde darüber im Ausschuss sehr gern noch einmal dis-

Was Sie unter Punkt 4 in Ihrem Antrag vorschlagen, halte ich für gut. Ich finde es schade, dass wir an der Stelle nur mit Appellen arbeiten können. Natürlich ist es richtig, die Kassenärztliche Vereinigung und die Krankenkassen aufzufordern, die

Fehler, die sie in der Vergangenheit gemacht haben und inzwischen auch selbst als solche definieren, nicht zu wiederholen. Es ist dringend notwendig, endlich das Budget 2000 zu verabreden. Ich finde es auch gut, dass die Heilmittelerbringer und -erbringerinnen, bevor die Budgets verabredet werden, dazu gehört werden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

# Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Frau Pothmer. - Herr Kollege Schwarz, Sie haben noch einmal ums Wort gebeten.

## Schwarz (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich wollte nur noch einmal eines klar stellen, Frau Pothmer: Der Einzelregress hängt von der Überschreitung der Richtgröße ab. Im Gesetz steht: Wenn die Richtgröße um mehr als 25 % überschritten wird, kommt der Einzelregress zum Tragen. - Ich sage dies jetzt einmal mit meinen Worten. Die Richtgröße ist eine Hilfsgröße, die dort konstruiert worden ist, die aber genau zu diesem Problem führt. Das führt ja dazu, dass die Ärzte ihren potentiellen Regressbescheid bekommen haben, weil sie ihre Richtgröße überschritten haben, obwohl das Budget lange nicht erreicht ist.

Zweitens ein Wort zur Kollektivhaftung. Herr Dr. Strahl - um das einmal deutlich zu sagen - macht ja kein Hehl daraus, dass er die Kollektivhaftung verhindern wollte. Die Kollektivhaftung kommt bei einer fünfprozentigen Überschreitung des Budgets zum Tragen, bzw. dann setzt eine Prüfung ein. Deshalb sage ich: Wenn eine Richtgröße so abgesenkt wird, dass Ärzte automatisch in den Einzelregress getrieben werden, dann ist das Ziel der Richtgröße, sie als Hilfsgröße anzunehmen und zu steuern, absolut verfehlt. Insofern bitte ich zu unterscheiden, warum das so formuliert worden ist.

Zweitens zur Frage des Globalbudgets. Ich sage es noch einmal: Ich halte das Globalbudget für ein Steuerungsinstrument. Darüber kann man sich austauschen und unterschiedlicher Auffassung sein. Aber solange es das Globalbudget nicht gibt, müssen Heilmittel und Arzneimittel getrennt werden. Wir haben die schizophrene Situation, dass es auf der Landesebene ein gemeinsames Arznei- und Heilmittelbudget gibt - hier führen wir es zusammen -, aber bei dem einzelnen Arzt wird es nach

unten weggebrochen. Das heißt, der Arzt bekommt die Mitteilung, dass er ein Heilmittelbudget in der Größe X hat - wenn er das überschreitet, hat er ein Problem -, und dass er ein Arzneimittelbudget in der Größe X hat. Deshalb bin ich schon lange der Auffassung, dass man es entweder konsequent machen und auch nach unten mitteilen sollte, dass es ein gemeinsames Budget gibt, das man auch so betrachten sollte, oder aber man trennt es auf beiden Ebenen - auf Landesebene und auf der Ebene des Arztes.

Hier wird der Eindruck erweckt, als gebe es Richtgrößen und Budgets für einzelne Patienten - das ist sowieso dummes Zeug -, und es wird dann auch noch der Eindruck erweckt, das gebe es auch noch möglichst für einzelne Indikationen.

Ich meine schon, hier muss eine klare Linie ins System. Deshalb die Aufforderung: Solange es kein Globalbudget gibt, muss man Arznei und Heilmittel durchgängig von oben nach unten trennen.

(Beifall bei der SPD - Frau Pothmer [GRÜNE]: Hat meine Fraktion noch Redezeit?)

#### Vizepräsidentin Goede:

Sie hat keine Redezeit mehr. - Aber Herr Dr. Winn, Sie haben um das Wort gebeten, und Sie haben auch noch Redezeit.

#### Dr. Winn (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Grundübel ist das Budget überhaupt.

(Beifall bei der CDU - Frau Schliepack [CDU]: So ist es! Das ist so!)

Denn jedes Budget ist leistungsfeindlich, Herr Schwarz; das einmal ganz grundsätzlich. Das war zwar eine späte Einsicht von Herrn Seehofer, aber er hat es immerhin eingesehen. Er konnte es nur leider nicht mehr korrigieren, weil seine Amtszeit nicht länger dauerte.

Das Problem, über das wir reden, ist tatsächlich die mangelnde Datenlage. Der Auftrag, der im Gesetz steht, die Daten zeitnah zur Verfügung zu stellen - nämlich von den Krankenkassen -, wird nicht erfüllt. Das ist das Grundproblem.

Die Frühinformation der KV ist sicherlich völlig daran vorbeigegangen, was man damit beabsichtigt

hat. Es war als Hilfswerkzeug gedacht. Das ist in die ganz falsche Richtung geschlagen. Aber dass die Krankenkassen ihrem gesetzlichen Auftrag nicht nachkommen, ist eigentlich nicht hinnehmbar.

Wenn hier von Regressen gesprochen wird, muss auch klargestellt werden, dass es gar kein Regress ist. Denn der Arzt hat persönlich gar nichts bekommen, was er wieder hergeben kann. Das ist eine pure Strafzahlung, die vom Arzt auch nach Steuern zu entrichten ist. So muss man das sehen.

(Zustimmung von Frau Schliepack [CDU])

Es ist auch keine Amnestie. Wir sind doch nicht strafrechtlich verurteilt worden. Was ist das denn für ein Sprachgebrauch? - Ich bin gespannt und wäre froh, wenn wir endlich einmal einen Prozess dagegen führen könnten; denn die Kollektivhaftung steht nämlich im Gesetz. Wir werden den ersten Pathologen zur Klage führen, der zunächst einmal sagen müsste, wie viele Rezepte er überhaupt verschrieben hat. Das wird eine sehr interessante Auseinandersetzung werden.

Ich meine, wir müssen uns ein klein wenig über die Gegebenheiten klar werden. Das Übel liegt tatsächlich in der Bundesgesetzgebung. Es wäre nur klug, wenn man auf das Instrument der Strafzahlung vom Grundsatz her verzichten würde.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Goede:**

Danke schön. - Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung. Wenn Sie diesen Antrag an den Ausschuss für Sozialund Gesundheitswesen überweisen wollen, dann bitte ich um Ihr Handzeichen. - Möchte jemand dagegen stimmen? - Das ist nicht der Fall. -Stimmenthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. -Dann haben Sie so beschlossen.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 13:

Erste Beratung:

Anreizsystem für eine umweltfreundliche und sichere Seeschifffahrt vor Niedersachsens Küste - Antrag der Fraktion der SPD -Drs. 14/1573

Wir kommen zur Einbringung. Dazu hat sich der Kollege Adam gemeldet. Bitte schön, Herr Adam!

## Adam (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! "Raue Sitten auf See - Wie werden die Weltmeere weniger verschmutzt? Für umweltfreundliche Schiffe die Hafengebühren senken!" - So ist ein Bericht in der "Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" vom 3. März dieses Jahres überschrieben.

In dem Bericht wird angeführt, dass auf den Weltmeeren immer mehr Schiffe fahren und dass man sich die Frage stellen muss, wie Umweltschäden wirksam verhindert werden können.

Hamburg meint - so wird in diesem Bericht zitiert - einen Weg gefunden zu haben:

"'Wir wollen Betreibern umweltfreundlicher und sicherer Schiffe Rabatte bei den Hafengebühren gewähren', erklärte der Hamburger Umweltsenator Alexander Porschke sein Konzept."

Sein Konzept sieht so aus, dass es sich nach Hamburger Meinung lohnt, von einem Bonus-Malus-System zu sprechen und umweltfreundliche Schiffe mit weniger Hafengebühren zu belasten.

Auch die niedersächsischen Häfen werden jährlich von einigen hundert Schiffen aller Größenordnungen mit unterschiedlichen Ladungen angelaufen, meine Damen und Herren. Besonders Wilhelmshaven als Deutschlands größter Ölumschlagsplatz wird als einziger Tiefwasserhafen von den größten Tankern der Welt mit über 200.000 t angelaufen.

Die Zahl der insgesamt in den niedersächsischen Seehäfen abzufertigenden Seeschiffe wird immer größer und immer diffiziler. Aber auch auf den Weltmeeren fahren immer mehr Schiffe.

Um den stark wachsenden globalen Schiffverkehr in Zukunft wirksam eindämmen zu können, sind verschiedene Häfen im In- und Ausland dazu übergegangen, mit einem ökonomischen Anreizsystem bei den Hafengebühren umweltfreundlichen Schiffen das Anlaufen zu erleichtern und gleichzeitig die Meere vor Umweltschäden zu schützen.

Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir Überlegungen unterstützen, die das Ziel haben, Betreibern von umweltfreundlichen und sicheren Schiffen Rabatte bei den Hafengebühren zu gewähren. Gleichzeitig sollen potentiell umweltschädigende Schiffe mit erhöhten Gebühren belastet werden. Wie Hamburg meinen wir, dass auch Niedersachsen über ein Bonus-Malus-System nachdenken sollte.

Die zunehmende Ausflaggung der Handelsflotte in Billigländer ist mit einem Verfall bei den Umweltund Sicherheitsstandards einhergegangen, meine Damen und Herren. So fuhr der am 12. Dezember letzten Jahres vor der bretonischen Küste zerbrochene Tanker "Erika" unter maltesischer Flagge. Eigentümer ist eine griechische Reedereigesellschaft. Verwalterin ist eine italienische Firma. Gechartert war das Schiff von einer französischen Ölgesellschaft über einen englischen Makler, der dafür eine indische Besatzung anheuerte. - Das, meine Damen und Herren, zeigt uns, wie gefährlich die Tendenz der Aufflaggung doch sein kann.

Ein solches wohl kalkuliertes Gestrüpp von Gesellschaften und Zuständigkeiten erschwert es nicht zuletzt den Justizbehörden, die Verantwortlichen dingfest zu machen. Solche verwickelten Rechtsverhältnisse scheinen auf den Meeren gang und gäbe zu sein.

Ich habe mir von der Wasserschutzpolizei Wilhelmshaven die Zahlen der Verstöße geben lassen, die - nur auf dem Jade-Revier - im Jahr 1999 durch die Wasserschutzpolizei geahndet wurden. Die Zahlen sehen so aus, dass die Wasserschutzpolizei bei 213 Seeschiffen Gesetzesverstöße bearbeiten musste. Ich halte das für eine gravierende Zahl - nur in einem Revier, meine Damen und Herren. Insgesamt sah es so aus, dass 183 Fälle intensiv untersucht wurden.

Vorstehende Daten und Zahlen zeigen mir, dass die Entscheidungsfindung dazu dienen muss, dass bei der Berechnung von Hafengebühren zwischen positiv und negativ unterschieden werden muss.

Wirklich schwere Verstöße, die ein Auslauf- oder Weiterfahrverbot für Schiffe nach sich ziehen, wurden von der Wasserschutzpolizei Wilhelmshaven in sieben Fällen geahndet. Nun kann man sagen: Sieben Fälle sind ja nicht allzu viel. Aber ein Schiffsunglück ist schon ein Schiffsunglück zu viel. Deshalb halte ich sieben für eine alarmierende Zahl für ein Revier.

Ich meine, dass wir darüber nachdenken müssen, ob es nicht sinnvoll wäre, die Schiffsregistrierung in Saint Malo - also in Frankreich - durch die Behörden abzufragen. Denn in Saint Malo werden alle Schiffe erfasst, die im Rahmen der Hafenstaatenkontrolle europaweit - einschließlich Nordafrika - mit erheblichen Mängeln auffällig wurden und die oft in den Polizeistatistiken nicht auftauchen.

Auf diesen Rechner in Saint Malo hat die See-Berufsgenossenschaft als deutsches Exekutivorgan der Hafenstaatenkontrolle Zugriffsbefugnis. Vielleicht müssen wir diese Möglichkeiten mehr als bisher nutzen.

Mit unserem Antrag wollen wir einen schnelleren Weg zum maritimen Umweltschutz suchen und umweltschonende Investitionen wie doppelte Schiffsböden oder abgasmindernde Katalysatoren rentierlich machen.

#### (Zuruf von Biel [SPD])

Meine Damen und Herren, das, was wir für Niedersachsen anzudenken empfehlen, wird in Rotterdam praktiziert, wird in Hamburg angedacht und ist, was Abgasqualität angeht, in den schwedischen Häfen inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden.

Wir sind uns aber auch darüber klar, dass dieser Antrag als Denkanstoß zu sehen ist, als Denkanstoß auch für gemeinsame europäische Initiativen; denn wir wollen über die ökologische Schiffsausstattung und Betriebsweise der niedersächsischen Häfen nachdenken, ohne dass im Ergebnis unsere Häfen einen Wettbewerbsnachteil gegenüber konkurrierenden Häfen erleiden. Wir meinen allerdings auch, dass die IMO-Richtlinien betreffend Sicherheitsstandards und Umweltstandards für alle Häfen in Deutschland, im europäischen Ausland und darüber hinaus bindend sein müssen.

Was in anderen Häfen richtig ist, meine Damen und Herren, kann in den niedersächsischen Häfen nicht verkehrt sein; denn Investitionen in umweltfreundliche und sichere Schiffe rentieren sich für die Reeder, und das Rabattsystem kann aus der Sicht der Hafenbetreiber kostenneutral gestaltet werden. Lassen Sie uns deshalb über ein Anreizsystem für eine umweltfreundliche und sichere Schifffahrt auch vor unserer Küste und in unseren Häfen nachdenken und nach Lösungsmöglichkeiten suchen. Dabei sage ich noch einmal: Es geht nicht nur um Lösungen für Niedersachsen; wir brauchen europaweit gemeinsame Lösungen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, Zustimmung bei der CDU und Zustimmung von Klein [GRÜNE])

#### Vizepräsidentin Goede:

Herr Dr. Biester, Sie sind der nächste Redner.

#### **Dr. Biester** (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wer wollte wohl eine Forderung nicht mittragen, die da lautet, den Schiffsverkehr noch sicherer und noch umweltfreundlicher zu gestalten? - Der beabsichtigte Zweck des vorliegenden Antrags der SPD-Fraktion kann daher eigentlich gar nicht streitig sein. Fragwürdiger scheint mir das gewählte Mittel zu sein. Darüber wird man diskutieren müssen. Insofern bin ich dankbar dafür, dass der Kollege Adam klargestellt hat, dass dieser Antrag ausdrücklich als Denkanstoß gemeint ist.

Dabei gehen wir von zwei vermeintlich gegensätzlichen Feststellungen aus. Wir haben einmal eine Globalisierung des Welthandels festzustellen. Die Öffnung des osteuropäischen Markts führt dazu, dass eine deutliche Zunahme des weltweiten Schiffsverkehrs zu verzeichnen ist. Dennoch - das ist die zweite Feststellung - sind die Frachtraten für die Reeder keineswegs immer auskömmlich; im Gegenteil: Wer wirtschaftlich überleben will, muss mit jeder Mark Betriebskosten sehr spitz kalkulieren. So stoßen wir immer wieder auf den gleichen Konflikt, wie er im Antrag beschrieben wird und wie ihn auch der Kollege Adam dargestellt hat, nämlich: Wir suchen nach den politischen Vorgaben, um den Schiffsverkehr so sicher und so umweltfreundlich - jetzt kommt der entscheidende Einschub - wie unter vernünftigen Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten vertretbar zu gestalten. Ob wir über den Schiffsanstrich, über die Vorschriften der Schiffsbesetzungsverordnung, über Besatzungsstärken, die Vorschriften über die Ausbildung der Besatzungsmitglieder, die Frage der Entsorgung des Schiffsmülls, Fragen der Behandlung von Bilgenabwässern, die technische Ausstattung der Schiffe, die Wartung der Schiffe, die Lotsenannahmepflicht oder darüber diskutieren, wie und mit welchen Kosten der Lotse an Bord gebracht werden soll - alles das sind sicherheits- und umweltrelevante Aspekte, aber auch Kostenfaktoren.

Der Antrag schweigt darüber, welche Standards denn nun bei den Hafengebühren zugrunde gelegt werden sollen. Er schweigt auch völlig über die beabsichtigte Spreizung der Hafengebühren, darüber, welche Gebühren das umweltfreundliche Schiff im Vergleich zu dem weniger umweltfreundlichen Schiff bezahlen soll. Der Antrag beschränkt sich stattdessen auf einen Arbeitsauftrag an die Landesregierung. Wir haben natürlich nichts dagegen, wenn die Landesregierung arbeitet. Wir werden also das Ergebnis abwarten, um dann das Thema inhaltlich und konkret und nicht nur abstrakt, wie das bei diesem Antrag nur möglich ist, zu diskutieren.

Der Antrag lässt aber eines erkennen, nämlich - so habe jedenfalls ich den Antrag gelesen -, dass die Antrag stellende SPD-Fraktion bereit zu sein scheint, auch einen niedersächsischen Alleingang zu unternehmen. Dies allerdings halten wir für ausgesprochen bedenklich.

(Adam [SPD]: Das habe ich ausgeschlossen!)

- Ja, das soll nach dem Wortbeitrag ausgeschlossen sein, aber dann müssten wir den Antrag sicherlich gemeinsam umformulieren. Im ersten Spiegelstrich des Antrags heißt es, dass die Landesregierung ein entsprechendes Konzept erarbeiten soll, und im zweiten Spiegelstrich heißt es, dass die Landesregierung alternativ prüfen soll, ob das nicht bundesweit gemacht werden kann. Das ist also alternativ, und das schließt einen niedersächsischen Alleingang gerade nicht aus. Wenn hier tatsächlich ein niedersächsischer Alleingang ins Auge gefasst wird, dann haben wir ganz erhebliche Bedenken, und die will ich gern einmal zu artikulieren versuchen.

Mir hat einmal ein Marineoffizier erzählt, dass die Bundesmarine sehr frühzeitig sehr weit reichende Vorschriften dazu erließ, wie auf ihren Schiffen Schiffsmüll umweltbewusst behandelt, an Land gebracht und dort entsorgt werden muss. Die Besatzungen der Marineschiffe sind dann auch so verfahren. Sie stellten fest, dass ihr gesammelter und vorsortierter Schiffsmüll in Häfen anderer europäischer Staaten angenommen, dann direkt auf einen Kutter verladen und zurück aufs Meer zwecks dortiger - in Anführungszeichen - Entsorgung verbracht wurde.

Dieses Beispiel soll zeigen, dass Alleingänge nichts bringen. Wer sicheren und umweltfreundlichen Schiffsverkehr auf den Weltmeeren im Auge hat, muss entsprechend global denken und handeln, muss also im internationalen Bereich tätig werden, wo es mit der IMO ja auch eine Einrichtung gibt, die sich gerade diesen Fragenkreisen international widmet.

Wer einen nationalen Alleingang erwägt, kommt bereits in ein gefährliches Fahrwasser, stehen doch die deutschen Häfen in einem scharfen Wettbewerb, insbesondere auch mit dem europäischen Ausland. Wer einen niedersächsischen Alleingang zu gehen bereit wäre, bescherte den niedersächsischen Häfen Wettbewerbsnachteile, die dem Bemühen, diesen Häfen im nationalen und internationalen Wettbewerb zu helfen, völlig zuwiderliefen. Das, meinen wir, geschähe auch ohne Not.

Was wäre das denn auch für eine Politik? - Hier gründet der niedersächsische Minister für Wirtschaft und Verkehr mit pressewirksamer Begleitung eine Port Promotion Agency zwecks professioneller Vermarktung der niedersächsischen Häfen auf nationaler und internationaler Ebene, und dort sollen wir die Vermarktungschancen durch einen niedersächsischen Alleingang bei der Gestaltung der Hafengebühren erschweren?

Eines können wir doch sicherlich feststellen - das kann nicht ernsthaft streitig sein -: Keine Hafengebühr kann so hoch sein, dass sich allein deswegen die technische Aufrüstung eines Schiffs betriebswirtschaftlich rechnet, ohne zugleich Wettbewerbsnachteile für den Hafenstandort zu bringen. Entweder ist die Gebühr zu niedrig und bringt nicht den gewünschten Erfolg - dann ist das Ganze eine Alibiveranstaltung -, oder die Gebühr ist so hoch, dass sich eine Investition betriebswirtschaftlich rechnete, der Reeder aber verstärkt nach Ausweichhäfen sucht - bei einem niedersächsischen Alleingang wird er solche Häfen problemlos finden -, sodass die Wettbewerbsnachteile offen zutage liegen.

Herr Kollege Adam, ich will einmal die beiden Punkte aufgreifen, die Sie noch angesprochen haben.

Natürlich ist die Ausflaggung auch unter Sicherheitsaspekten ein Problem. Aber glauben Sie denn wirklich, dass wir des Problems der Ausflaggung deutscher Schiffe dadurch Herr werden, dass in niedersächsischen Häfen gespreizte Gebühren - für

umweltfreundliche und weniger umweltfreundliche Schiffe - erhoben werden?

Nun zu den angesprochenen Gesetzesverstößen. - Solche Verstöße zeigen doch gerade, dass es Regelungen gibt, gegen die verstoßen worden ist. Wenn dagegen verstoßen wird, dann helfen uns auch irgendwie geartete differenzierte Hafengebühren überhaupt nicht dabei, dieser Verstöße Herr zu werden, sondern dann müssen wir nach internationalen Regelungen dafür suchen, wie solche Verstöße, die dann auch von der Polizei festgestellt worden sind, wirksam geahndet werden. Die Gestaltung einer Hafengebühr kann nicht das geeignete Mittel sein, um dieses Problems Herr zu werden.

Für die CDU-Fraktion darf ich wie folgt zusammenfassen:

> (Meinhold [SPD]: Die ist doch gar nicht da! - Gegenruf von Frau Pruin [CDU]: Doch!)

Wir werden den Antrag der SPD-Fraktion im zuständigen Ausschuss für Häfen und Schifffahrt konstruktiv mitberaten, soweit es um den Arbeitsauftrag an die Landesregierung geht, wie er darin formuliert ist. Wir werden aber genauso eindringlich darauf hinwirken, dass kein niedersächsischer Alleingang erfolgt, sondern die Arbeitsergebnisse auf nationaler und internationaler Ebene in die Diskussion zu bringen sind. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Meinhold [SPD]: Stürmischer Beifall!)

# Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Herr Dr. Biester. - Jetzt möchte der Kollege Klein zu diesem Antrag sprechen.

# Klein (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seeschifffahrt ist natürlich zunächst einmal relativ umweltfreundlich. Das sollte uns aber nicht daran hindern, gelegentlich auch einmal zu fragen, was eigentlich in den Kisten enthalten ist, die in immer größerer Anzahl über unsere Ozeane geschippert werden. Ich gebe aber gerne zu, dass eine solche Fragestellung der Verkehrsvermeidung im Augenblick eher theoretisch ist. Lassen Sie uns deshalb erst einmal auf die offensichtlichen Umweltverschmutzungen schauen, die mit der Seeschifffahrt verbunden sind. Dabei handelt es sich um die

Luftbelastung, um die Wasserverschmutzung und um das Müllproblem. Das ist angesprochen worden. Deshalb begrüße ich natürlich, dass heute ein solcher Antrag eingebracht wird. Ich freue mich, dass die Green-shipping-Konferenz, die von meinem Parteifreund Alexander Porschke erst im Februar veranstaltet worden ist, einen so schnellen Effekt hatte. Umweltschutz im Seeschiffverkehr ist natürlich zunächst einmal - Herr Dr. Biester hat das angesprochen - auch ein Kostenfaktor. Vorreiter haben Nachteile im internationalen Wettbewerb, soweit es die Kosten betrifft. Deshalb ist es natürlich sinnvoll, die Regeln möglichst breit anzulegen - auf IMO-Ebene oder zumindest auf EU-Ebene, wenn dies gelingt. Aber wie stellt sich die konkrete Situation dar? - Wir haben im Moment auf diesen Ebenen ein Regelwerk, das eher ein niedriges Niveau - so will ich das einmal nennen - aufweist und das dazu noch sehr leicht zu umgehen ist. Insofern kann man natürlich die Auffassung vertreten: Wir müssen das global angehen und sollten zuvor nichts tun. - Man kann aber auch den anderen Weg wählen, wie er in dem Antrag vorgeschlagen wird. Man kann sich unter die Vorreiter mischen und kann versuchen, das Anliegen zu pushen. Das kann man durch solche ökonomischen Anreizsysteme für ökologisches Verhalten in den Häfen erreichen.

Herr Dr. Biester, das ist kein niedersächsischer Alleingang. Das ist schlicht ein falscher Begriff in diesem Zusammenhang, denn in Schweden wird bereits differenziert. Auch das oft gescholtene Rotterdam hat mit seinem "green award" bereits eine Vorreiterrolle übernommen. Es gibt viele weitere Häfen in Europa und in Übersee, die sich entsprechend verhalten. Ich freue mich, dass das inzwischen auch in den deutschen Häfen angekommen ist. Die Umweltbehörde in Hamburg hat bei der ISL in Bremen ein entsprechendes Gutachten in Auftrag gegeben. Derzeit befindet sich ein Pilotprojekt in der Abstimmung zwischen Umweltbehörde und Wirtschaftsbehörde. Sie strebt an, Eckpunkte durchaus in ihrem Sinne für ein solches System in einem Memorandum of Unterstanding international zu vereinbaren. Auch Bremen beschäftigt sich nach der parlamentarischen Initiative der Fraktion der Grünen mit diesem ISL-Gutachten. Hamburg hat Gespräche mit dem zuständigen Ministerium in Schleswig-Holstein aufgenommen. Und nun gibt es diesen Antrag in Niedersachsen mit meines Erachtens relativ guten Erfolgsaussichten, da das Anliegen

schließlich von der Mehrheitsfraktion eingebracht worden ist.

Zwei Anmerkungen möchte ich aber doch noch machen. Vor diesem Hintergrund sollten wir noch einmal die sicherlich gut gemeinte Erweiterung auf "sicheren Seeschiffverkehr" überdenken. Das ist ein Begriff, der in den anderen Konzepten nicht auftaucht. Diese beschränken sich auf die umweltfreundliche Seeschifffahrt. Wir könnten hier möglicherweise eine Kompatibilität zwischen den verschiedenen Systemen erschweren. Ich finde, das ist nicht unbedingt nötig, weil wir mit der "Pallas"-Diskussion und mit der Diskussion über das Grobecker-Gutachten eine Handlungsebene haben, auf der wir speziell die Frage der Sicherheit behandeln können, und zwar weit über ein reines Anreizsystem hinausgehend.

Der zweite Punkt betrifft den ersten Spiegelstrich des Antrages, aber nicht in dem Sinne, in dem Sie dies angesprochen haben, Herr Dr. Biester, sondern in dem Sinne, dass ich es für nachrangig hielte, zunächst ein eigenes niedersächsisches System anzustreben. Zielrichtung sollte vielmehr von Anfang an sein, eine Kooperation mit Hamburg und mit Bremen anzustreben und dies zum Schwerpunkt dieses Antrages zu machen. Es gibt Möglichkeiten, das Ganze weiter zu optimieren. Wir können uns dabei durchaus noch weiter an Hamburg orientieren, z. B. durch eine Beteiligung Niedersachsens am Ecoport-Netzwerk über Umweltmanagement in europäischen Häfen. Dort haben sich 25 Häfen - auch Rotterdam und Antwerpen -, drei Unis und eine Reihe von Beratungsunternehmen zusammengeschlossen, die hafenbezogene Umweltinformationen austauschen. Ich glaube, es wäre sinnvoll, wenn sich Niedersachsen daran beteiligte. Wir können darüber hinaus über ein Umweltmanagementsystem für die niedersächsischen Häfen mit dem Ziel einer Zertifizierung nach ISO 14001 oder nach EMAS nachdenken. Es gibt also reichlich Möglichkeiten, sich mit diesem Thema vertieft zu beschäftigen. Ich habe das Gefühl, dass wir auf der politischen Ebene sehr schnell zu einer gemeinsamen Lösung kommen werden. Ich bin aber sehr gespannt darauf, was uns die Behörden erzählen werden, warum das angeblich nicht geht. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Goede:

Herr Kollege Adam, Sie möchten noch einmal zu diesem Antrag sprechen.

(Busemann [CDU]: Das mit dem Katalysator war so schön!)

## Adam (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Biester, Sie scheinen Ihre Rede geschrieben habe, bevor ich meine gehalten habe. Dadurch hatten Sie keine Gelegenheit mehr, sich an meiner Rede zu orientieren.

(Zuruf von der CDU)

- Er braucht eure Verteidigung nicht. Er ist Anwalt genug, um sich selbst verteidigen zu können.

Meine Damen und Herren, ich habe nie von einem niedersächsischen Alleingang gesprochen. Ich habe davon gesprochen, dass - darin sollten wir uns einig sein - wir ein System suchen und finden müssen, das dafür sorgt, dass niedersächsische Häfen keinen Wettbewerbsnachteil erleiden. Ich bin dem Kollegen Klein sehr dankbar für seine Hinweise auf "green shipping" und "green award", aber auch auf Rotterdam, Antwerpen und skandinavische Häfen. Was wir jetzt diskutieren, ist nichts Neues! Wir steigen eigentlich in eine Diskussion ein, die in anderen Ländern schon lange geführt wird.

Herr Dr. Biester, ich habe auch von gemeinsamen europäischen Initiativen gesprochen und von nichts anderem. Warum können Sie nicht einmal wie Ihre Vorgänger als hafenpolitische Sprecher sagen: Der Antrag ist gut. Wir werden gemeinsam darum kämpfen. Wir werden gemeinsam eine Lösung finden. - Hören Sie doch mit der Pröpelei auf. In der zweiten Beratung sitzen wir wieder zusammen, und dann sagen Sie: Prima, wir haben eine gemeinsame Beschlussempfehlung. - Haben Sie doch einmal den Mut zu sagen: Der Antrag ist gut. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsidentin Goede:

Kollege Dr. Biester, Sie möchten auch noch einmal zu dem Antrag sprechen.

## **Dr. Biester** (CDU):

Dazu, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, muss ich natürlich in zwei Sätzen kurz erwidern. Natürlich hat mir die Rede des Kollegen Adam nicht vorgelegen, aber ich habe ihr zugehört und mir hat der Antrag vorgelegen. Wir reden über den Antrag. Wir befinden uns in der ersten Beratung, und es besteht in den Ausschüssen die Möglichkeit, den Antrag zu korrigieren. In den hier angesprochenen Punkten ist der Antrag absolut korrekturbedürftig. Lesen Sie doch einmal den von Ihrer Fraktion formulierten Antrag. Darin heißt es: Die Landesregierung soll ein Konzept für niedersächsische Häfen entwickeln.

(Adam [SPD]: Die können doch kein Konzept für skandinavische Häfen vorlegen!)

Weiter heißt es: Alternativ dazu sollen Kooperationen gesucht werden. Das heißt doch gleichzeitig: Wenn eine Kooperation nicht klappt, dann nur in Niedersachsen.

(Adam [SPD]: Das ist doch Blödsinn!)

- Einfach von der sprachlichen Logik ist das meine Lesart. - Wir können ja gemeinsam nach einer Formulierung suchen, die der Tatsache Rechnung trägt, dass ein niedersächsischer Alleingang von Ihrer Fraktion offensichtlich nicht gewollt ist.

(Haase [SPD]: Das sind doch juristische Spitzfindigkeiten!)

- Herr Haase, Sie sind selbst Jurist. Insofern würden Sie, wenn Sie das so formulieren, sich selbst mit treffen, wenn Sie sagen, das sei ein Problem, mit dem Juristen zu leben hätten. Wir lesen einfach die Anträge und werten sie so, wie sie vorliegen. Dazu sind die Beratungen auch da. Anderenfalls könnten wir uns auch anders austauschen.

Herr Kollege Adam, ich habe überhaupt kein Problem damit, etwas, was von den Sozialdemokraten kommt, für diskussionswürdig oder sogar für gut zu befinden. Wenn Sie zugehört haben, werden Sie festgestellt haben, dass ich gesagt habe, dass der Zweck, der mit diesem Antrag verfolgt wird, von uns ausdrücklich gebilligt wird. Wir haben aber bei der Art und Weise, in der dieser Antrag formuliert worden ist, zurzeit noch unsere Probleme, die wir aber bis zur zweiten Beratung wahrscheinlich gemeinsam beheben werden.

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, jetzt spricht Herr Minister Dr. Fischer zu diesem Antrag.

**Dr. Fischer**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die wesentlichen Argumente sind schon genannt worden. Bevor wir hier aber eine rein Wilhelmshavener Diskussion bekommen, möchte ich doch noch ein paar Worte aus der Sicht der Landesregierung und der Landespolitik sagen.

(Heiterkeit)

Zu Recht ist darauf hingewiesen worden, dass das Thema nicht neu ist. Darüber wird bereits seit langem diskutiert. Das müssen wir sehen. Wir müssen auch feststellen, dass schon etwas passiert ist. Ich erinnere daran, dass es schon seit Beginn der 90er-Jahre Hafentarife gibt, die nach Umweltund Sicherheitsstandards differenziert werden, nämlich für die berühmten Doppelhüllentanker. Diese zahlen in allen EU-Häfen geringere Hafengelder als Einhüllentanker. Es gibt also bereits erfreuliche Ansätze auf diesem Gebiet. Daran sollte man sich orientieren, wenn man weiter darüber diskutiert. Aber so einfach, wie das hier manche darstellen, ist es natürlich nicht. Man muss deutlich sagen, dass - das ist auch erwähnt worden - die Kostenbelastungen für die Schiffe in vielfältiger Art existieren und die Gebühren nur ein geringer Teil sind.

Es reicht nicht aus, das zum Anreiz zu nehmen, sozusagen in umweltfreundliche Techniken zu investieren. Es reicht auch nicht aus, Herr Klein, dass man - das ist überhaupt kein Problem - sich an Informationssysteme ankoppelt. Das wird ja zum Teil schon bei uns gemacht. Das ist nicht das Problem, sondern es geht darum, dass wir mit dem Widerspruch fertig werden müssen, dass wir auf der einen Seite den Wunsch haben, umweltfreundliche Schiffe in unsere Häfen zu bekommen, und dass wir auf der anderen Seite in einem gnadenlosen Wettbewerb mit anderen Häfen sind. Hier, Herr Klein, nützt auch der Verweis auf Schweden nichts. Denn Häfen in Schweden, in denen Schiffe umladen wollen, stehen nicht in Konkurrenz zu niedersächsischen Häfen. Insofern ist das kein hilfreicher Hinweis.

Ich meine - ich möchte es kurz machen -, dass wir uns darüber klar sein müssen, dass sich alleine durch ermäßigte Hafengebühren zusätzliche Investitionen für den Reeder kaum lohnen werden. Entstehende Wettbewerbsnachteile werden durch sie nur zum Teil ausgeglichen. Die Gefahr ist deshalb auch nicht von der Hand zu weisen, dass die Bemühungen, wenn wir sie alleine machen würden, einfach ins Leere gingen und den eigentlichen Zweck gar nicht erfüllten, sondern dass wir damit die Schiffe aus den Häfen heraustreiben würden. Insofern, so meine ich, dürfen wir unsere Häfen - das ist aber auch schon gesagt worden nicht isoliert betrachten. Jeder für sich hat einen schweren Stand. Wir haben deshalb die von Ihnen, Herr Dr. Biester, genannte PPA gegründet, um die Marketingkraft unserer Häfen in diesem harten Wettbewerb zu stärken.

Wir haben auch in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, um unsere Häfen wirtschaftlicher zu machen, d. h. um sie in diesem starken Wettbewerb besser zu stellen. Deshalb glaube ich, dass regional beschränkte Anreizsysteme oder gar Anreizsysteme, die wir nur in Niedersachsen machen, in der Tat - hier gebe ich Herrn Biester Recht - für Umwelt- und Sicherheitsmaßnahmen keine Lösung sein können, denn sie wirken sich für uns im Hafenwettbewerb negativ aus. Alleingänge machen also keinen Sinn. Sie können eher sogar gefährlich sein. Was wir brauchen - das war ja letztlich Tenor aller Beteiligten -, sind länderübergreifende Systeme, die die entsprechenden wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen berücksichtigen, die in Brüssel gesetzt werden. Wir müssen also in Richtung Brüssel schielen, und wir müssen vor allem dort versuchen, dass wir für Europa einheitliche Maßstäbe in diesen Dingen bekommen. Wir sollten versuchen - das nehme ich gerne aus diesem Antrag auf -, gemeinsam mit den norddeutschen Küstenländern Aktivitäten in diese Richtung zu unternehmen, um hier Fortschritte zu erzielen. Daran wollen wir gerne mitarbeiten. Deshalb, Herr Adam, nehmen wir diesen Denkanstoß, den Sie mit dem Antrag gegeben haben, gerne auf.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung zu diesem Antrag. Wenn Sie der Empfehlung des Ältestenrates folgen wollen, den Ausschuss für

Häfen und Schifffahrt mit der Federführung zu beauftragen und den Ausschuss für Umweltfragen mitberaten zu lassen, dann bitte ich um Ihr Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Niemand. Wer möchte sich der Stimme enthalten? - Niemand. Dann haben Sie so beschlossen, meine Damen und Herren.

Ich rufe jetzt auf

Tagesordnungspunkt 14:

Erste Beratung:

**Biogas-Offensive in Niedersachsen für Arbeitsplätze im ländlichen Raum entfachen!** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1577

Zur Einbringung hat sich der Kollege Klein gemeldet, dem ich das Wort erteile.

# Klein (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Biogas-Offensive, das ist ein enges Zusammenwirken von Rot-Grün und Schwarz-Bunt zum Zwecke der Energiewende mit erneuerbaren Energien. Rot-Grün - das ist klar - steht für die in diesem Punkt sehr erfolgreiche Regierung in Berlin, und Schwarz-Bunt steht nicht etwa für die größtenteils unausgegorenen CDU-Vorschläge aus dem letzten Plenum, sondern für die Spezies, die milch-, fleisch- und dungproduzierend in den niedersächsischen Ställen zu Hause ist.

Bio gibt Gas, das wissen Sie. Aber wissen Sie auch, dass es 1,5 m<sup>3</sup> pro Kuh und Tag sind, dass das einem Heizwerk von 9 Kilowattstunden entspricht? Wissen Sie, dass die neue Biogasförderung von Rot-Grün Weltspitze ist, wie sie funktioniert und wie sie beantragt werden kann? Wissen Sie, wer Anlagen herstellt, wo sie zu besichtigen sind, wer auf diesem Gebiet plant und berät, welche Paragraphen Sie beachten müssen, wenn Sie investieren wollen, und was zu einem wirtschaftlichen Betrieb notwendig ist? Wissen Sie, wie sich die Gasausbeute mit Kofermenten steigern lässt, was das aber auch für Probleme mit sich bringen kann? Kennen Sie den Unterschied zwischen mesophil und thermophil? Wissen Sie, wie man mit dem Schwefel im Biogas fertig wird oder welche Blockheizkraftwerke sich dafür eignen? - Eine ganze Menge von Fragen, aber doch nur ein kleiner Teil von Fragen, die ein sich für Biogas Interessierender beantwortet haben möchte. Deshalb brauchen wir eine gute Information. Wir brauchen gute Beratung, um die neuen Chancen deutlich zu machen. Wir brauchen eine Information, die handlungsorientiert aufklärt, und zwar ohne Euphorie, ohne dass sie einen Goldrausch verursacht, also keinen unkritischen Umgang, sondern eine realistische Einschätzung.

Die Landwirtschaftskammern machen inzwischen in dieser Frage und in diesem Rahmen eine ganz gute Arbeit. Ihr Spielraum ist natürlich sehr beschränkt. Sie haben im Zuge der Agenda eine Menge neuer Aufgaben übernommen, und sie müssen mit den Budgetkürzungen dieser Landesregierung fertig werden. Die Landesregierung selbst ist untätig oder - ich kann es nicht wissen unmerklich tätig, was natürlich im Effekt das Gleiche wäre.

(Ehlen [CDU]: Gut erkannt!)

Diese Zurückhaltung ist aus meiner Sicht nicht akzeptabel, angesichts der Einkommensalternativen, die sich über die Biogas-Technik erschließen, angesichts eines enormen Wertschöpfungspotentials, das sich dort ergibt, einer effektiven Wirtschaftsförderung für den ländlichen Raum und aus meiner Sicht auch einer Bio-Tech-Förderung, die man wirklich unterstützen kann, die einen sichtbaren, guten Nutzen hat und in die man wirklich investieren kann, ohne die Befürchtung zu haben, sein Geld in irgendein Frankensteinlabor zu stecken. Informations- und Einstiegsberatung ist deswegen zur Anregung brach liegender Potentiale unbedingt erforderlich.

In den Mittelpunkt unseres Antrages haben wir darüber hinaus gestellt, dass wir uns mit den Hindernissen, die sich im Genehmigungsverfahren und beim optimalen Betrieb dieser Anlagen ergeben, beschäftigen. Praktiker, d. h. Planer, Anlagenbauer, aber auch Anlagenbetreiber, haben sich vielfach beklagt, dass es eine ganze Reihe von Erschwernissen gibt, um diese neue Chance wahrzunehmen. Es wird von sehr unterschiedlichen Genehmigungspraxen gesprochen, und zwar von Landkreis zu Landkreis, die natürlich die Beratung außerordentlich erschweren. Wir hören von Geruchsgutachten, die eigentlich - zumindest bei Größenordnungen, wie sie im landwirtschaftlichen Bereich üblich sind - keine Rolle spielen dürften, weil natürlich diese Anlagen als Anaerob-Anlagen unbedeutende Emissionen haben, nämlich in der Regel weit geringer, als sie der normale Betrieb

eines landwirtschaftlichen Betriebes hervorruft. Wir hören von technischen Vorschriften, dass z. B. nur eine Befüllung von oben möglich ist, die technische Lösungen erheblich erschweren, obwohl sie keinen wesentlichen Sicherheitsgewinn bringen. Ferner hören wir von Schwierigkeiten, die Bioabfallverordnung und die Düngemittelverordnung miteinander in Deckung zu bringen und damit eine vernünftige Nutzung der Kofermente sicherzustellen.

Wir schlagen der Landesregierung vor, zu all diesen Problemen eine Anhörung durchzuführen oder einen Workshop zu veranstalten. Wir wollen, dass auf diesem Wege die Defizite identifiziert werden. Wir wollen, dass in dieser Anhörung vor allen Dingen die Praktiker gefragt werden, und zwar die Praktiker von beiden Seiten, nämlich auf der einen Seite die, die die Anlagen bauen und betreiben wollen, und auf der anderen Seite die Praktiker, die diese Anlagen zu genehmigen haben. Sie gehören an einen Tisch und sollen mithelfen, hier mehr Klarheit zu schaffen.

Erlauben Sie mir folgenden Ausblick: Das Fotovoltaikprogramm - wir wissen es - hat einen durchschlagenden Erfolg erzielt. Mit der Erhöhung der Einspeisevergütung auf 99 Pfennig ist das 100.000-Dächer-Programm bereits für dieses Jahr ausgebucht, und das, obwohl es sich um eine Technik handelt, bei der man nach wie vor mit einem sehr spitzen Bleistift rechnen muss, um in einer überschaubaren Zeit eine Refinanzierung zu gewährleisten.

Die Kosten-Nutzen-Relation bei Biogas ist wesentlich günstiger als in diesem Bereich, und zwar zum einen für die Investoren, auf die Anlage bezogen. Sie ist zum anderen auch für die Landesregierung wesentlich günstiger, wenn es ihr mit einem entsprechenden Einsatz gelingt, nach dem Windkraftboom, den wir gehabt haben, nun auch einen Biogasboom zu initiieren.

Wir hätten ganz gern, dass sich statt des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - dabei kann es sich nur um ein Versehen gehandelt haben - der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend mit diesem Antrag beschäftigt. Wir hatten diesen Antrag bewusst auf die landwirtschaftlichen Anlagen fokussiert. Die großen gewerblichen Betriebe können sich selber helfen. Sie können auch nicht mit den Synergieeffekten aufwarten, die im landwirtschaftlichen Bereich möglich sind, und sie sind auf der anderen Seite eine

sehr scharfe Konkurrenz auf dem Markt, insbesondere wenn es darum geht, Kofermente einzuwerben.

Wir bitten Sie also: Unterstützen Sie die beiden Anliegen, die wir in diesem Antrag formulieren! Kommen Sie mit uns zu der Auffassung, dass man auch das, was schon gut ist, immer noch besser, schneller und leichter machen kann, und kommen Sie mit uns zu der Auffassung, dass auch ein gutes Produkt beworben werden muss, wenn es Erfolg haben soll. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

# Vizepräsidentin Goede:

Danke schön. - Meine Damen und Herren, jetzt hat Herr Kollege Schack ums Wort gebeten.

#### Schack (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Alle Anträge, die wir zurzeit beraten und die sich mit erneuerbaren Energien beschäftigen - der heutige Antrag der Grünen und der Antrag der CDU im letzten Plenum "Vom Landwirt zum Energiewirt" - sind - das muss man wissen - durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz des Bundes ausgelöst worden. Dieses Gesetz ist in dem Bereich so hervorragend, dass sich jetzt alle darauf stürzen, um davon profitieren zu können. Das ist auch so gewollt, das ist richtig so, und insofern unterstützen wir auch alle Maßnahmen, die in dem Bereich durchgeführt und mit Erfolg vorangetrieben werden, mit Nachdruck.

Wir werden aber nicht - das habe ich beim letzten Mal schon zum CDU-Antrag gesagt - einer weiteren Förderung und Subvention das Wort reden. Allerdings - da gebe ich Ihnen Recht - müssen wir dieses wirklich hervorragende Programm und diese hervorragende Politik der SPD-Bundesregierung in der Öffentlichkeit noch breiter bekannt machen. Das wollen wir gerne tun, und dieser Forderung kommen wir selbstverständlich auch gerne nach.

(Biallas [CDU]: Es hätte gereicht, wenn du deine rot-grüne Krawatte vorgezeigt hättest!)

- Da ist aber auch schwarz drin.

Herr Kollege Klein, wir werden Ihren Antrag natürlich dazu nutzen, eine Anhörung durchzuführen. Das haben wir schon beschlossen; in der letzten Sitzung des Agrarausschusses - Sie waren nicht dabei - haben wir den Antrag der CDU beraten und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass wir keine weitere Subventionierung wollen, dass wir keine weiteren Zuschüsse zahlen wollen, dass wir aber gerne bereit sind, eine Anhörung durchzuführen. Wir werden auf Bitte des Vorsitzenden, Herrn Oestmann, noch am Rande dieses Plenums besprechen, welchen Personenkreis wir anhören wollen und zu welchem Zeitpunkt die Anhörung stattfinden soll. Insofern laufen Sie, Herr Klein, bei uns offene Türen ein, wenn es darum geht, die gute Politik der SPD-Bundesregierung zu verbreitern.

In einem Punkt Ihres Antrag muss ich Ihnen allerdings vehement widersprechen. Sie schreiben, derzeit gebe es keine Aktivitäten der Landesregierung, mit denen sie sich an die niedersächsischen Landwirte wende, um über Biogaserzeugung, Beratungsmöglichkeiten und die Investitionserleichterungen durch die neuen Fördermöglichkeiten zu informieren. Ich glaube, dass bei Ihnen insofern eine Fehlinformation vorliegt, Herr Klein. Die Landesregierung hat nämlich schon in den letzten Jahren, bereits bevor es das Erneuerbare-Energien-Gesetz des Bundes gegeben hat, eine ganze Reihe von Biogasanlagen gefördert, eine ganze Reihe von Anlagen mit Subventionen unterstützt und eine ganze Reihe von Seminaren und Informationsveranstaltungen durchgeführt, diese Technologie zu verbreiten. Insofern bitte ich Sie, in Zukunft bei der Wahrheit zu bleiben und nicht so gedankenlos daherzureden, sondern sich vorher zu informieren, was tatsächlich schon läuft.

Ich glaube, dass wir mit dem, was auf Landesebene bisher gelaufen ist, auf einem guten Weg sind. Wir haben auch die Möglichkeit, aus dem Ökofonds solche Anlagen mitzufinanzieren, und davon ist in der Vergangenheit auch Gebrauch gemacht worden.

Auch das neue Programm "ProLand" gibt uns die Möglichkeit, hier etwas zu tun.

(Klein [GRÜNE]: Aber es weiß keiner, dass das auch für Biogas gilt!)

- Sie wissen das vielleicht nicht. Ich weiß es schon seit langem, und viele andere, mit denen ich spreche, wissen es auch. Sie haben da wahrscheinlich ein Informationsdefizit.

(Oestmann [CDU]: Jeder, der eine Kuh hat, weiß das!)

- Vielen Dank, Herr Oestmann. Ich habe zwar keine Kuh, aber ich weiß es trotzdem.

Insofern sind wir da auf einem guten Weg. Wir werden den Antrag der Grünen und den Antrag der CDU dazu nutzen, eine Anhörung durchzuführen, um diese wirklich hervorragende Politik weiter zu verbreiten. Ich bin mir sicher, dass viele, die die Möglichkeit haben zuzugreifen, auch zugreifen werden, um im Bereich der erneuerbaren Energien in der Zukunft mehr zu tun. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, nachdem Herr Schack gesprochen hat, hat jetzt Herr Kollege Wojahn das Wort.

# Wojahn (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich spreche zu dem Antrag "Vom Landwirt zum Energiewirt - mehr Arbeitsplätze im ländlichen Raum durch Förderung regenerativer Energien". - Ach nein, das stimmt ja gar nicht, da habe ich mich vertan, Entschuldigung! Ich spreche zu dem Antrag "Biogas-Offensive in Niedersachsen für Arbeitsplätze im ländlichen Raum entfachen!"

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, wenn zwei das Gleiche tun, ist es noch längst nicht dasselbe, Herr Kollege Klein. So ist das eben.

Wir haben einen Vorsprung von vier Wochen. Der Ausschuss hat beschlossen, auf Ihren Antrag zu warten und dann beide Anträge zusammen zu diskutieren.

Es ist trotzdem verwunderlich, wie wir hier vor vier Wochen für unseren Antrag abgemeiert wurden: vom Kollegen Schack, von Ihnen, Herr Klein, und auch von Herrn Minister Bartels. Damals war das ein sehr schlechter Antrag - völlig klar. Herr Klein hat uns vorgeworfen, wir würden damit Eulen nach Athen tragen. Das Gleiche könnte ich heute zu Ihnen sagen. Und was sagte Herr Schack? - Der Antrag sei überflüssig und überholt. - Ich finde, das sind alles tolle Vokabeln, und ich habe mir sie auch gut gemerkt. Herr Minister Bartels sagte sogar, für unseren Antrag müssten wir ei-

gentlich Vergnügungssteuer bezahlen. - Also, der Vokabeln hat es genug gegeben.

Ich bin froh, dass wir den Antrag vor vier Wochen gestellt haben; denn sonst hätten wir bis heute keinen Antrag, und das wäre sicherlich nicht gut gewesen.

Nun frage ich mich, ehe ich zu dem Antrag von den Grünen komme, was an unserem Antrag eigentlich falsch war. Ich kann es Ihnen sagen: Dass wir ihn gestellt haben, war falsch. Er kam eben nicht von der SPD oder von den Grünen, und deshalb ist das so gelaufen. Aber weil wir einen guten Antrag gehabt haben, wird ihm jetzt auch gefolgt. Was mir eigentlich fehlt, Herr Kollege Schack, ist ein Antrag der SPD. Es wäre gut, wenn wir das im Dreierpack verhandeln könnten.

(Schack [SPD]: Ohne unsere Politik hättet ihr den Antrag nicht gestellt!)

Denn das hätte den Vorteil, dass Sie Schwierigkeiten hätten, Ihren Antrag abzulehnen, und damit wäre unser Antrag auch durch. Ich empfehle Ihnen, noch einen eigenen Antrag zu stellen, dann können wir den mit aufnehmen und gemeinsam im Ausschuss erörtern.

Ich will noch einiges zu dem Antrag sagen. Der Ausschuss hat eine Anhörung zu dem CDU-Antrag beschlossen. Wir sind uns einig, dass der Antrag der Grünen ebenfalls federführend vom Agrarausschuss behandelt wird, damit wir ihn in die Anhörung einbeziehen können. Deswegen mache ich einige grundsätzliche Bemerkungen.

Natürlich ist es für Landwirte interessant, im ländlichen Raum alternative Energien zu erzeugen. Es ist aber auch unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsplätze und der Wertschöpfung im ländlichen Raum interessant. Deswegen sollten wir mithelfen, ihn zu einem Erfolg zu führen, und zwar sowohl hinsichtlich der Energieerzeugung als auch der Wertschöpfung.

Herr Klein hat Recht - voriges Mal wurde uns das ja nicht abgenommen -: Es gibt einige Hindernisse. Es gibt Baugenehmigungshindernisse, es gibt rechtliche Hindernisse; er hat ja auch einige erwähnt, auf die ich im Einzelnen aber nicht eingehen will. Ich füge noch eines hinzu: Es gibt auch steuerrechtliche Hindernisse, nämlich dann, wenn ein Betrieb in GbR-Form betrieben wird und mit einem anderen Betrieb wieder eine GbR machen will. Dann fällt er unter das Gewerberecht, und

damit wird das Ganze verteuert. Das ist aber nicht Sinn der Sache. Auch dies werden wir überprüfen müssen, um das gut zum Laufen zu bekommen.

Auf weitere Besonderheiten möchte ich nicht eingehen, sondern Ihnen jetzt nur noch Folgendes sagen:

Ich bin schon seit vielen Jahren ein bisschen Fachmann dafür. Ich habe selbst einen Betrieb und habe mit sieben Landwirten unter dem damaligen Forschungsminister Volker Hauff sieben Biogasanlagen gebaut. Das war im Jahre 1980 in unserem Dorf ein Pilotprojekt. Ich weiß also, woran es liegt, wenn es nicht klappt. Wir haben dort drei Jahre lang Forschungen gehabt. Universitäten bzw. Doktoranden waren damals mehr als drei Jahre lang jeden Tag in den Anlagen in meinem Betrieb. Viele Dinge sind damals entwickelt worden. Das ist also wirklich nicht neu. Wir wissen heute, wo wir Edelstahlverschlüsse brauchen und wo wir keine brauchen. Das ist damals erforscht worden. Ich weiß auch, warum wir beim Betrieb letztendlich gescheitert sind: Natürlich hatten wir keine Einspeisung.

Ich sage Ihnen auch, Herr Klein, dass es nicht nur dieses Gesetz aus Berlin gibt, wenn das auch ohne Frage eine Weiterentwicklung im wirtschaftlichen Bereich ist. Es gab bereits das Einspeisegesetz der früheren Bundesregierung, mit dem die rechtliche Position zur Stromeinspeisung klar war. Bei Biogas haben wir übrigens auch ordentliche Preise erzielt. Dies ist eine Verbesserung. Herr Dr. Köhler von der Energie-Agentur war im Ausschuss, und er hat uns das dort so bestätigt. Lassen Sie uns also gemeinsam daran weiter arbeiten.

Ich weiß aber auch Folgendes - deswegen besteht Handlungsbedarf, und das sage ich auch Ihnen, Herr Minister; ich habe es bereits im Ausschuss gesagt, und ich möchte es hier kurz anreißen -: Ein Blockheizkraftwerk erzeugt etwa 40 % Strom und 60 % Wärme als Energie. Wenn wir wirtschaftlich arbeiten wollen - Sie, Herr Minister, haben das angezweifelt, dass wir die Chance haben, wirtschaftlich zu arbeiten, aber wir müssen wirtschaftlich arbeiten können, weil anderenfalls die ganze Politik nicht laufen wird; das ist völlig klar -, dann müssen wir auch diese Wärme vermarkten, ob nun für sich allein oder zusammen mit anderen Dingen. Da im Sommer sehr viel und im Winter sehr wenig Wärme anfällt, der Wärmemarkt das aber umgekehrt haben möchte, muss man mit einem anderen System Wärme hinzufügen, und zwar am besten

mit erneuerbaren Wärmeenergieträgern wie Holz und ähnlichen Dingen. Dann kann man in den Markt gehen. Das ist die Schnittstelle, die noch nicht erforscht ist, bei der noch keine Klarheit herrscht. Das kann ein Einzelbetrieb allein nicht schaffen.

## (Zuruf von Klein [GRÜNE])

- Ja, so ist das. - Das ist ein wichtiger Komplex, den wir insgesamt vernünftig durcharbeiten müssen.

Ich freue mich darauf, daran mitzuwirken; denn ich sage Ihnen Folgendes: Wir wollen Innovationen. Die SPD steht bei uns in dem Ruf, zu wenig Innovationen zu schaffen. Sie ist zu lange in der Regierung.

(Mientus [SPD]: Das ist echt falsch!)

- Herr Kollege, Sie sind zu lange in der Regierung, und Sie lassen sich nichts mehr einfallen. Das muss bald geändert werden. Ich sage Ihnen das einmal so.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

- Ich habe noch eine Minute oder zwei Minuten.

Meine Damen und Herren, wir wollen, dass diese Politik erfolgreich ist. Herr Klein und meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, wer über einen Ausstieg redet und zu diesem Zweck bei anderen Energien anknüpfen will, der muss absolut alles daransetzen, dass andere Energieformen einigermaßen wirtschaftlich betrieben werden können. Anderenfalls ist das nur eine Schaumpolitik. Das ist überhaupt keine Frage. Ich habe mir das vor zehn bis 15 Jahren in Schweden angesehen. Die haben dort eine klasse Politik gemacht. Auch die haben beschlossen, auszusteigen, haben aber die andere Komponente nicht entwickelt. Deswegen sind sie immer noch nicht viel weiter.

(Klein [GRÜNE]: Ohne Atompolitik wäre diese Technik schon vor 20 Jahren geschaffen worden!)

- Okay, das ist klar. Aber wenn wir bzw. Sie jetzt nicht aufpassen, dann reden auch wir noch in 20 Jahren darüber und haben dann immer noch keine Alternativen. So sieht die Schose aus.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb wollen wir daran arbeiten.

Ich bin dafür, nach dem Motto "sowohl/als auch" zu verfahren. Wir entwickeln das weiter, und wir wollen das weiter entwickeln. Es muss eine einigermaßen wirtschaftliche Basis erreicht werden, und zwar wohl mit Investitionsförderung. Das werden wir nicht vermeiden können; das ist überhaupt keine Frage. Wir reden hier ja auch nicht über mehr Geld; denn die Programme gibt es ja. Sie müssen nur optimiert und zusammengefasst werden. Wir reden also nicht über mehr Geld, aber die Betriebskostenbezuschussung kann auf Dauer nicht laufen. Deswegen müssen wir Systeme haben, die wirtschaftlich sind.

# (Vizepräsident Jahn übernimmt den Vorsitz)

Ich bin froh, dass mein Agrarsprecher - so sage ich einmal - vor sechs Wochen den Mut hatte, diesen Antrag zu erarbeiten, der Sache einen Schubs zu geben. Herr Klein, dass Sie in unser Boot gesprungen sind, finde ich gut. Herr Schack wird das auch noch tun. Ich freue mich auf eine gute Beratung. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat Herr Minister Bartels.

**Bartels,** Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es ja toll, wie freundlich Sie miteinander umgehen, d. h. wie sich die beiden Oppositionsparteien gegenseitig für den jeweils gestellten Antrag loben. Das dürfen Sie natürlich machen, und ich finde das auch in Ordnung, dass das hier geschieht. Aber wir müssen natürlich auch einmal schauen, ob uns das in der Sache weiterhilft und nach vorn bringt. Vor diesem Hintergrund lassen Sie mich ein paar Anmerkungen zu diesem Thema machen; denn auch ich halte es für außerordentlich wichtig, dass wir uns darüber miteinander austauschen.

Ich stimme mit Ihnen grundsätzlich darin überein, dass durch das von der Bundesregierung erlassene EEG die Grundlage für eine erhöhte Wirtschaftlichkeit der umweltfreundlichen Energieerzeugung und damit auch der Biogasproduktion geschaffen worden ist. Dass das so ist, haben wir schon beim letzten Mal hier gemeinsam festgestellt, und das ist ein Verdienst der Koalition in Berlin. Das haben

Sie in der Vergangenheit nicht auf die Reihe gebracht.

(Schack [SPD]: Die haben 16 Jahre geschlafen, haben nichts getan! - Gegenrufe von der CDU - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich halte aber wenig davon, jetzt in eine undifferenzierte Euphorie zu verfallen. In dem Antrag der CDU "Der Landwirt als Energiewirt" taucht der Landwirt gar nicht mehr als Produzent von Nahrungsmitteln, sondern er soll nur noch Energiewirt sein. Und in Ihrem Antrag, Herr Klein, heißt es: "Biogas-Offensive für Arbeitsplätze im ländlichen Raum". - Wir müssen aufpassen, dass wir in der Öffentlichkeit nicht den Eindruck erzeugen, dass mit der Energieerzeugung aus Biogas ein gewaltiger Zuwachs an Arbeitsplätzen im ländlichen Raum erreicht werden könnte.

Vielmehr geht es nun darum, die durch das In-Kraft-Treten des Gesetzes geschaffenen Möglichkeiten auch daraufhin zu überprüfen, ob sie sich betriebsindividuell profitabel umsetzen lassen. Das ist unsere Verpflichtung, Herr Wojahn. Die einzelbetrieblichen Bedingungen und die Betriebsleiterneigungen und auch die Betriebsleitereignungen sind viel zu heterogen, um die Nutzung dieser Energiequelle in jedem Fall zu einer sprudelnden Einkommensquelle für den landwirtschaftlichen Betrieb zu machen.

Allerdings gebe ich Ihnen Recht, dass den interessierten Landwirten Informations- und Beratungsmöglichkeiten zu bieten sind, mit deren Hilfe die einzelbetrieblichen Anwendungsmöglichkeiten dann auch gezielt überprüft werden können. Aber auch dabei wird sich ergeben, dass trotz der verbesserten wirtschaftlichen Aussichten in vielen Fällen - auch das ist unbestritten - der Einstieg in die Biogasproduktion noch mit vielen Fragezeichen zu versehen ist und somit ein großes einzelbetriebliches Risiko darstellt. Darüber dürfen wir uns nicht hinwegtäuschen, meine Damen und Herren.

In wesentlich stärkerem Maße, als das heute der Fall ist, war der Betrieb einer Biogasanlage bislang eine wirtschaftliche Gratwanderung und erforderte auch eine sorgfältige Vorab-Analyse sowie eine ständige Begleitung in technischer, in rechtlicher, aber auch in ökologischer Hinsicht. Dieser Bedarf wurde sehr frühzeitig erkannt, Herr Klein, und ist deshalb durch die Schaffung zahlreicher Beratungsmöglichkeiten auf regionaler, auf Landes-

und auf Bundesebene bereits heute weitgehend abgedeckt. Der Herr Abgeordnete Schack hat eben schon darauf hingewiesen. Neben den Interessenverbänden und Vereinigungen der Biogaserzeuger bieten in Niedersachsen die Landwirtschaftskammern, die Beratungsringe, der Landvolkverband, regionale Fort- und Weiterbildungseinrichtungen umfangreiche Informations- und Beratungsmöglichkeiten an, und zwar in rechtlicher, aber natürlich auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Hinweisen will ich auch auf das aus meinem Hause geförderte Projekt "Bioenergie Niedersachsen" (BEN), bei dem in zunehmendem Maße die entsprechenden Informationen nachgefragt werden. Daneben können auch bei bundesweit agierenden Einrichtungen wie dem Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft, bei verschiedenen Universitäten und auch bei der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft in Völkenrode die Informationen abgefragt und ganz spezifische Fragen beantwortet werden.

Das Informationsangebot, das ich soeben hier dargelegt habe, ist, so meine ich, ausreichend. Hinzu kommen noch die Fachblätter, die Broschüren und die Informationsblätter sowie das Internet, die als weitere Informationsquellen dienen. Ich bin sicher, dass wir mit diesen Einrichtungen auch auf die neuen Anforderungen flexibel werden reagieren und den Beratungsbedarf werden abdecken können.

Nun zu dem Aspekt der Genehmigungspraxis.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Diesen Aspekt haben Sie dahin gehend angesprochen, dass es Genehmigungshindernisse gebe. Ich möchte dazu auf die Veröffentlichung des BMU mit dem Titel "Erneuerbare Energien und nachhaltige Entwicklung" vom Oktober 1999 hinweisen. Danach gehört Niedersachsen neben Baden-Württemberg und Bayern zu den Ländern mit der höchsten Dichte an Biogasanlagen. Wenn das so ist, dann können Sie nicht sagen, dass das Land geschlafen habe oder dass wir da untätig gewesen seien.

Wir haben im Landkreis Rotenburg ein Modell, das auch als "Rotenburger Modell" bekannt ist. 15 bäuerliche Biogasanlagen sind dort sozusagen zusammengeschlossen, die neben der hofeigenen Gülle auch Bioabfälle aus dem Landkreis Rotenburg behandeln. Wir haben 1997 Diskussionen mit Vertretern des Landvolkes, der Landwirtschaft insgesamt, des MU und des ML, das beteiligt war,

begonnen, um hier miteinander auch über die Frage des Inputs und des Outputs - also dessen, was man in die Anlage eingibt und dessen, was hinterher herauskommt - zu reden und die Dinge auszuwerten.

#### Vizepräsident Jahn:

Herr Minister, darf Ihnen der Kollege Schirmbeck zwischendurch eine Frage stellen?

**Bartels,** Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Ja. aber bitte sehr!

## Schirmbeck (CDU):

Herr Minister, Sie haben vom "Rotenburger Modell" gesprochen.

(Minister Bartels: Ja!)

Können Sie uns sagen, ob Sie wissen, wer der Initiator oder Motor und Sprecher dieses "Rotenburger Modells" ist?

**Bartels,** Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Ja, darauf wäre ich jetzt gekommen. Das ist der Abgeordnete Ehlen, der hier vorne sitzt, Herr Schirmbeck.

(Beifall bei der CDU)

Wir beide haben das nicht abgesprochen - Sie haben mir jetzt eine Pointe vorweggenommen -, aber Herrn Ehlen lobe ich gerne in solchen Debatten. Er ist ja einer der Initiatoren dieses Modells und damit natürlich auch ein Informant für die CDU-Fraktion. Das wäre er zumindest gewesen, wenn Sie ihn angezapft hätten.

(Biallas [CDU]: Das wäre aber gefährlich!)

Dann hätte er Ihnen auch sagen können, dass die Zusammenarbeit hier in der Vergangenheit hervorragend geklappt hat.

(Zurufe von der CDU)

Deshalb wird er mir ja auch meine Aussage, dass wir bei dem Genehmigungsverfahren gar keine Probleme hatten, Herr Klein, wahrscheinlich bestätigen und Ihnen das auch sagen. Wir sehen hier also in der Tat nicht die Probleme, auch nicht die baurechtlichen Probleme, die Sie angesprochen haben.

Ich will noch darauf hinweisen, dass die notwendigen immissionsschutzrechtlichen und baurechtlichen Genehmigungsverfahren ohne Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen waren. Mit dieser Einstufung hat der Verordnungsgeber hinsichtlich des Genehmigungserfordernisses und des damit verbundenen Aufwandes für diese Anlagen bereits eine außerordentlich tiefe Stufe gewählt, ohne dabei die zweifellos durchaus vorhandene Umweltrelevanz dieser Anlagen ganz aus dem Auge zu verlieren.

Im Rahmen der anstehenden Novellierung der einschlägigen Vorschriften wird die Feuerungswärmeleistung in der Zukunft als ein Kriterium für das Einsetzen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigungspflicht für die Verbrennungsmotoren mehr als verdreifacht, sodass auch im Genehmigungsverfahren eine drastische Vereinfachung sozusagen in der Vorbereitung ist und damit alsbald in Kraft treten wird. Im Übrigen kann die unterschiedliche Genehmigungspraxis, die Sie ansprechen, - ich sage es noch einmal - nicht bestätigt werden, und es erscheint mir auch nicht plausibel, da die Anlagen schwerpunktmäßig in den Landkreisen Soltau-Fallingbostel und Rotenburg angesiedelt sind. Aus diesen Regionen gibt es nach meiner Kenntnis keine Klagen.

Die Aussage, dass derartige Anlagen keine Immissionen hinsichtlich des Geruches verursachen, Herr Klein, lässt sich so nicht aufrecht erhalten. Ihre Aussage, da seien Gutachten überflüssig, ist wohl so nicht aufrecht zu erhalten, ohne dass man ein Fragezeichen dahinter setzt; denn im Herbst 1999 hat es massive Beschwerden von Bürgern im Bereich des Landkreises Soltau-Fallingbostel gegeben, die seinerzeit vom Abgeordneten Möhrmann - das ist der zweite Abgeordnete, den ich jetzt hier nenne - vorgetragen worden sind. Auch gegenwärtig sind bei den Aufsichtsbehörden aktuelle Beschwerden anhängig. Die Geruchsrelevanz ist also bei diesen Anlagen nicht zu bestreiten. Darum werden wir uns kümmern müssen. Darüber dürfen wir nicht einfach so hinweggehen.

Aber, meine Damen und Herren, wir werden ja eine lebhafte Diskussion über diese Anträge führen. Ich habe Ihnen deutlich gemacht, was die Landesregierung auf diesem Felde bereits auf den Weg gebracht hat, dass viele der Punkte, die Sie angesprochen haben, schon in der Lösungsphase sind und andere - auch im Lande - uns nicht als Problem mitgeteilt worden sind. Aber eine Diskussion kann nie schaden, und die werden wir darüber sicherlich im Ausschuss miteinander führen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD – Zustimmung von Ehlen [CDU])

# Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, ich schließe die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Es ist beantragt worden, dass der vorliegende Entschließungsantrag im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend und mitberatend in den Ausschüssen für Wirtschaft und Verkehr sowie für Umweltfragen behandelt wird. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist dann so beschlossen.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 15:

Erste Beratung:

**Bahninfrastruktur in Niedersachsen sichern und ausbauen!** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1579

Die Antrag stellende Fraktion hat den Wunsch geäußert, dass dieser Antrag direkt an den Ausschuss überwiesen wird. Auch die Mitberatung wird dann gleich erfolgen können, wenn wir das so beschließen. Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr soll sich federführend mit dem Antrag befassen; die Mitberatung soll in den Ausschüssen für innere Verwaltung sowie für Haushalt und Finanzen erfolgen. Wer so entscheiden möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist dann ebenfalls so beschlossen.

Nachdem wir bei der Behandlung der heutigen Tagesordnung sehr viel Zeit eingespart haben, bemühen sich die Stadt Peine, insbesondere der Herr Bürgermeister, und der Herr Landtagspräsident, den zunächst für 18.30 Uhr vorgesehenen gemeinsamen Empfang vorzuziehen. Ich bitte Sie daher, möglichst zahlreich in der Lobby zu bleiben und wünsche Ihnen einen guten Abend.

Ich schließe die Beratung. Wir setzen unsere Beratung morgen früh ab 9 Uhr fort.

Schluss der Sitzung: 17.15 Uhr.